

Editorial

Die französischen Wählerinnen und Wähler haben mit ihrer hohen Wahlbeteiligung, mit der Konzentration der Stimmen auf die politische Mitte und mit der Absage an die noch 2002 relativ erfolgreichen extremen Rechts- und Linksparteien ein eindrucksvolles Bekenntnis zur demokratischen Ordnung ihres Landes abgelegt (siehe den „Kommentar“ von Médard Ritzenhofen). In der Stichwahl schließlich erteilten sie dem neu gewählten Staatspräsidenten ein klares Mandat für eine wirtschafts- und gesellschaftspolitische Reform des Landes, deren Ausrichtung hier von von Henrik Uterwedde analysiert wird. Frankreich hat nun also endlich wieder einen handlungsfähigen Präsidenten.

Allerdings steht dessen Amtszeit mehr als die seiner Vorgänger im Zeichen nationaler Rückbesinnung. Das Meer der Trikolore-Fahnen bei allen Wahlveranstaltungen und vor allem die beispiellosen Marseillaise-Chöre auch bei den Auftritten der Sozialistin Ségolène Royal haben einen Stimmungswandel sichtbar und hörbar gemacht: Große Teile der Bevölkerung glauben offenbar nicht mehr, dass die bisher verfolgte Europapolitik der richtige Weg ist, um die Interessen des Landes erfolgreich zu vertreten. Ein europapolitisch einschneidendes Ereignis, das solche Zweifel zur Gewissheit werden ließ, war die Erfahrung, die Jacques Chirac im Jahre 2003 machen musste. Damals, in der Auseinandersetzung mit den USA über den Irak-Krieg, hatte er Gerhard Schröder im Schlepptau und konnte erwarten, dass er, gestützt auf den deutschen Partner, als Sprecher Europas akzeptiert werden und auf gleicher Augenhöhe wie die USA Weltpolitik machen könnte. Er musste jedoch erkennen, gleich nachdem er beim deutsch-französischen Gipfel im Januar 2003 von den Treppen des Versailler Schlosses herunter seinen Führungsanspruch verkündet hatte, dass dieser Anspruch illusorisch war. Mit seiner USA-Kritik spaltete er Europa, statt es unter seiner Füh-

rung zu einigen. Von da an sah sich die französische Politik wieder mehr auf die eigene Nation zurückgeworfen.

Kein französischer Politiker hat seither die nationale Karte auch rhetorisch so offen gespielt wie Sarkozy. Man wird sich daran erinnern, wie er alles getan hat, einen Einstieg von Siemens bei Alstom zu verhindern, oder wie er die Übernahme des früher deutsch-französischen Unternehmens Aventis durch den kleineren französischen Pharmakonzern Sanofi-Synthélabo betrieben hat. In eine ähnliche Richtung weist heute etwa sein Vorschlag, den Anteil des französischen Staates an EADS zu erhöhen.

Schließlich hat Sarkozy gar eine Art moralische Wiederaufrüstung seines Landes vor allem gegenüber Deutschland propagiert, indem er sich wunderte, dass in einem zivilisierten Land wie Deutschland der Holocaust möglich gewesen ist, während Vergleichbares in Frankreich völlig undenkbar sei. Gleichzeitig warnte er vor Bekundungen der Reue, insbesondere zur „repentance“ angesichts angeblicher, etwa mit der Kolonialzeit verknüpfter französischer Missetaten.

Gleichwohl wird Sarkozy dazu beitragen, Europa voranbringen. Zwar wird es mit ihm nur einen „vereinfachten Vertrag“ geben, der nicht Gegenstand eines Referendums sein muss, aber auch sein „vereinfachter Vertrag“ wird, wie hier von Daniela Schwarzer erläutert, zu einer Effizienzsteigerung der europäischen Institutionen führen. Ansonsten sind seine europa- und außenpolitischen Vorstellungen, wie Schwarzer ebenfalls aufzeigt, undeutlich bis beunruhigend. Dass er den deutsch-französischen Bilateralismus als Motor eines Europas der 27 für zu schwach hält, entspricht zwar einer realistischen Einschätzung, aber will er ihn wirklich durch ein Direktorium der „Großen“ ersetzen? Und was verspricht sich Sarkozy von seinen Attacken auf die Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank, von seiner Einforderung eines stärker protektionistischen Europas oder von einer Union Méditerranéenne, bei der Frankreich und nicht Europa als Akteur vorgesehen ist (Siehe „Das Dokument“)? Auf diese Fragen werden wir wohl erst nach den Parlamentswahlen im Juni klarere Antworten erwarten dürfen.

Johannes Thomas

Dokumente 3/07

Zeitschrift für den deutsch-französischen Dialog

1 Editorial

Schwerpunkt Wahlen: „La France d’après“

- 4** **Kommentar: Sieger Sarkozy**
Frankreich schlägt ein neues Kapitel seiner Geschichte auf
Medard Ritzenhofen
- 9** **Präsidentenwahlen 2007 – Ergebnisse im Überblick**
- 10** **Sarkozys Wirtschaftspolitik**
Eine Reformagenda à la française?
Henrik Uterwedde
- 15** **Grund zur Vorsicht**
Sarkozys europapolitisches Programm
Daniela Schwarzer
- 20** **Eine tickende Zeitbombe?**
Die sichtbaren Minderheiten und die Präsidentenwahlen
Martina Zimmermann
- 24** **Die Zukunft der Laïcité**
Nur ein Wahlkampfthema?
Clemens Klünemann

Gesellschaft

- 28** **Kommunen & Integrationspolitik**
im französisch-deutschen Vergleich
Wolfgang Neumann
- 33** **Paris–Frankfurt in vier Stunden**
Die Linie des TGV Est-européen ist eröffnet
Wolfgang O. Hugo
- 36** **Ende der kulturellen Toleranz**
Frankreichs Politik gegen die Klitorisverstümmelung
Suzanne Krause

Dossier: Städte & Kommunen

- 40** **Ein städtisches Symbol**
Rolandslieder und Rolandstatuen in Europa Gérard Foussier
- 44** **„Présences françaises“ in Berlin**
Die französische Bevölkerung in der Hauptstadt Cédric Duchêne-Lacroix
- 47** **Ein Baustein der Freundschaft**
Aachen–Reims und die europäische Geschichte Heinz Malangré
- 49** **„Observations à la jumelle“**
Orléans–Münster, eine beispielhafte Städtepartnerschaft Berthold Tillmann / Serge Grouard

Kultur

- 50** **Kultur-Spektrum** Siegfried Forster
- 52** **Kultur-Vorschau: Frankreich in Deutschland** Silke Stammer
- 53** **„Standhalten, sich widersetzen“**
André Glucksmann: 70 Jahre und kein bißchen milder Medard Ritzenhofen
- 57** **„La vie en rose“ ... et gris**
Olivier Dahans filmische Hommage an Edith Piaf Catrin Corell
- 60** **Kuba, Jazz, World und Chanson**
In der Pariser Musikszene fusionieren die Stile Martina Zimmermann
- 64** **Französisch für die ersten Klassen**
Die deutsch-französische Kinderzeitschrift Filou Cornelia Frenkel

66 Rezensionen

Sammelrezension: Frankreich-Diskurse bei Heinrich und Klaus Mann | Christian Feit: Fußnoten zu unserer Geschichte 1920–2001 | Martin Schieder: Im Blick des Anderen. Die deutsch-französischen Kunstbeziehungen 1945–1959 | Annette Kliewer: Unterricht entgrenzen – Interregionale Ansätze in Pfalz und Elsass

74 Das Dokument

„Je serai le Président de tous les Français“, Rede von Nicolas Sarkozy, 6. Mai 2007

76 Chronologie

März / April 2007

DGAP

Sarkozys Wirtschaftspolitik

Eine Reform-Agenda à la française?

Henrik Uterwedde*

» Nicolas Sarkozy hat das klarere Konzept für die notwendigen strukturellen Veränderungen in Wirtschaft und Gesellschaft vorgelegt und den „Bruch“ mit der Vergangenheit versprochen. Die neuen, liberalen Akzente und den Diskurs des Aufbruchs verknüpft er mit der Beschwörung der nationalen Protektion: Dies lindert Reformängste.

„... ob man nun als Linker oder Rechter katalogisiert wird – die Diagnose wird weitgehend geteilt: Man muss das Angebot ankurbeln und mehr arbeiten. Die Divergenzen betreffen die Methode und die Rolle des Staates.“

(Philippe Aghion, *Le Monde*, 16.4.2007)

„Ich will keine Politik des Verzichts, denn diese führt zu nichts. Man reduziert die Defizite und die Verschuldung nicht durch Verzicht. Ich will eine Politik, die auf Anstrengung und Arbeit beruht.“

(Nicolas Sarkozy, *Le Monde*, 25.4.2007)

Mit Nicolas Sarkozy hat sich in der Präsidentschaftswahl der Kandidat durchgesetzt, den viele Nachbarn in Europa favorisierten. Er sei „Frankreichs Chance“, titelte der *Economist* (12.4.2007) schon vor der Wahl, denn „er ist der einzige Kandidat, der genügend Mut hat, sich für den ‚Bruch‘ mit der Vergangenheit einzusetzen, den Frankreich nach zahlreichen düsteren Jahren benötigt.“ Die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* sieht in der Wahl vom 6. Mai „ein Votum für den Aufbruch, für die Bereitschaft zu einem mitunter schmerzhaften Wandel, für die Erkenntnis, dass sich Wettbewerbsfähigkeit nicht durch die Zementierung von Besitzständen erkaufen lässt.“¹

Schon der Wahlkampf hatte ganz im Zeichen des Wandels gestanden, auch und gerade was die Wirtschafts- und Sozialpolitik betrifft. Trotz aller demagogischen Verkürzungen, trotz aller Unklar-

heiten, trotz mancher ideologischen Rücksichtnahmen: Beide Kandidaten haben den Wahlkampf auch genutzt, sich in gewisser Weise von ihren tradierten Partei-Diskursen und Praktiken zu emanzipieren und neue Wege aufzuzeigen.

Dies gilt besonders für Nicolas Sarkozy, dessen Kurs vielleicht nicht den ursprünglich angekündigten „Bruch“ mit der Chirac-Politik und dem bisherigen Wirtschafts- und Sozialmodell bedeutet, aber doch neue, liberale Akzente verheißt, die bislang in Frankreich tabuisiert schienen. In der Tat kann man in den Wahlaussagen von Sarkozy eine Reformagenda erkennen, die eine Reihe von Verkrustungen in Wirtschaft und Gesellschaft aufbrechen will. Auch Ségolène Royal stellte in ihrem Wahlkampf eine Reihe traditioneller Positionen der Linken infrage, musste aber mehr Rücksichten auf ideologische Codes in der Sozialistischen Partei und in der Linken nehmen. Dadurch wirkte ihr Programm schwammiger und kam traditioneller daher, weil es – trotz mancher Tabubrüche – doch weitgehend von den Kompromissformeln innerhalb der Sozialistischen Partei geprägt war.

Insofern hat sich auch derjenige Kandidat durchgesetzt, der das klarere, schlüssigere Konzept für die notwendigen strukturellen Veränderungen und Reformen in Wirtschaft und Gesellschaft vorweisen konnte – ganz gleich, ob man dieses Konzept nun befürwortet oder nicht.

* Prof. Dr. Henrik Uterwedde ist stellvertretender Direktor des Deutsch-Französischen Instituts (dfi), Ludwigsburg.

Frankreichs Strukturprobleme

Unbestritten ist, dass Frankreich nicht nur kosmetische Retuschen, sondern grundlegendere Veränderungen benötigt. Man muss keine Kassandra wie Nicolas Baverez sein, um die zahlreichen Schwachstellen und Fehlleistungen des tradierten französischen Wirtschafts- und Sozialmodells festzustellen.² Dessen ökonomische Leistungsfähigkeit ist angesichts eines nur mittelmäßigen Wachstums, einer hohen, nach wie vor überdurchschnittlichen Arbeitslosigkeit, hoher Staatsverschuldung und gesunkener Wettbewerbsfähigkeit an spürbare Grenzen gestoßen. Zudem haben sich die Risse in der Gesellschaft, der hohe Anteil verminderter beziehungsweise von Verarmung bedrohter Menschen, die allseitigen Verunsicherungen und Zukunftsängste, die bis in die Mittelschichten reichen, sowie die Misere der Vorstädte und die ungelösten massiven Probleme der Integration und der Chancengleichheit eher verstärkt. In diesem Zusammenhang ist es bemerkenswert, dass die Franzosen wie kaum einer ihrer Nachbarn der Globalisierung und dem freien Welthandel skeptisch gegenüberstehen.³

Die meisten Experten sind sich einig: Frankreichs Wirtschaft steht insgesamt nicht schlecht da, aber das französische Modell ist nicht zukunftsfähig, weder was die Ausrichtung auf die Chancen der Wissensgesellschaft noch was die Bewältigung des demographischen Wandels angeht. Sie verweisen vor allem auf qualitative Mängel der Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit.⁴ Die französische Wirtschaft leidet unter einer unzureichenden Innovationsfähigkeit. So sieht ein vergleichendes, auf umfangreiche Indikatoren gestütztes Ranking Frankreich nur in einer mittleren Position (9. Platz unter 25 Ländern), während sich Deutschland (4.) in der Führungsgruppe befindet.⁵ Diese eher mittelmäßigen Ergebnisse sind das Erbe des französischen Kapitalismus- und Modernisierungsmodells der Nachkriegszeit und einer Industriepolitik, die sich vor allem auf die Förderung von technologischen Spitzenindustrien konzentriert hatte.⁶ Das Ergebnis: Zahlreiche Branchen sind zu wenig auf Produkte mit

hoher Wertschöpfung ausgerichtet; das Unternehmensnetz weist erhebliche Schwachstellen vor allem bei den mittelständischen Firmen auf. Das etatistische, zentralistische Erbe bewirkt, dass trotz der Dezentralisierungsreformen die politischen und ökonomischen Akteure „in hierarchischen, vertikal ausgerichteten nationalen Strukturen erstarrt sind, mit der Folge, dass das Zusammenspiel zwischen Forschung, Bildung und Unternehmen die Vitalität verliert, aus der Innovation und Wettbewerbsfähigkeit erst entstehen.“⁷

Was tun? Die meisten Experten befürworten eine angebotspolitische Strategie, um die französische Unternehmens- und Produktionsstruktur zu dynamisieren. Es geht darum, erheblich mehr Geld in Forschung, Bildung und Innovation zu stecken, was nicht ohne eine teilweise Neuorientierung der öffentlichen Haushalte geschehen kann; es geht aber auch um eine bessere Funktionsweise dieser Sektoren. Generell sind ferner bessere Rahmenbedingungen für die Unternehmen gefragt, insbesondere was die Finanzierung und den Marktzugang für neue und innovative Firmen angeht. Als Beispiel für die gegenwärtige Diskussionsrichtung führender Ökonomen – auch derjenigen, die der Linken nahe stehen – sei eine Vorwahl-Analyse von Philippe Aghion und Anne-Laure Piganeau genannt, die vier Reformachsen benennt: Eine Reform der universitären Bildung (dabei geht es um erheblich mehr Geld für diesen Sektor, aber auch um eine neue Gouvernanz über stärkere Autonomie der Universitäten und eine systematische Evaluierung durch Benchmarking); eine Liberalisierung des Groß- und Einzelhandels (der – nicht zuletzt durch strukturerhaltende Gesetze früherer Rechtsregierungen – besonders stark reglementiert ist); eine Flexibilisierung des Arbeitsmarktes, verbunden mit einer deutlich besseren Absicherung der Arbeitslosen und einer aktiven und effizienten Arbeitsvermittlungspolitik (hier lässt das dänische Modell der „flexicurity“ grüßen, das nicht nur in Frankreich auf viel Interesse stößt); schließlich eine Reform des Banken- und Finanzsektors, in dem eine verstärkte Konkurrenz für mehr Zugang der Unternehmen (vor allem der

„Die französische Wirtschaft leidet unter einer unzureichenden Innovationsfähigkeit.“

menbedingungen für die Unternehmen gefragt, insbesondere was die Finanzierung und den Marktzugang für neue und innovative Firmen angeht. Als Beispiel für die gegenwärtige Diskussionsrichtung

führender Ökonomen – auch derjenigen, die der Linken nahe stehen – sei eine Vorwahl-Analyse von Philippe Aghion und Anne-Laure Piganeau genannt, die vier Reformachsen benennt: Eine Reform der universitären Bildung (dabei geht es um erheblich mehr Geld für diesen Sektor, aber auch um eine neue Gouvernanz über stärkere Autonomie der Universitäten und eine systematische Evaluierung durch Benchmarking); eine Liberalisierung des Groß- und Einzelhandels (der – nicht zuletzt durch strukturerhaltende Gesetze früherer Rechtsregierungen – besonders stark reglementiert ist); eine Flexibilisierung des Arbeitsmarktes, verbunden mit einer deutlich besseren Absicherung der Arbeitslosen und einer aktiven und effizienten Arbeitsvermittlungspolitik (hier lässt das dänische Modell der „flexicurity“ grüßen, das nicht nur in Frankreich auf viel Interesse stößt); schließlich eine Reform des Banken- und Finanzsektors, in dem eine verstärkte Konkurrenz für mehr Zugang der Unternehmen (vor allem der

neuen und der kleinen und mittleren Firmen) zu Kredit und Risikokapital sorgen soll.⁸

Eines wird dabei deutlich: Eine Angebotspolitik, die Verkrustungen und Schwächen der französischen Produktionsstruktur überwinden und die ökonomisch-sozialen Rahmenbedingungen verbessern will, kommt nicht um eine Erneuerung des tradierten Wirtschafts- und Sozialmodells herum.

Was will Sarkozy?

Nicolas Sarkozy hat sein wirtschaftspolitisches Programm im Wahlkampf relativ detailliert offen gelegt (siehe Tabelle 1). Auf den ersten Blick handelt es sich um eine klassische konservativ-liberale Agenda: Senkung der Steuern- und Abgabenlast um vier Prozentpunkte (wobei deutliche verteilungspolitische Akzente zugunsten der mittleren und vor allem der hohen Einkommen gesetzt werden), Rückführung der öffentlichen Defizite, Verschlinkung des Staats- und Verwaltungsapparates, Reformen im Sozialstaat.

Der Schwerpunkt liegt auf Maßnahmen der Angebotspolitik: Die Senkung der Abgabenlast für Unternehmen, die faktische Aushebelung der 35-Stunden-Woche durch Verlängerung der Arbeitszeiten und die Anhebung der Beschäftigungsquote sind ebenso wie die angekündigten Reformen des Arbeitsmarktes und die stärkere Förderung von Forschung, Entwicklung und Innovation Maßnahmen, die auf die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen und des Standorts Frankreich abzielen. Sie sollen den Firmen neue finanzielle und organisatorische Spielräume für mehr Investitionen eröffnen und den Strukturwandel zugunsten neuer, wachstumsträchtiger Produkte und Dienstleistungen fördern. Dabei spielt der Arbeitsmarkt eine herausragende Rolle. Der angekündigte einheitliche Arbeitsvertrag mit graduell steigenden Schutzrechten für Arbeitnehmer, die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes und die Ausrichtung an einer „flexsécurité“ nach dänischem Vorbild sollen ebenfalls für mehr Beschäftigung und Fähigkeit zum Strukturwandel sorgen.

Daneben kommt die Nachfragepolitik, die ohnehin traditionell in Frankreich eine höhere Auf-

merksamkeit genießt als in Deutschland, nicht zu kurz. Die Steuer- und Abgabensenkungen für die Beschäftigten, die Lohnzuschläge für Mehrarbeit, aber auch die gezielte Steigerung einiger Sozialeinkommen (Mindestrenten, Rente für Frauen, die Kinder erzogen haben, Familienbeihilfen, Arbeitslosengeld) sollen mehr Kaufkraft und damit gesamtwirtschaftliche Binnennachfrage freisetzen. Eine zentrale Rolle spielt dabei der Versuch, Wachstumsimpulse über mehr Arbeit zu erzielen: „Indem man das Arbeitsvolumen ausweitet, erhöht man die Kaufkraft der Beschäftigten, gibt man der Wirtschaft neuen Treibstoff und erreicht man Spielräume, um die Defizite zu reduzieren.“⁹ Hier wird der Ansatz deutlich, die – teilweise unbequemen und auf jeden Fall kontroversen – Reformen durch eine Orientierung für mehr Wachstum, Beschäftigung und Kaufkraft politisch besser durchsetzen zu können.

Aber der Reformator Sarkozy ist nur die eine Seite des neuen Präsidenten. Der Diskurs des Aufbruches, des Wandels, der Veränderung geht einher mit der Beschwörung der Nation, der nationalen Identität und der Protektion. Wenn er am Wahlabend die europäischen Partner beschwor, „auf die Wut ihrer Völker zu hören, die die Europäische Union nicht als Schutz, sondern als trojanisches Pferd sämtlicher Bedrohungen wahrnehmen, die die Veränderungen in der Welt mit sich bringen“, dann ist dies stimmig mit Sarkozys wiederholter Kritik am „Dumping“ mancher Länder, mit seiner Forderung nach der EU als auch wirtschaftlichem Schutzraum, mit seinem – bereits durch seine Zeit als Minister bekannten – industriepolitischen Aktivismus zugunsten französischer Unternehmen. So verspricht er vollmundig und wenig glaubwürdig, was die realen Durchsetzungschancen betrifft: „Ich werde die ‘préférence communautaire’ rehabilitieren, das heißt das Recht Europas, seine Produkte, seine Unternehmen, seine Märkte zu schützen, wenn es in seinem Interesse ist, vor allem bei der WTO“ (Interview in *Le Monde*, 25.4.2007). Einen liberalen Bonapartist nennt ihn deshalb Mattias Oppermann (*Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 13.5.2007); als „national-liberal“ bezeichnet ihn Zaki Laïdi. Dabei scheint es so, dass der Diskurs der nationalen Protektion Ängste auffangen soll, die in Frankreich

Tab. 1: Zentrale Wahlaussagen von Nicolas Sarkozy zur Wirtschaftspolitik

Politikfelder	Wichtigste angekündigte Maßnahmen
Beschäftigung, Arbeitsmarkt	<p>Arbeitsrecht: Neuer einheitlicher Arbeitsvertrag mit allmählich wachsendem Kündigungsschutz; Überprüfung der 35-Stunden-Woche im öffentlichen Dienst; Öffnung des Einzelhandels am Sonntag; Ermöglichung von Überstunden (mit Lohnzuschlägen von 25 Prozent)</p> <p>Arbeitsmarkt: Erhöhung des Arbeitslosengeldes für Niedriglohneempfänger; stärkerer Druck auf Arbeitslose, angebotene Stellen wahrzunehmen; Schaffung einer Arbeitsagentur ('service public de l'emploi'); Reform der beruflichen Ausbildung; Arbeitsanreize für Jugendliche und ältere Arbeitnehmer</p>
Sozialstaat, Sozialpolitik	<p>Schaffung einer 'sécurité sociale professionnelle'; Verpflichtung von Sozialhilfeempfängern zu gemeinnütziger Arbeit; Familienbeihilfen auch für Ein-Kind-Familien</p> <p>Rentenversicherung: Angleichung der Sonderregelungen in einzelnen Sektoren an das allgemeine System; Erhöhung der Mindestrenten und der Renten von Müttern, die Kinder erzogen haben</p> <p>Wohnungsbau: 700 000 Wohnungen in 5 Jahren; Erleichterung des Kaufs von Wohnungen</p>
Forschung und Entwicklung, Bildung	<p>Forschung und Entwicklung: Erhöhung der Ausgaben auf 3 Prozent des BIP bis 2012; steuerliche Forschungsförderung; Förderung der Umweltforschung</p> <p>Bildung: Erhöhung des Budgets für universitäre Bildung um 50 Prozent in 5 Jahren; autonomes Statut für Universitäten</p>
Steuerpolitik	<p>Unternehmen: Steuersenkungen je nach Beschäftigungs- und Investitionsverhalten; Befreiung der Überstunden von Sozialabgaben (Unternehmen) beziehungsweise Lohnsteuer (Arbeitnehmer); geringere Mehrwertsteuer in der Gastronomie sowie probeweise in anderen Sektoren</p> <p>Haushalte: Befreiung von 90–95 Prozent der Franzosen von der Erbschaftssteuer; Absenkung der Höchstgrenze für Steuern auf 50 Prozent; steuerliche Absetzbarkeit von Immobilienzinsen; Freibetrag bei der Vermögenssteuer von 50 000 Euro bei Investitionen in KMU; totale Steuerbefreiung der Beschäftigten im Bereich der Dienstleistungen für Personen</p>
Öffentliche Finanzen	Rückführung der öffentlichen Schulden von 63,9 (2006) auf 60 Prozent (2012); Senkung der Abgabenquote um 4 Prozentpunkte; Begrenzung der Staatsausgaben auf real 1,5 Prozent pro Jahr; nur teilweise Wiederbesetzung von Beamtenstellen
Industriepolitik, Infrastrukturen	Eine „wirkliche Industriepolitik“ in ausgewählten Sektoren; eine „Investitionspolitik“ in Schlüsselbereichen (TGV, Transportsysteme, Glasfasern, Universitäten u.a.); Kampf gegen Delokalisierungen
Umweltpolitik	Schaffung eines Ministeriums für nachhaltige Entwicklung; Besteuerung des CO ₂ -Verbrauchs; Investitionen in erneuerbare Energien und Nuklearenergie
Währungspolitik, Außenwirtschaft	Aktive Wechselkurspolitik; wachstumsorientierte Geldpolitik der EZB; Politik gegen Sozial-, Öko- und Steuerdumping; „préférence communautaire“: Legitimität eines europäischen Protektionismus in gewissen Fällen

Quelle: eigene Zusammenstellung.

gegenüber einer auch nur in Ansätzen liberalen Wirtschaftspolitik besonders stark verankert sind.¹⁰ Dieser Diskurs hätte dann eine Art Alibifunktion zur besseren Durchsetzung seines Reformkurses. Mit Sicherheit wird Sarkozy Themen wie eine bessere Gouvernanz im Euroraum, eine stärkere Wachstumsausrichtung der Geld- und Budgetpolitik und eine aktivere Wechselkurspolitik des Euro neu beleben.

Auch die Renaissance einer Industriepolitik, die sich nicht scheut, direkt in die Unternehmenslandschaft einzuwirken, ist durchaus wahrscheinlich. Dabei wird in der französischen Presse schon über ein „Sarkopoly“ spekuliert, das industrielle Restrukturierungen in einigen Sektoren umfassen und von den zahlreichen engen persönlichen Bindungen Sarkozys mit führenden Industriellen wie Martin Bouyguès, Arnaud Lagardère, Serge Dassault und anderen geprägt sein wird.¹¹

Hier stößt man an eine Seite des neuen Präsidenten, die einige Zweifel weckt oder zumindest Fragezeichen provoziert, was die Erfolgsaussichten seiner Wirtschafts- und Sozialpolitik betrifft. Sein oft als „bonapartistisch“ bezeichneter Politikstil, sein Aktivismus, seine Neigung zur direkten Intervention mögen seiner Entschlossenheit zu strukturellen Reformen förderlich sein – die Frage ist aber, ob sie der Sache immer dienlich sind und vor allem, ob sie Akzeptanz für seine Reformagenda schaffen können. Der neue Präsident hat – wie schon mancher vor ihm – erkennen lassen, dass er dem sozialen Dialog einen neuen Stellenwert geben will, und eine Reihe nationaler Konferenzen mit den Sozialpartnern angekündigt. Man darf gespannt sein, wie sich dies in der Praxis entwickelt. Mut zu Reformen, aber auch Fähigkeit zum Dialog und zum Kompromiss – dies wäre die Mischung, die dem neuen Präsidenten zu wünschen wäre, um seine Reformagenda erfolgreich umzusetzen.

-
- 1 Christian Schubert: Frankreich in Aufbruchstimmung, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 7.5.2007.
 - 2 Vgl. dazu Henrik Uterwedde: Frankreich 2005: Brüche im Gesellschaftsmodell. In: Deutsch-Französisches Institut u.a. (Hg.): Frankreich-Jahrbuch 2005. VS-Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2006, S. 9–22.
 - 3 Vgl. dazu die einzelnen Länderberichte in Elvire Fabry (Hg.): Les Européens face à la mondialisation. Fondation pour l'innovation politique, Paris 2007, abrufbar unter www.fondapol.org/v2/pdf/Etude_Mondialisation.pdf.
 - 4 Vgl. zum Beispiel Michèle Debonneuil / Lionel Fontagné: Compétitivité. Rapport au Conseil d'Analyse économique, Paris 2003. Eine gute Übersicht gibt Gabriel Colletis: Enjeux des mutations industrielles en France. In: Gabriel Colletis / Yannick Lung (Hg.): La France industrielle en questions. Analyses sectorielles, Paris 2006, S. 11–36. Für die Einordnung der französischen Strukturprobleme im deutsch-französischen Vergleich und im Rahmen der EU vgl. demnächst Henrik Uterwedde: Made in Europe. Auf dem Weg zu einer europäischen Standortpolitik? In: Martin Koopmann / Stephan Martens (Hg.): Europa, quo vadis? Ein deutsch-französischer Ausblick auf die Zukunft Europas. Nomos Verlag, Baden-Baden 2007 (in Vorbereitung).
 - 5 Vgl. die Ergebnisse für Frankreich des Trend Chart Innovation Policy in Europe, abrufbar unter www.trendchart.org/scoreboards/scoreboard2005.
 - 6 Jean-Louis Beffa: Pour une nouvelle politique industrielle. La Documentation française, Paris 2005, S. 15–20. Vgl. dazu auch Henrik Uterwedde: Abschied vom französischen Modell? Staat und Wirtschaft im Wandel. In: Marieluise Christadler / Henrik Uterwedde (Hg.): Länderbericht Frankreich, Bonn 1999, S. 214–217.
 - 7 Christian Blanc: Pour un écosystème de la croissance. Rapport au Premier Ministre, Paris 2004, S. 1. Christian Blanc ist Abgeordneter der UDF.
 - 8 Philippe Aghion / Anne-Laure Piganeau: Programmes électoraux: une grille de lecture économique. En temps réel, Cahier 28, März 2007, abrufbar unter <http://en.temps.reel.free.fr/cahiers/cahier28.pdf>, Stand 8.5.2007.
 - 9 Interview in *Le Monde*, 25.4.2007.
 - 10 Zaki Laïdi: Sarkozy le national-libéral, abrufbar unter www.telos-eu.com/2007/05/sarkozy_le_nationalliberal.php, Stand 6.5.2007.
 - 11 Vgl. dazu Gesche Wüpper: Vor der Stichwahl spielt Frankreichs Wirtschaft „Sarkopoly“, *Die Welt*, 3.5.2007, S. 12.

Grund zur Vorsicht

Sarkozys europapolitisches Programm

Daniela Schwarzer*



Die Chancen für Sarkozys „abgespeckten Verfassungsvertrag“, der die wesentlichen institutionellen Reformvorhaben wahr, stehen gut. Angesichts der zugleich beobachtbaren nationalpopulistischen Tendenzen, der Vorschläge für mehr Protektionismus, für Eingriffe in die Politik der EZB oder für eine Mittelmeerunion sind jedoch auch Reibungsflächen mit dem deutschen Partner gegeben.

Noch nie in der Geschichte der V. Republik hat das europäische Ausland so gebannt auf die Wahl eines neuen französischen Staatsoberhauptes geschaut und so intensiv seine europa- und außenpolitischen Positionen diskutiert wie bei der Präsidentschaftswahl 2007. Die Gründe liegen auf der Hand: Frankreich ist von der europapolitischen Bühne quasi verschwunden, seit der Europäische Verfassungsvertrag am 29. Mai 2005 im französischen Referendum scheiterte. Die Staats- und Regierungschefs zogen sich beim EU-Gipfel im Juni 2005 in eine „Denkpause“ zurück, die ein Jahr später angesichts der Verfahrenheit der Situation durch den Europäischen Rat verlängert wurde. Die deutsche EU-Ratspräsidentschaft wurde beauftragt, im ersten Halbjahr 2007 die Positionen der Mitgliedstaaten zum Verfassungsvertrag abzufragen und zu bewerten, um „mögliche künftige Entwicklungen“ aufzuzeigen.¹ Die Position Frankreichs zur Frage eines neuen EU-Vertrags ist wesentlich dafür, wie dieser weitere Prozess aussehen kann, und welche Chance besteht, die politische Substanz des Verfassungsvertrags zu retten.

Zwar ist selbstverständlich nicht allein Frankreichs Haltung entscheidend für den Erfolg oder Misserfolg weiterer Schritte. Nach derzeitiger Primärrechtslage müssen alle EU-Länder einen neuen EU-Vertrag einstimmig annehmen und ratifizieren, bevor er in Kraft treten kann. Doch ein Reformkompromiss ohne Frankreich dürfte poli-

tisch kaum ein Gewicht haben. Einige EU-Staaten dürften sich zudem hinter Frankreichs Nicht-handeln verstecken, wie dies während der Denkpause diejenigen Länder taten, die von einer Ratifizierung nach dem französischen „Nein“ absahen (vor allem Großbritannien, Polen und die Tschechische Republik). Frankreichs Haltung ist zudem wichtig, weil es nach zwei kleineren Ländern (Portugal und Slowenien) im zweiten Halbjahr 2008 die EU-Ratspräsidentschaft übernimmt. Je nachdem, wie der im Juni 2007 voraussichtlich verabschiedete Plan für das weitere Vorgehen ausfällt, könnte dies ein für die Ratifizierung eines neuen EU-Vertrags kritischer Zeitpunkt sein. Und, last but not least, ist Frankreichs Haltung in außen- und sicherheitspolitischen Fragen entscheidend für den Spielraum anderer europäischer Staaten, im EU-Rahmen außenpolitisch zu handeln (etwa bezüglich der Weiterentwicklung der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik, in Bezug auf das im Umbruch befindliche transatlantische Verhältnis oder auch im Rahmen der von wachsenden Spannungen charakterisierten Beziehungen zu Russland).

All diese Faktoren begründen für Deutschland und die anderen EU-Staaten die Notwendigkeit, mit Frankreich zu kooperieren oder zumindest unter Annahme der wahrscheinlichen französischen Positionen die eigene Strategie zu entwickeln. Frankreich ist zwei Jahre nach dem geschei-

* Dr. Daniela Schwarzer ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), Berlin.

terten Referendum nicht etwa marginalisiert. Der neue Präsident Nicolas Sarkozy kann davon ausgehen, dass mit Frankreich gemeinsam Lösungen gesucht werden, die französische Vorbehalte (oder das, was als Antwort auf solche interpretiert wird) aufgreifen, um die neue Regierung von dem von den Verfassungsvertragsgegnern zu erwartenden Vorwurf zu entlasten, der neue EU-Vertrag sei der alte mit neuem Make-up.

Im Präsidentschaftswahlkampf vertraten die beiden aussichtsreichsten Kandidaten, Nicolas Sarkozy und Ségolène Royal, sehr unterschiedliche Positionen zu den Inhalten eines neuen Vertrags und zum Verfahren einer neuen Vertragssetzung.² Die deutsche EU-Ratspräsidentschaft war also in den ersten vier Monaten ihrer Amtszeit gezwungen, ihre Strategie mit Frankreich als Unsicherheitsfaktor zu entwickeln.

Ein „gewöhnlicher Vertrag“ mit parlamentarischer Ratifizierung

Im Januar 2006 forderte Nicolas Sarkozy, damals französischer Innenminister und Chef der UMP, erstmals ein abgespecktes Paket zur Reform der EU-Institutionen als Alternative zum Verfassungsvertrag. In drei Reden³ präziserte er zunächst seine Vorstellungen zu einem „Mini-traité“, den er Anfang 2007 dann in „Traité ordinaire“⁴ umbenannte. Dieser solle sich auf weitgehend unstrittige institutionelle Reformen konzentrieren, wie beispielsweise eine stabile Präsidentschaft des Europäischen Rates, einen europäischen Außenminister (auch wenn dieser nicht zwangsläufig so genannt werden müsse) und die Ausweitung von qualifizierten Mehrheitsabstimmungen im Rat sowie die Ausweitung der Mitentscheidungsrechte des Europäischen Parlaments. Im Rat solle künftig mit doppelter Mehrheit abgestimmt werden. Er unterstützte zudem die Passerelle-Klausel zum Übergang von Einstimmigkeit zu qualifizierten Mehrheitsentscheidungen. Sarkozy will überdies den im Verfassungsvertrag festgelegten Frühwarnmechanismus in den neuen Vertrag übernehmen, der die Beteiligung nationaler Parlamente an der Subsidiaritätskontrolle festlegt. Überdies sollen die Bürger ein Initiativrecht erhalten, mit dem sie

die EU-Kommission zur Gesetzgebung auffordern können.

Mit diesem Reformkatalog greift Sarkozy im wesentlichen die institutionellen Reformen des Verfassungsvertrags auf.⁵ Wenn Sarkozy in den letzten Monaten über den „Mini-traité“ oder „Traité ordinaire“ gesprochen hat, dann unterstrich er stets, dass dieser aus seiner Sicht nicht mit einer europäischen Verfassung gleichzusetzen sei. So rechtfertigt er auch seinen Vorschlag für das weitere Vorgehen auf EU-Ebene: Bereits im Februar 2006 kündigte er an, dass er die Franzosen nicht zu einem zweiten Referendum auffordern würde. Bis 2008 solle der Vertrag durch das französische Parlament ratifiziert werden. Mit diesem Vorgehen unterscheidet sich Sarkozy grundlegend von seiner Gegnerin in der Stichwahl, Ségolène Royal. Statt auf eine breite Debatte, die die Bildung eines gesellschaftlichen Konsens über einen weiteren Integrationsschritt zum Ziel hätte, will Sarkozy „die Sorgen der Franzosen“ durch ein (leicht) modifiziertes politisches Angebot zerstreuen.

Populäre Begleitmusik: Europa als Schutzmacht

Seit die Wähler den Verfassungsvertrag mit einer Mehrheit von 55 Prozent abgelehnt haben, ist der Satz „nur das Volk selbst kann annehmen, was es einmal abgelehnt hat“ in der innerfranzösischen Diskussion zum geflügelten Wort geworden. Vor diesem Hintergrund dürfte Sarkozy sich bemühen, zweierlei zu tun. Er muss erstens aufzeigen, dass der „Traité ordinaire“ keine simple Neuaufgabe des gescheiterten Verfassungsvertrags ist. Der Verzicht auf Elemente, die dem Dokument Verfassungsrang zu geben scheinen (die Referenz zur Europahymne, zur Flagge, Grundrechtecharta), und die Entkopplung der Regelungen zu den einzelnen Politikfeldern (im dritten Teil des Vertragstextes) dürften daher harte Verhandlungspositionen Frankreichs sein. Zweitens muss Sarkozy den Wählern signalisieren, dass er Schlüsse aus dem gescheiterten Referendum und der französischen Debatte gezogen hat. Seine Antwort: Er stellt sich als „starker Mann“ vor die Franzosen und kündigt

an, dass er die EU dazu bringen wolle, ihnen „Schutz“ zu bieten. So wiederholte er am Wahlabend das Versprechen, dass Europa nicht das „trojanische Pferd“ der Bedrohungen durch die weltweiten Veränderungen sein dürfe, sondern aktiver in die Globalisierung eingreifen müsse.

In verschiedenen Reden und Interviews hat er Vorschläge formuliert, wie dies geschehen sollte: die Außenhandelspolitik solle weniger liberal sein und stärker europäische Interessen schützen (Gemeinschaftspräferenz). Die europäische Wettbewerbspolitik solle dahingehend reformiert werden, dass sie weniger Wert auf Konkurrenz im Binnenmarkt legt, sondern „europäische Champions“ zulässt, die gegenüber der globalen Konkurrenz wettbewerbsfähig sind.⁶ Er fordert zudem, dass die Eurogruppe eine entschiedene Wechselkurspolitik gegenüber dem US-Dollar verfolgen solle, und fordert ihren Ausbau zu einer Wirtschaftsregierung.⁷

Neben diesen Vorschlägen, wie die EU nach außen besser ihre wirtschaftspolitischen Interessen vertreten kann, greift Sarkozy die Angst der Franzosen vor einer im Inneren unüberschaubaren und sozioökonomisch zu disparaten EU dadurch auf, dass er dem Beitritt der Türkei eine klare Absage erteilt. Diese ist nach Ansicht Sarkozys nicht Teil Europas, das auf einer geographischen, historischen und gesellschaftlichen Gemeinschaft beruhe.⁸ Damit greift er die breite Ablehnung eines Türkei-Beitritts in der Bevölkerung auf. Den Fortgang der Integration will er dadurch berechenbarer machen, dass feste Grenzen für die Gemeinschaft definiert werden. Diesen Aspekt stellt er immer wieder als einen der wichtigsten Ablehnungsgründe für den Verfassungsvertrag dar.

Über diese eher ins Innere der EU gewandten Vorschläge hinaus hat Sarkozy sich im Vorfeld der Präsidentschaftswahl wiederholt zu außen- und sicherheitspolitischen Themen geäußert. Während er hinsichtlich der Rhetorik zur internationalen Selbstbehauptung der Atommacht Frankreich nicht von der strategischen Grundlinie seines Amtsvorgängers Jacques Chirac abzuweichen scheint und auch die Ablehnung einer globalen und funk-

tional ausgeweiteten Rolle der NATO beibehält, hat er für die Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik neue Vorschläge unterbreitet. Da „Europa nicht mehr im Zentrum der US-Sicherheitsüberlegungen liegt“, müsse Europa eigenständiger werden – etwa durch gemeinsame Rüstungsprojekte (in den Bereichen Transportflugzeuge A400M, Kampfflugzeuge, Panzer), eine Konsolidierung der europäischen Rüstungsindustrie und gemeinsame Weltraumprojekte.⁹ Zudem hat er eine stärkere Integration der Armeen angesprochen. Um an der Umsetzung dieser Ideen aktiv mitzuwirken, will Sarkozy das französische Verteidigungsbudget auf gleichem Niveau belassen oder steigern. Er definiert das vertretbare Minimum von Verteidigungsausgaben auf 2 Prozent des BIP – und setzt seine EU-Partner (außer Großbritannien, das einen im EU-Vergleich traditionell großen Verteidigungsetat besitzt) unter Druck, nachzuziehen.¹⁰

Mit einem weiteren Thema versucht Sarkozy die sicherheitspolitische Agenda der EU zu beeinflussen: Er schlägt eine Mittelmeerunion vor, mit der er anscheinend drei Fliegen mit einer Klappe erschlagen will. Er interpretiert sie als alternative Einbindungsmöglichkeit für die

„Sarkozys Rhetorik dürfte französische Fehleinschätzungen eher nähren.“

Türkei, er stärkt symbolkräftig die Beziehungen zu den Maghrebstaaten und will sich möglicherweise Zugang zu Ressourcen sichern – und: er schafft sich als größter Anrainerstaat im Mittelmeerraum eine politische Führungsposition. Diese könnte er als Hebel benutzen, um den Einfluss Frankreichs in der EU zu stärken. Die Mittelmeerunion positioniert er strategisch als Teil einer multipolaren Welt – ein traditionelles Vorstellungsmuster in der französischen Außenpolitik der Nachkriegszeit. Vielleicht gerade, weil in Bezug auf die Vorschläge zu Mittelmeerunion und gestärkter ESVP Negativreaktionen aus den USA kommen könnten, gibt sich Sarkozy seit den frühesten Wahlkampftagen und in Abgrenzung zu Amtsvorgänger Jacques Chirac als betont USA-freundlich.¹¹

Zweifel an der Glaubwürdigkeit des Europapolitikers Sarkozy

Gegenüber der Sozialistin Royal verfügt Sarkozy als Europapolitiker über einen entscheidenden Vorteil: Er muss anders als Royal im Parti socialiste keine parteiinternen Richtungskämpfe über den Fortgang der Integration austragen. Seine Meinungsführerschaft in der UMP ist zumindest derzeit unangefochten, und in den letzten Jahren haben sich parteiintern keine konkurrierenden europapolitischen Denkrichtungen etabliert.

Lediglich Sarkozy selbst sorgte noch im Januar 2006 für Aufruhr, als er in seiner Rede beim Presse-Neujahrsempfang im französischen Innenministerium¹² ein „Directoire“ der sechs größten EU-Staaten (Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Polen, Spanien) als wünschenswerten Integrationsmotor bezeichnete. Diese Idee, die er zudem in Interviews „testete“, wurde als entlarvend für Sarkozys Desinteresse an einer Zusammenarbeit mit den kleineren EU-Staaten bewertet.¹³ Darüber hinaus wird dem ehemaligen Innen- und Finanzminister nachgesagt, er habe die EU-Ratssitzungen mit 25 teilnehmenden Delegationen als langweilig und ineffizient empfunden, was erklären könnte, warum er mit Hilfe eines „Directoires“ die intergouvernementale Zusammenarbeit – auf Kosten der EU-Institutionen und der Gemeinschaftsmethode – stärken wollte. Das spätere Bekenntnisse zur Gemeinschaftsmethode, das sich aus seinen Vorschlägen zum „Traité ordinaire“ herauslesen lässt, formuliert Sarkozy jedoch erst, seit er zwei proeuropäische Europaberater in sein Wahlkampfteam holte: Alain Lamassoure (UMP-Europaabgeordneter und möglicher künftiger Staatsminister für EU-Angelegenheiten) und den früheren EU-Kommissar und französischen Außenminister Michel Barnier. Es wird sich an Sarkozys europapolitischem Handeln zeigen, ob er den supranationalen Grundkonsens seiner Berater wirklich teilt, oder ob er auf national-protektionistische Positionen zurückfällt, wenn es um weitere Integrationsschritte gehen sollte.

Auch in einem anderen Themenbereich ist gesunde Vorsicht im Umgang mit dem neuen französischen Präsidenten angesagt. Sarkozy macht

immer wieder Vorschläge für eine europäische Industriepolitik: Hierzu gehört die Idee, die EU-Wettbewerbspolitik so zu reformieren, dass sie die Herausbildung europäischer Champions fördert, oder auch der Vorschlag, Schlüsselbetriebe der Rüstungsbranche grenzüberschreitend zu konsolidieren. In beiden Feldern ist anzunehmen, dass Sarkozy bei möglichen grenzüberschreitenden Fusionsprojekten zu allererst die französischen Interessen sieht. Während seiner Amtszeit als Wirtschafts- und Finanzminister im Jahr 2004 gab er in zwei deutsch-französischen Fusionsfällen einen kurzen Eindruck davon, wie er nationale Interessen – auch gegen den engsten EU-Partner – vertritt und nationale Alleingänge über europäische Lösungen setzt. Im Falle des deutsch-französischen Pharmakonzerns Aventis (hervorgegangen aus der Fusion Hoechst–Rhône-Poulenc) förderte er die Übernahme durch den kleineren französischen Konzern Sanofi-Synthelabo. Im selben Jahr vereitelte er den Einstieg der Siemens AG beim angeschlagenen Alstom-Konzern – und setzte stattdessen weitere Staatssubventionen gegenüber Brüssel durch, um den französischen Konzern eigenständig zu halten. Beide Interventionen geschahen – anders als das diesjährige EZB-Bashing¹⁴ – noch nicht einmal zu Wahlkampfzeiten. Diese Beispiele geben einen Eindruck von der interessengeleiteten Durchgriffswilligkeit des neuen französischen Staatspräsidenten.

Auch der Wahlkampf trug Züge, die nicht auf eine neue Öffnung Frankreichs für weitere Integrationsschritte schließen lassen. Sarkozy hat in der heißen Phase Wählerstimmen mit einer übermäßigen Beschwörung der französischen Nation und der nationalen Identität gefangen. Damit greift er nicht nur Stimmungen auf – er beeinflusst im gleichen Zuge Selbstwahrnehmungen und Erwartungen. Die von Sarkozy gewählte Rhetorik in Bezug auf die französische Identität, in Bezug auf Frankreichs politischen Führungsanspruch in Europa, und in Bezug auf die globale Rolle der EU dürfte französische Fehleinschätzungen von der Machbarkeit eines „Europe à la française“ eher nähren, als die Bürgerinnen und Bürger in eine realitätsanerkennende Zukunftsdiskussion einbinden.¹⁵ Die Versprechungen Sarkozys bergen ein Frustrationspotenzial für die Be-

völkerung in sich: Ein Großteil seiner Vorschläge (Reform der EZB, aktive Wechselkurspolitik, merkantilistische Handelspolitik) kann nur bei Einstimmigkeit der 27 EU-Staaten beschlossen werden. Diese zu erreichen, ist jedoch unrealistisch, da einige Länder ordnungspolitisch entgegengesetzte Positionen vertreten.

Eine harte Durchsetzung französischer Interessen (auch gegenüber den EU-Partnern) und eine punktuelle Schuldabwälzung etwa von französischen Wettbewerbsproblemen auf europäische

Rahmenbedingungen¹⁶ könnten dem neuen französischen Präsidenten als „Rahmenprogramm“ für einen harten und unpopulären innenpolitischen Reformkurs gerade recht sein. Paart sich dies mit dem in seinen Vorschlägen anklingendem Euro-Protektionismus, könnten im wirtschafts- und industriepolitischen Bereich beträchtliche Reibungspunkte mit Deutschland entstehen – obgleich gerade in diesen Feld die Chancen und Notwendigkeiten einer bilateralen und europäischen Zusammenarbeit besonders groß sind.

-
- 1 Schlussfolgerungen des Europäischen Rates am 15. und 16.6.2006, S. 18, abrufbar unter www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/de/ec/90120.pdf.
 - 2 Sarkozys Positionen werden im folgenden Text ausführlich besprochen. Einen Überblick über die Vorschläge beider Kandidaten geben Joachim Schild / Julia Simon: *Welches Europa soll es sein? Arbeitspapiere zur Europäischen Integration*, 1/2007. Daniela Schwarzer / Nicolas Joncheray: *Debatten, Kalküle und Programme im Präsidentschaftswahlkampf 2007. Weichenstellungen für Frankreichs künftige Politik? SWP-Diskussionspapier*, April 2007.
 - 3 Nicolas Sarkozy: *Voeux à la presse*, 12.1.2007, abrufbar unter www.u-m-p.org/site/index.php/ump/s_informer/discours/voeux_a_la_presse_de_nicolas_sarkozy_12_janvier_2006, ders.: *Je veux que l'Europe change*, Rede in Straßburg am 21.2.2007, abrufbar unter www.u-m-p.org/site/index.php/ump/s_informer/discours/je_veux_que_l_europe_change, ders.: *L'Europe de demain. Une nouvelle vision française. Discours prononcé devant les Amis de l'Europe et la Fondation Robert Schuman*, 8.9.2006, Brüssel, abrufbar unter www.robert-schuman.eu/doc/actualites/discours_2006-09-08.pdf.
 - 4 Grund für die neue Bezeichnung „Traité ordinaire“ oder auch „Traité simplifié“ war die Kritik der meisten EU-Partner an dem wenig Anspruch suggerierenden Begriff „Mini-Vertrag“.
 - 5 Er hat jedoch bislang öffentlich nicht präzisiert, wie mit dem ersten und dritten Teil des Verfassungsvertrags verfahren werden soll: der Grundrechtecharta und dem Teil zur Reform der EU-Politiken (der teilweise ein notwendiges Komplement zu den Reformen im institutionellen Teil ist).
 - 6 Siehe hierzu auch Joachim Schild / Julia Simon, a.a.O. (Anm. 2), S. 4–5.
 - 7 Nicolas Sarkozy: *L'Europe de demain. Une nouvelle vision française. Discours prononcé devant les Amis de l'Europe et la Fondation Robert Schuman*, 8.9.2006, Brüssel.
 - 8 Ders.: *Je veux que l'Europe change*, a.a.O. (Anm. 3).
 - 9 Ders.: *Our nation must continue to give high priority to defence*. In: *Défense nationale et sécurité collective*, 1/2007, S. 31–42. Der Artikel basiert auf folgender Rede: *Discours de Nicolas Sarkozy. Journée UMP de la Défense*. 7. 3. 2007, abrufbar unter www.sarkozy.fr/download/?mode=press&filename=7mars2007_Discours_NS_JourneeUMPDefense.pdf.
 - 10 Ebd., S. 40.
 - 11 Die transatlantischen Beziehungen waren neben der EU, der Mittelmeerunion und Afrika eines von vier außenpolitischen Themen, die Sarkozy in seiner Rede am Wahlabend als Prioritäten nannte. Nicolas Sarkozy: *Je serai le Président de tous les Français*, Rede am Wahlabend nach Bekanntgabe des Ergebnisses, 6.5.2007 abrufbar unter www.sarkozy.fr/edito/?lang=fr&id=34 (siehe „Das Dokument“ in dieser Ausgabe).
 - 12 Nicolas Sarkozy: *Voeux à la presse*, a.a.O. (Anm. 3).
 - 13 Siehe zum Beispiel Jean Quatremer: *Sarkozy écrase les petits. Coulisses de Bruxelles*, 12.1.2006, abrufbar unter http://bruxelles.blogs.liberation.fr/coulisses/2006/01/sarkozy_crase_1.html.
 - 14 Siehe die Beiträge zu Frankreich auf Eurozone Watch: www.euro-area.org/blog/?cat=11.
 - 15 Zur Notwendigkeit derselben siehe Julia Lieb / Benoît Roussel / Daniela Schwarzer: *Falsche Fragen, falsche Antworten. Wie Frankreich eine notwendige Zukunftsdiskussion verpasst*. SWP-Diskussionspapier, Juni 2006.

„Eine tickende Zeitbombe?“

Die sichtbaren Minderheiten und die Präsidentschaftswahl

Martina Zimmermann*

» „Es gab bisher keinen einzigen Präsidenten in einem freien westlichen Land, der so schlecht von den im Land lebenden Minderheiten redet“, so der schwarze Ludovic. Die Jugendlichen mit Migrationshintergrund wollen nicht länger Einwanderer der x-ten Generation sein, sondern vollwertige Bürger.

Die Wahlbeteiligung bei der zurückliegenden Präsidentschaftswahl war auch in den Vororten und in den kosmopolitischen Vierteln der großen Städte sehr hoch, und das bedeutet: Auch die Franzosen mit Migrationshintergrund, die in der Vergangenheit eher zur Enthaltung neigten, gingen zu den Urnen. Wie viele Wählerstimmen machen die Migranten und ihre Kinder und Kinderkinder aus? Wie viele Schwarze gibt es, in den Überseedepartements oder in Frankreich? Genaue Zahlen gibt es nicht, das wäre in Frankreich politisch nicht korrekt. Der Conseil Représentatif des Associations Noires (CRAN) fordert zwar Statistiken, die Hautfarbe und Herkunft einschließen, schon allein, um zum Beispiel das Ausmaß der Diskriminierungen ermessen zu können – und der neue Präsident Nicolas Sarkozy steht dieser Forderung aufgeschlossen gegenüber –, aber bisher kennt die Republik nur Franzosen, ohne Unterscheidung von Rasse, Herkunft oder Religion. Schätzungen gehen von zwei bis vier Millionen Schwarzen und fünf Millionen Muslimen aus, letztere stammen mehrheitlich aus Nordafrika.

„Muslim bin ich dem Namen nach, aber ich bin überhaupt nicht religiös. Ich esse Schweinefleisch, ich trinke Wein, und ich betrachte mich nicht als Muslim“, erklärt Zeitungshändler Sid. „Aber ich würde in die Statistik sicher als Muslim eingehen. Wenn man fragt, wie viele Muslime gibt es in Frankreich? Dann bin ich auf der Liste der Muslime.“ Sid hat seinen Zeitungsladen in der

Pariser Rue Oberkampf seit Jahrzehnten. Geboren wurde der dunkelhaarige Mann mit den grauen Schläfen in Oran (Algerien). In den 1980er Jahren hat er die französische Staatsbürgerschaft angenommen. Er habe bereits „im vergangenen Jahrhundert“ im ersten Wahlgang immer die kommunistische Partei gewählt. „Und da die PCF nie gewinnt, habe ich meine Stimme im zweiten Wahlgang immer den Sozialisten gegeben.“ Bei dieser Präsidentschaftswahl aber wählte er schon im ersten Wahlgang Ségolène Royal, damit sie in jedem Fall in die Stichwahl kommt.

Die Kandidatin des Parti Socialiste (PS) warb damit, die Präsidentin des „vermischten“ Frankreichs werden zu wollen, und sie war einer Umfrage der Zeitschrift *Jeune Afrique* vom März dieses Jahres zufolge der „Superstar“ unter den Wählern afrikanischer Herkunft. Die Wahlergebnisse zeigen, dass Royal auch in den Überseedepartements vorne lag, sie erhielt ihre besten Ergebnisse auf La Réunion im Indischen Ozean, auf Martinique in der Karibik. Auf Martinique war noch das inzwischen zurückgenommene Gesetz über die „positiven Folgen der Kolonialherrschaft“ (vom Februar 2004) in Erinnerung. Auch dass Nicolas Sarkozy (UMP) Schluss machen will mit der „Reue“, wenn es um die französische Geschichte geht, kommt auf der Insel nicht gut an, auf der Victor Schoelcher die Sklaverei 1848 endgültig abschaffte. Doch generell ging es den Linkswählern um soziale Ungleichheiten, Arbeitslosigkeit

* Martina Zimmermann ist freie Hörfunkkorrespondentin für die öffentlich-rechtlichen Anstalten und lebt in Paris.

keit, die Ausschließung sozial Schwacher und zunehmende Prekarität, während die Wähler des rechten Lagers sich in erster Linie um Unsicherheit, Arbeitslosigkeit und Immigration sorgten. Royal lag generell bei den 18- bis 24-Jährigen vorne, und 50 Prozent der Frauen wählten die erste weibliche Präsidentschaftskandidatin, die es bis in die Stichwahl geschafft hat. Auch die Vororte und die kosmopolitischen Viertel des kleinen Volkes in den Städten Frankreichs stimmten für Royal.

Franzosen mit Migrationshintergrund galten lange Zeit als sichere Stimmen für die Linke. Das ist heute nicht mehr so eindeutig der Fall. Der konservative Kandidat Nicolas Sarkozy liegt in der genannten Umfrage von *Jeune Afrique* zwar erst hinter dem Zentristen François Bayrou (UDF) an dritter Stelle, weil seine Immigrationspolitik oft Nord- und Schwarzafrikaner trifft. Doch Sarkozy zählt unter seinen Anhängern durchaus auch Menschen aus dem Maghreb. Die 30-jährige Buchhändlerin Zakia gehört zu denen, die man in Frankreich die „Beurgeoisie“ nennt, also „Beurs“ und „Bourgeois“: Keine Vorortkids, sondern Kinder maghrebischer Einwanderer, die zur Mittel- oder Oberschicht gehören. „Sarkozy ist nicht hart“, verteidigt sie den neuen Präsidenten. „Gesetz ist Gesetz, da darf nicht verhandelt werden. Die meisten Ausländer, die aus Asien und Afrika kommen, kennen dort eine Anarchie, für sie besteht ein Gesetz nur auf dem Papier. Und wenn sie dann hier mit den Gesetzen konfrontiert werden, beklagen sie sich, die seien rassistisch.“

„Ich lasse mich doch nicht als Fatiha vertreten, die in Algerien geboren wurde, sondern als Bürgerin!“ schimpft Rechtsanwältin Fatiha. „Meine Wahlentscheidung hängt vom Programm ab und nicht davon, wo einer herkommt oder geboren wurde.“ Auch die Schriftstellerin Zohra Maldji-Salah regt sich auf: „Man nennt uns Franzosen mit Migrationshintergrund, algerischer oder marokkanischer Herkunft. Unsere Kinder gelten als die x-te Generation. Wann werden sie damit aufhören? Wann werden unsere Kinder endlich einfach Franzosen sein? Wenn man von den Kindern des früheren Premierministers Beregovoy sprach, hieß es nie, sie gehören zur x-ten Generation, genauso wenig wie die von Radiostar Leo Citrone oder von Herrn Sarkozy und all den anderen. Warum sind

nur unsere Kinder immer noch Einwandererkinder der soundsovielten Generation?“

Dennoch warben die Kandidaten gezielt um diese Wählerstimmen: Ségolène Royal wollte die Präsidentin dieses „vermischten“ Frankreichs werden; der konservative Nicolas Sarkozy verspricht, Diskriminierungen ein Ende zu machen und hat mit Rachida Dati eine Sprecherin nordafrikanischer Herkunft. Sarkozy ist sogar für Quoten, um den Migrantenkindern einen Platz einzuräumen. Selbst der rechtsextreme Jean-Marie Le Pen versicherte: Jeder Franzose habe für ihn Priorität. Auf seinen Wahlkampfplakaten war sogar eine junge Farbige zu sehen. Doch auf der Straße wollen sich Le Pen-Wähler bekanntermaßen nicht outen. Den Rentner Mohamed stören zum Beispiel die illegalen Ausländer, weil sie ein schlechtes Licht auf die ganze Community werfen. Wen er wählt, will er aber nicht sagen: Es gebe schließlich das Wahlgeheimnis, erklärt er.

Eine rechtere Rechte

Viele Muslime haben weniger Angst vor den Rechtsextremen als vor der Feindseligkeit ihnen gegenüber, die sie bei den Kandidaten der großen Parteien ausmachen. Yasmine sieht nicht so aus, wie man sich eine Muslimin vorstellt. Sie trägt kein Kopftuch. Dennoch spielte ihr Glaube am Wahlsonntag eine Rolle. „Als französische Muslimin habe ich derzeit Angst“, erklärt die blonde Frau mit den grünen Augen. „Weil alle Kandidaten einen ähnlichen Diskurs haben. Wenn man heute rechts wählt, ist das, als wähle man gleich die Rechtsextremen. Man fragt sich sogar, ob nicht Ségolène Royal und Nicolas Sarkozy letztendlich dasselbe wollen – selbst wenn Sarkozy mehr Ähnlichkeit mit Le Pen hat.“

Beim Fernsehduell vor der Stichwahl gab es zwischen den Rivalen Royal und Sarkozy auch einen Schlagabtausch zum Thema illegale Einwanderer. „Einen Großvater vor der Schule und vor den Augen seines Enkels zu verhaften, ist nicht akzeptabel in der französischen Republik“, griff Ségolène Royal Nicolas Sarkozy an: „Übrigens habe ich nie gesagt, was Sie mir unterstellen. Ich habe nie Papiere für zwei Generationen von Illegalen

gefordert. Ich habe gesagt, das muss von Fall zu Fall entschieden werden.“ Antwort des künftigen Präsidenten: „Wir sind uns zumindest darüber einig.“ Beide sind für „Fall zu Fall“-Regelungen. Aber während Sarkozy immer wieder betont, den Familiennachzug weiter erschweren zu wollen, setzt Royal den Akzent eher auf eine neue Entwicklungspolitik in Afrika, um die Emigration in Pirogen zu verhindern.

„Alle beide interessieren mich nicht“, sagt Menouar, der einen kleinen Friseurladen in der Rue Oberkampf betreibt. „Weder Linke noch Rechte werden an mich denken. Als Einwanderer bin ich sicher, dass es für uns keine Gleichheit geben wird. Die Linke hat nichts getan für Leute algerischer Herkunft. Ich bin seit 44 Jahren in Frankreich, mein Vater hat für Frankreich gekämpft, war Kriegsgefangener. Aber dafür gibt es keinen Dank. Am liebsten hätten die uns auf der anderen Seite des Mittelmeers. Ich sehe keinen Unterschied zwischen Sarkozy und Ségolène.“

Als am Abend des 6. Mai 2007 feststeht, dass der neue Präsident Nicolas Sarkozy heißt, kommt es noch in der Nacht zu Auseinandersetzungen zwischen der Polizei und Menschen, die mit dieser Wahl unzufrieden sind. Im Bastille-Viertel in Paris, in den großen Städten der Provinz, und in den Vororten. In Grigny, einem Vorort im Süden von Paris im Département 91, versammelt sich am Wahlabend ein Dutzend junger Leute im Vereinshaus Saint-Exupéry. Manche tragen T-Shirts, auf denen steht: „Wer wählt, zählt!“ Auch im Département 91 lag die Wahlbeteiligung bei über 85 Prozent, so hoch wie in allen Vororten und in ganz Frankreich.

„Eigentlich wollten wir auf die Champs-Élysées, das wäre gewesen wie die Weltmeisterschaft 1998“, erklärt Sami, arbeitslos trotz Buchhalterausbildung. „Aber das Frankreich von Sarkozy ist nicht das gemischte Frankreich, black-blanc-beur. Es ist ein Frankreich, in dem alles möglich ist, wenn du reich bist.“ Die Anwesenden haben Ségolène Royal gewählt. „Nun ist Sarkozy Präsident, nun muss er seine Reden sanfter gestalten“, empfindet der schwarze Ludovic. „Das Problem ist,

dass er die Araber, die Schwarzen, die Türken, alle beleidigt! Es gab bisher keinen einzigen Präsidenten in einem freien westlichen Land, der so schlecht von den im Land lebenden Minderheiten redet.“ Auch die 25-jährige Sana ist sehr enttäuscht: „Ich glaube, meine Zukunft gestalten zu können. Ich habe Sarkozy wegen seiner Einwanderer- und Wirtschaftspolitik nicht gewählt. Ich habe Angst vor der Zukunft. Für die anderen.“ „Obwohl mich das Ergebnis nicht erstaunt: Es ist hart zu akzeptieren.“ Der Rapper Nicolas denkt an seine Freunde: „Ich habe zum Glück meine Papiere. Jetzt habe ich Angst für die, die keine haben.“

Kaum steht das Ergebnis der Wahl fest, verlassen schon einige Jugendliche den Vereinsraum. Sie wollen schauen, was in der benachbarten Siedlung los ist, La Grande Borne, eine Banlieue mit 11 000 Einwohnern. „La Grande Borne ist der gefährlichste Ort in der gesamten Pariser Region“, er-

„Das Frankreich von Sarkozy ist nicht black-blanc-beur. Es ist ein Frankreich, in dem alles möglich ist, wenn du reich bist.“

klärt Sami, der nicht mitgeht. „Alle zwei Monate gibt es da Aufstände.“ 2005 wurde auf die Polizei geschossen, ein Polizist wurde dabei verletzt.

Im letzten Jahr lieferte ein Bekannter von Sami dort eine Pizza aus. Ein Bus brannte, die Straße wurde abgesperrt. Er wartete, als die Polizei kam, rannte er nicht weg, weil er sich nichts vorzuwerfen hatte. Er wurde verhaftet und aufs Kommissariat gebracht; der Busfahrer behauptete, er sei der Brandstifter. „Obwohl seine Eltern die Kundin gefunden haben, der er die Pizza lieferte, sitzt er seit sechs Monaten im Gefängnis und wartet auf seine Verhandlung. Verstehen Sie, dass ich nicht in dieses Viertel will?“

In der Siedlung La Grande Borne stehen Menschen unter den mehrstöckigen Häusern in den Straßen. „Wir sind für Ségolène Royal!“ rufen zwei junge Schwarze aus einem Auto, aus dem laute Rapmusik dringt, in der von „Bürgerkrieg“ und „Feuer“ die Rede ist. „Diese Musik wurde für Sarkozy und Le Pen geschaffen“, erklärt der 20-jährige Malik. „Wenn sie es schaffen, dann sorgt für Chaos!“ Malik hat Royal gewählt. Sein Kommentar zum Wahlergebnis: „In den schwierigen Vierteln Frankreichs wird es vielleicht gewalttätige

Auseinandersetzungen geben. Aber ich glaube, hier haben die Leute begriffen, dass Gewalt ins Gefängnis führt. Das hier ist eine Bombe mit Verzögerungseffekt.“

„Nun haben wir den Schlamassel“, mischt sich die 18-jährige Verena ein. „Ich hoffe, Grigny wird nicht durchknallen.“ Eine Frau öffnet das Fenster und jubelt: Sie ist froh über das Ergebnis der Wahl. Verena meint: „Ich werde heimgehen, weil ich keinen Ärger will. Das ist bereits das fünfte Polizeiauto, das vorbeifährt ...“ In der Straße fahren Streifen- und auch Zivilwagen mit Polizisten. Mario, 46 Jahre alt, ist portugiesischer Herkunft und steht mit zwei Freunden vor dem Parkplatz. „Ich will sehen, wo ich mein Auto hinstelle. Ich wäre schon im Bett, aber ich Sorge mich um mein Auto. Ich muss morgen zur Arbeit.“ Mario arbeitet als Techniker beim Fernsehen. Er wohnt seit 16 Jahren in La Grande Borne. „Normal kommt die Polizei von da und die jungen Leute von der anderen Seite, und hier in der Mitte ist der Parkplatz. Da fliegen dann die Steine.“

In Paris und in den Vororten um die Hauptstadt waren in der Wahlnacht über 3 000 Polizisten und Gendarmen im Einsatz. 730 Autos brannten, 592 Personen wurden festgenommen, nur 88 davon in den Vororten, wo kaum mehr Autos brannten als am Nationalfeiertag und weniger als in einer Silvesternacht.

Autorität, Moral, Sicherheit – und „gewählte“ Einwanderer

Nicolas Sarkozy wurde auch in den kosmopolitischen Vierteln des kleinen Volkes gewählt. Aber in der Seine-Saint-Denis wie im Pariser Nordosten kam Ségolène Royal vom ersten Wahlgang an auf den ersten Platz (56,54 Prozent gegenüber 43,46 für Sarkozy). Paris wählte mehrheitlich Sarkozy, aber vor allem in den reichen Vierteln. So kam der konservative Kandidat im 16. Pariser Arrondissement auf 80,81 Prozent der Stimmen, Royal auf nur 19,19 Prozent. Auch im 16. Arrondissement

leben Ausländer und Migranten – aber reiche. Die Wahlentscheidung ist natürlich nicht nur eine Frage der Hautfarbe. Aber in den Vororten sind die jungen Leute der dunkleren Hautfarben am „Sarko-feindlichsten“, und unter den älteren Migranten aus Portugal oder Italien befinden sich Sarkozy-Wähler, wenn auch ohne große Illusionen. „Wir werden weiterhin Steuern zahlen, Abgaben aufs Benzin. Ich glaube nicht, dass sich viel ändert“, meint Mario aus La Grande Borne. Für den 35-jährigen Rico liegen die heutigen Probleme am Mangel an Autorität: „Ich gehöre zur alten Schule, wo man eine Ohrfeige kriegte, wenn man die Mutter duzt. Heute hat sich das Blatt leider gewendet.“

Autorität, Ordnung, Moral, Sicherheit, Arbeit und „gewählte“ Einwanderer statt „erlittener“: Das sind Sarkozys Wahlversprechen. „Er hat die sichtbaren Einwanderer aus Afrika und dem Maghreb im Visier, wenn er von Einwanderern spricht, die sich nicht integrieren“, regt sich Sami auf. „Wir gehören zu diesen neuen Einwanderern, meist aus den früheren französischen Kolonien. Man holte unsere Eltern her, und wir gingen auf die Schule. Nun will man, dass wir Hilfsjobs machen wie unsere Eltern. Ich finde das jämmerlich. Herr Sarkozy gehört zu diesen Leuten, er will Arbeit für alle. Aber ich kenne Leute, die haben sechs Jahre studiert und finden keine Arbeit.“ Der 22-jährige Feisal meint bitter: „Ich kann französischer sein als Sarkozy, sein Vater ist ein Ungar. Ich wurde hier geboren, und mein Großvater hat im Krieg für Frankreich gekämpft.“ Feisal zeigt Sami ein Flugblatt und liest vor, was darauf steht: „Castro, Stalin, Franco, Pinochet, Hitler, Mao, Milosevic, Mussolini, Bush und Sarkomence – mit Sarkozy fängt es wieder an.“ Nicolas meint: „Wir werden solidarisch sein müssen, und sinnvoll Widerstand leisten.“ Die Krawalle im Herbst 2005 haben gezeigt, wie explosiv die Lage in manchen Vierteln ist. Aber danach sind die jungen Leute massiv zur Wahl gegangen. Sie haben erneut gezeigt, dass sie vollwertige Bürger sein wollen.

Die Zukunft der Laïcité

Nur ein Wahlkampfthema?

Clemens Klünemann*

» Wird Jacques Chiracs Nachfolger Nicolas Sarkozy das Verhältnis der Republik zu den Religionsgemeinschaften ändern? In der französischen Diskussion geht es inzwischen weniger um das universelle Prinzip der Trennung von Kirche und Staat, sondern um die Trennung von Religion und Gesellschaft sowie religiös motivierte Gewalt.

„Faut-il réviser la laïcité?“ – Unter Staatspräsident Nicolas Sarkozy könnte diese Forderung ein großes Gewicht in der französischen Innenpolitik bekommen. Daher liegt es nahe, an einige Aspekte zu erinnern, die bei jeder bekräftigenden oder kritischen (Neu-)Interpretation der Laïcité zu berücksichtigen sind. Dass zu den Wahlkampfthemen auch die Frage nach der Zukunft der Laïcité gehörte, ist sicherlich auf das von Nicolas Sarkozy vor drei Jahren veröffentlichte Buch „La République, les religions, l'espérance“ zurückzuführen, in dem er Religion nicht nur als private Glaubensangelegenheit, sondern als kulturelle Größe definierte.¹ Auf dem Prüfstand war bei den Präsidentschaftswahlen nicht die seit über 100 Jahren existierende Trennung zwischen (katholischer) Kirche und französischem Staat – inzwischen eine Selbstverständlichkeit, die vor allem von den Vertretern des französischen Episkopats nicht nur nicht angezweifelt, sondern ausdrücklich begrüßt wird –, sondern die oftmals mit ihr verknüpfte Frage nach der Neutralität des Staates und damit die anti-kommunitaristische Lesart dessen, was mit dem Begriff der Laïcité assoziiert wird. So betont die Philosophieprofessorin Catherine Kintzler in ihrer vor einigen Monaten unter dem Titel „Qu'est-ce que la laïcité?“ erschienenen Studie, dass es sich bei der Laïcité nicht um das Ergebnis eines aus einer konkreten historischen Situation heraus entstandenen Paktes oder Vertrages handele, sondern um ein philosophisches Prinzip, das auf alle Re-

ligionsgemeinschaften innerhalb des säkularen Staates zu übertragen sei.²

Zusätzliche Brisanz im Wahlkampf erhielt das Thema dadurch, dass Sarkozys Buchveröffentlichung als ein antizipierter Kommentar zu den Unruhen in den französischen Vorstädten vom November 2005 gedeutet werden kann.³ Interessant ist, dass sowohl der Kandidat der bürgerlichen Rechten als auch die sozialistische Präsidentschaftskandidatin dem Phänomen Religion (das doch nach dem Selbstverständnis der politischen Klasse Frankreichs als Privatsache zu gelten hat) offenbar deshalb eine hohe Aufmerksamkeit schenkten, weil es mit dem Thema Gewalt in einem engen Zusammenhang zu stehen scheint. So antwortete Ségolène Royal auf die Frage „Êtes-vous attaché à la laïcité?“ in einem Interview bezeichnenderweise mit einer strikten Zurückweisung jeglicher auf Intoleranz beruhenden Gewalt, um erst dann auf die Laïcité zu sprechen zu kommen, die sich für sie offenbar auf die „séparation de l'État et des églises“ und also auf eine negative Religionsfreiheit reduziert – womit sie eine Position wiedergab, die dem bisherigen republikanischen Common Sense entspricht.

Mit der Frage nach dem Verhältnis zwischen Staat und Religionsgemeinschaft(en) wird indes nur ein inzwischen nebensächlicher Aspekt der Debatte der vergangenen Jahre und des Wahlkampfes angesprochen⁴. Entscheidend ist vielmehr, dass das Gesetz von 1905 heute nicht vom Kontext ei-

* Dr. Clemens Klünemann ist Gymnasiallehrer in Baden-Württemberg und Dozent an der PH Ludwigsburg.

ner offenbar religiös motivierten Gewalt getrennt werden kann, welche das Gewaltmonopol des Staates infrage stellt. Der republikanische Common Sense – Ségolène Royal sprach bezeichnenderweise von einem „pacte laïc“ –, der im Dezember 1905 das napoleonische Konkordat mit dem Vatikan außer Kraft setzte, hat offenbar an Überzeugungskraft verloren und lässt heute manches mit dem Konzept der Laïcité verbundene Paradox deutlicher als in der Vergangenheit zutage treten. Diese Paradoxa in Erinnerung zu rufen, bedeutet indes keinesfalls, die Laïcité infrage zu stellen. Vielmehr könnte deren Neuinterpretation bewirken, dass man den seit 1905 erheblich gewandelten gesellschaftlichen Verhältnissen Rechnung trägt. Dies wäre allerdings mit dem Abschied von manchen Mythen des republikanischen Frankreich verbunden, zum Beispiel von dem der Laïcité als einer emanzipatorischen Errungenschaft der Revolution von 1789, die sich folglich per se legitimiert. Nicht in der öffentlichen Diskussion, wohl aber im wissenschaftlichen Diskurs herrscht inzwischen Einigkeit darüber, dass die Trennung zwischen Kirche und Staat entgegen allem Augenschein ein Konzept darstellt, das genuin christlicher Natur ist. Der Vergleich mit anderen Traditionen, insbesondere mit den vom Islam geprägten Kulturen, unter dem Kriterium des Verhältnisses der Religionsgemeinschaft zur Politik zeigt überdies, in welchem Maße die Säkularisierung eine Tendenz ist, welche im Christentum selbst angelegt ist.

Der Gallikanismus ist der Grund, weshalb nicht nur das Königtum, sondern auch das Christentum ins Fadenkreuz der Revolutionäre geriet. Aus dem Widerstand gegen den gallikanischen Missbrauch der religiösen Legitimation politischen Machtkalküls ist die Laïcité in der Tat hervorgegangen, aber mit der Konsequenz, dass sie nun ihrerseits eine Art Staatsreligion geworden ist, deren oberstes Dogma die ethische Neutralität auf der Grundlage einer negativen Religionsfreiheit darstellt. Der 'culte' dieser neuen Staatsreligion ist der Schulunterricht, und ihr Repräsentant ist, spätestens nach 1905, der 'instituteur' als der für die meisten Franzosen deutlichste Repräsentant der laizistischen Republik.

„Ecole publique“, Garant der Laïcité

Die republikanische Schule als „successeur de l'Église sous l'Ancien Régime“⁵ spielt auf die staatstragende Funktion der Kirche im Gallikanismus, vor allem aber auf die entsprechende Rolle der Schule in der Republik an. Damit wurde und wird in der Tat eine der Hauptforderungen der 'philosophes' des 18. Jahrhunderts eingelöst, für die Aufklärung und Erziehung zwei Seiten einer Medaille waren. Eine solche Ablösung der Kirche und des christlichen Glaubens durch die republikanische Instanz Schule und die entsprechende 'foi laïque' birgt natürlich die Gefahr, gewisse Irrtümer und Freiheitsdefizite der beerbten staatstragenden Ideologie lediglich zu kopieren, statt sie zu überwinden. Vor allem aber zeigt sich in der republikanischen Sicht auf die Religion ein grundsätzliches Missverständnis dieses Phänomens und seines Absolutheitsanspruchs, der sich offenbar nicht per Gesetzbeschluss oder durch eine 'wissenschaftliche' Sicht und einen neutralen Blick auf die Religionen stillstellen lässt.

In der Zeitschrift *La Foi laïque* stellte Ferdinand Buisson, der Verfasser des „Dictionnaire de pédagogie“, im Jahre 1908 seine Vorstellung einer „science positive“ der Religionen vor, ohne zu reflektieren, ob das, was er „sentir les plus belles pages de l'Évangile“ nennt, mit einem wissenschaftlichen Blick auf das Phänomen Religion vereinbar ist – vor allem aber ohne zu sagen, wie mit den weniger schönen, weil nämlich den demokratischen, republikanischen und ästhetischen Kriterien eines aufgeklärten Bürgertums widersprechenden Seiten der Bibel – des christlichen Neuen Testaments und des jüdisch-christlichen so genannten Alten Testaments – sowie des Korans umzugehen sei. In einem Gespräch mit der *Revue des deux mondes* betonte der Philosoph und Anthropologe René Girard unlängst nicht nur die Naivität einer solchen kulturalanthropologischen Relativierung religiös motivierter Texte und den positivistischen Irrtum vieler Religionskritiker; er wies vielmehr darauf hin, in welchem Maße das Phänomen Religion mit demjenigen der Gewalt zu tun hat – und zwar nicht als Ursache von religiös motivierter Gewalt, wie dies angesichts der jüngsten Auseinandersetzungen über die Mohammed-Karika

turen zu beobachten war und ist, sondern in erster Linie als Katalysator von Gewalt, die jeder menschlichen Gesellschaft inhärent sei.⁶

‘Analphabétisme religieux’ und Gewalt in den Banlieues

Womöglich besteht ein Zusammenhang zwischen einerseits der Schwierigkeit gerader junger muslimischer Maghrebener, sich mit den Grundlagen des französischen Staates zu identifizieren und sich in die französische Gesellschaft zu integrieren, und andererseits der gebetsmühlenartig wiederholten Neutralität des Staates und der Privatisierung religiös motivierter Überzeugungen in der französischen Gesellschaft. Eine solche Hypothese wäre völlig missverstanden, wenn man in ihr eine Relativierung der objektiven sozialen Probleme der Banlieues oder gar die Forderung nach einem religiös motivierten politischen Diskurs sähe. Es geht vielmehr darum, einen gewissen „*analphabétisme religieux*“ zu bekämpfen, der beiden Seiten – den Vertretern des säkularen Staates sowie den Anhängern welcher Religion auch immer – die Verständigung über bestimmte Verhaltensweisen und Empfindlichkeiten erschwert. Der Begriff stammt aus dem von Régis Debray verfassten Bericht zu den Möglichkeiten der Integration des ‘*fait religieux*’ in den Unterricht an öffentlichen Schulen.⁷ Der Autor plädiert nicht für ein eigenes Fach, sondern für eine Berücksichtigung der entsprechenden Themen im bestehenden Fächerkanon, und zwar nicht im Sinne eines ‘folkloristisch’ geprägten Wissens über als exotisch anzusehende religiöse Riten, sondern als Selbstverständigung des aufgeklärten Citoyen über die Grundlagen und Gefährdungen seiner individuellen und sozialen Existenz, ja als Auseinandersetzung mit der ‘*question du sens*’.

‘La question du sens’ wird zur Gretchen-Frage, wenn es um die immer wieder beschworene Autonomie des säkularen Staates gegenüber einer hypostasierten religiösen Voraussetzung seiner Existenz und seiner Legitimität geht. Wenn die *Laïcité* nämlich als „un des fondements les plus essentiels de la République“ (Ségolène Royal) anzusehen ist, muss die Frage erlaubt sein, wie sich diese Grund-

lage jenseits ihrer formalen Bestimmung definiert. Ja, wie sie sich schützt – oder wie sie zu schützen ist – vor der Beliebigkeit des freien Marktes der Meinungen, auf dem jede gleich viel zählt und gilt, weil ein rein formelles ‘*fondement essentiel de la République*’ eben nichts Inhaltliches zum Zusammenhalt einer Gesellschaft zu sagen hat – also zu dem, was bei aller Pluralität einen „*overlapping consensus*“ (John Rawls) als *conditio sine qua non* eben dieser Pluralität ausmacht: „*Et c’est bien là son drame qui est aujourd’hui le nôtre, dans nos écoles et dans nos universités*“, schreibt Jean-François Mattéi in einem Beitrag zu der unter dem Hauptthema „*Laïcité et Religions*“ erschienenen Ausgabe der *Revue des deux mondes*.⁸ In diesem Zusammenhang sei erwähnt, dass die Vorstellungen des dritten Favoriten bei den Präsidentschaftswahlen, François Bayrou, bezüglich der *Laïcité* ähnlich wie die Segolène Royals offenbar einer rein formalen Sicht dieses Phänomens im Sinne eines sozialen Paktes geschuldet sind und kaum Spielraum für eine inhaltliche Bestimmung im Sinne eines „*philosophischen Prinzips*“ (Catherine Kintzler) ermöglichen.⁹

Natürlich kann man einwenden, dass es zu den Errungenschaften der Revolution gehöre, an die Stelle der Frage nach der Existenz Gottes diejenige des gegenseitigen Respekts gestellt zu haben; und es ist unbestritten, dass das Prinzip der *Laïcité* den in der Republik geltenden Wertekanon gegen die partikularen Wertvorstellungen einzelner (Religions-)Gemeinschaften zu verteidigen und so die Einheit der Republik vor der Gefahr des Kommunitarismus zu wahren sucht. Angesichts der „*territoires perdus de la République*“ (Emmanuel Brenner), die sich am Rande der französischen Städte ausbreiten, ist es indes immer notwendiger, aber auch immer schwieriger, die Verbindlichkeit universaler Werte nicht nur exekutiv durchzusetzen, sondern auch nachvollziehbar zu begründen. Catherine Kintzler warnt in diesem Zusammenhang vor der zunehmenden Neigung vieler Anhänger eines unreflektierten und damit den universalen Charakter der *Laïcité* preisgebenden Laizismus „*d’être authentiquement laïque lorsqu’il est confronté à un intégrisme de droite et du Nord, mais de devenir communautariste lorsqu’il est confronté à un totalitarisme du Sud*.“¹⁰

Eine Besinnung darauf, dass die Laïcité letztlich eine zwingende Konsequenz der christlichen Tradition ist, stellt das französische Modell der Trennung zwischen Staat und Kirche keinesfalls infrage, sondern vielmehr auf eine neue Grundlage: Die typisch okzidentale Genese des säkularen Staates aus seiner Emanzipation gegenüber der Kirche konnte nur durch die Säkularisierung eines bis dato religiösen (nämlich jüdischen beziehungsweise jüdisch-christlichen) Wertekanons gelingen, der sich seinerzeit bereits als universal – nämlich jeden Menschen unmittelbar betreffend – verstand und diesen Charakter auch in seiner säkularisierten Form nicht verlor. Die Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte im August 1789 und selbst die Begründung des Gesetzes von 1905 entsprang ja eben nicht dem Geist ethischer Neutralität auf dem Markt der sich widerstreitenden Kulturen und auch nicht aus einer „culture de la distance réflexive“ (Henri Pena-Ruiz), sondern aus dem Bewusstsein, dass die Republik von universalen Voraussetzungen außerhalb ihrer selbst lebt. In seinem bereits zitierten Buch stellt Nicolas Sarkozy lakonisch fest: „On ne peut pas éduquer les jeunes en s'appuyant exclusivement sur des valeurs temporelles, matérielles, voire même répu-

blicaines.“¹¹ Nun wird man gespannt sein dürfen zu erfahren, welchen Stellenwert der 'fait religieux' in der französischen Republik und insbesondere in den öffentlichen Schulen Frankreichs bekommen wird. Die intensivere Beschäftigung mit dem Phänomen Religion sowie mit seinen verschiedenen Formen und der Dialog mit legitimierten Repräsentanten der Religionsgemeinschaften, die heute in den französischen Städten nebeneinander existieren, ja zum Zusammenleben gezwungen sind, vor allem aber die Konfrontation mit den aus der religiösen Dimension erwachsenden Ansprüchen an die Menschen wird das Prinzip der Laïcité nicht schwächen, sondern eher stärken und das fördern, was Régis Debray „le passage d'une laïcité d'incompétence à une laïcité d'intelligence“ nennt: Dazu müssten die Anhänger der großen in Frankreich lebenden Religionsgemeinschaften die partikularen Riten ihrer Tradition zu Gunsten des ihrem jeweiligen Glauben inhärenten Wahrheitspotenzials relativieren; und die Vertreter des säkularen Staates sollten in den Religionen nicht lediglich den Ausdruck eines finsternen Obskurantismus sehen, sondern die jeweils kulturell geprägte Manifestation eines universalen Wahrheitspotenzials.

- 1 „Le fait religieux n'a pas simplement une dimension spirituelle. Il a aussi une dimension culturelle. Si vous additionnez le besoin d'espérance et la nécessité de racines culturelles dans la définition d'une identité, vous avez, me semble-t-il, une des raisons de fond qui justifient a posteriori la fameuse phrase qu'on prête à Malraux: 'le XXI^e siècle sera religieux ou ne sera pas'“ Nicolas Sarkozy: *La République, les religions, l'espérance*. Editions du Cerf, Paris 2004, S. 22.
- 2 Catherine Kintzler: *Qu'est-ce que la laïcité?*, Editions Vrin, Paris 2007, S. 33.
- 3 „Partout en France, et dans les banlieues plus encore qui concentrent toutes les désespérances, il est bien préférable que des jeunes puissent espérer spirituellement plutôt que d'avoir dans la tête, comme seule 'religion', celle de la violence, de la drogue ou de l'argent [...]. Maintenant que les lieux de culte officiels et publics sont si absents de nos banlieues, on mesure combien cet apport spirituel a pu être un facteur d'apaisement et quel vide il crée quand il disparaît.“ Nicolas Sarkozy, a.a.O. (Anm. 1), S. 15.
- 4 „On a parfois confondu séparation des Eglises et de l'Etat et séparation de la société et des religions.“ Guy Coq: *La laïcité – principe universel*. Editions du Félin, Paris 2005, S. 298.
- 5 Blandine Kriegel: *Genèse et enjeux de la laïcité*. Labor et Fides, Paris 1990, S. 140.
- 6 René Girard: *Religions, rites, violence*. In: *Revue des deux mondes*, septembre 2005, S. 117/126.
- 7 *L'enseignement du fait religieux dans l'école laïque*. Rapport, Régis Debray. Odile Jacob, Paris 2002, S. 50.
- 8 Jean François Mattéi: *Sens et non-sens de la laïcité*. In: *Revue des deux mondes*, avril 2002, S. 35–43.
- 9 „[L]a laïcité établit une autonomie des différents ordres, dont la pluralité fait la société française. Le politique a son autonomie, le religieux a son autonomie. Et cette autonomisation des deux ordres principaux – César d'un côté, Dieu de l'autre – est fondatrice de notre société, parce qu'elle porte en elle toutes les autres autonomies: autonomie des syndicats, autonomie des entreprises et de la vie économique, autonomie des associations“. François Bayrou am 17.10.2005 beim '8e Rendez-vous de l'Histoire à Blois'.
- 10 Catherine Kintzler, a.a.O. (Anm. 2), S. 35.
- 11 Nicolas Sarkozy, a.a.O. (Anm. 1).

Kommunen & Integrationspolitik

im französisch-deutschen Vergleich

Wolfgang Neumann*

» Angesichts der offensichtlich gewordenen Integrationsdefizite ist die kommunale Ebene in beiden Ländern vom Rand in den Kern der Politik gerückt. Trotz fortbestehend unterschiedlicher Leitbilder in der Integrationspolitik lassen sich dabei zunehmende Konvergenzen in Gesetzgebung und Wahrnehmung des Politikfeldes feststellen.

1. Neue Priorität

In der politischen und öffentlichen Debatte, ebenso wie in der Gesetzgebung sind in Frankreich und in Deutschland die Herausforderungen der Migrationsbewegungen, der Regelungen von Zuwanderung und der sozialen Integration von Bürgern mit Migrationshintergrund zu einem zentralen Thema geworden. Der deutsche Integrationsgipfel im Sommer 2006, die so genannte erste und zweite Islamkonferenz im Jahr 2007 ebenso wie die öffentliche Debatte um die Zustände in einer Hauptschule in Berlin, bei der besorgniserregende Integrationsdefizite für eine breite Öffentlichkeit sichtbar wurden, beleuchteten schlaglichtartig die Dringlichkeit verstärkter Integrationsbemühungen und neuer wirksamer Ansätze einer problemadäquaten Integrationspolitik.

Gleiches gilt für Frankreich noch in verstärkter Form: Spätestens seit den wochenlangen Konflikten in den französischen Vorstädten und sozialen Brennpunkten im November 2005 steht Integrationspolitik ganz oben auf der innenpolitischen Agenda. Die im jüngsten Präsidentschaftswahlkampf umstrittene Forderung Nicolas Sarkozys nach Schaffung eines „Ministeriums für Immigration und nationale Identität“ hat diese Aktualität und Dringlichkeit ein weiteres Mal nachhaltig unterstrichen.

Allerdings sind – ungeachtet dieser vergleichbaren Priorität in Frankreich und Deutschland für neue integrationspolitische Initiativen – die Debatten in beiden Ländern durch eine ganze Reihe von Besonderheiten geprägt, die zum einen aus unterschiedlichen Formen der Zu- und Einwanderung resultieren, zum anderen die Verschiedenartigkeit der Einwanderungsgruppen und ihrer spezifischen Probleme widerspiegeln, und die nicht zuletzt daraus folgen, dass beide Länder gewissermaßen entgegengesetzte Pole der Zuwanderungspolitik repräsentieren: Während, historisch gesprochen, Frankreich ein klassisches Einwanderungsland war, hat Deutschland lange Jahre in seiner offiziellen Rhetorik die Tatsache bestritten oder tabuisiert, ebenfalls ein Zuwanderungsland zu sein.

Bis in die jüngste Vergangenheit sind es deshalb auch und nicht zuletzt unterschiedliche Leitbilder, die in beiden Ländern Zuwanderung und Integration bestimmt haben. Die ursprüngliche Idee des französischen Leitbildes geht von der republikanischen Gleichheit der Menschen aus. Faktisch umgesetzt wird diese Gleichheit mittels rechtlicher Regelungen der Zuwanderungspolitik im engeren Sinne, vor allem durch den Erwerb der Staatsangehörigkeit. Entscheidend dabei ist das Verhältnis des Einzelnen zum Staat (Prinzip der 'citoyenneté'), deshalb soll die Integration ausschließlich für das Individuum erfolgen. Das hat zur Folge, dass die Förderung spezifischer Grup-

* Wolfgang Neumann ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter des Deutsch-Französischen Instituts (dfi), Ludwigsburg.

pen mit Migrationshintergrund beziehungsweise kultureller Diversität nicht Teil der Integrationspolitik ist.

Im Gegensatz dazu war das Leitbild in Deutschland gerade davon geprägt, die ethnische oder kulturelle Zugehörigkeit unabhängig vom juristischen Status zu fördern und in den Vordergrund integrationspolitischer Debatten und konkreter Ansätze zu stellen. Eine strukturprägende Folge dieser unterschiedlichen Leitbilder ist eine weitgehend gruppenspezifische Ausrichtung der Integrationspolitik in Deutschland, während man in Frankreich Integration weitaus stärker als nicht-gruppenspezifische soziale Kohäsionspolitik versteht.

Auch wenn es also gewichtige Unterschiede zwischen Deutschland und Frankreich in diesem Politikfeld gibt, so haben sich doch gerade in den letzten Jahren auch Gemeinsamkeiten insbesondere im Bereich der Gesetzgebung und bei der gesellschaftlichen Wahrnehmung der Integrationspolitik entwickelt. Spätestens seit dem neuen Staatsangehörigkeitsgesetz in Deutschland aus dem Jahr 2000 und dem

darauf folgenden Zuwanderungsgesetz beziehungsweise den Änderungen des rechtlichen Rahmens in Frankreich in den Jahren zwischen 2003 und 2006 gibt es im deutsch-französischen Vergleich eine zunehmende Konvergenz bei den gesetzlichen Regelungen. In beiden Ländern wird die juristische Regelung der Staatsangehörigkeit und der Zuwanderung als notwendige Voraussetzung einer gelingenden Integration verstanden. Eine zunehmende Konvergenz gibt es auch in der öffentlichen Debatte, die einerseits die Notwendigkeit eines Dialogs zwischen den Religionen und Kulturen hervorhebt, vor allem aber die Tatsache, dass entscheidende Impulse von der Schul- und Bildungspolitik, der beruflichen Ausbildung und arbeitsmarktpolitischen Eingliederung, einer Förderung der Chancengleichheit und einer wirksamen Antidiskriminierungspolitik sowie einer fördernden und fordernden staatsbürgerlichen und kulturellen Partizipationspolitik ausgehen – um nur einige, aber entscheidende Bereiche zivilgesellschaftlicher Integration zu nennen.

2. Die Bedeutung der kommunalen Ebene wächst

Vor allem aber wird die deutsch-französische Konvergenz in der Integrationspraxis dadurch charakterisiert, dass die kommunale Ebene in beiden Ländern angesichts der offensichtlichen Integrationsdefizite vom Rand in den Kern der Politik gerückt ist. Dass die Kommune, beziehungsweise in Frankreich auch die beiden anderen lokalen Gebietskörperschaften Departement und Region, immer stärker ins Blickfeld geraten, ist auf mehrere Gründe zurückzuführen: Die lokale Ebene ist einerseits der Ort, an dem die gesetzlich fixierte und institutionalisierte Integrationspolitik konkret umgesetzt werden muss. Zum zweiten ist die Kommune ein entscheidender Partner in Verbundsystemen von Staat und Gebietskörperschaften, die vor allem in Frankreich im Rahmen

„Der Bedeutungszuwachs kommunaler Integrationspolitik ist für die Städte durchaus ambivalent.“

der Integrationspolitik einen zentralen Stellenwert haben, und drittens ist die Kommune in beiden Ländern auch und vor allem die „Werkstatt“, in der die unterschiedlich-

sten Ansätze praktiziert werden, und das „Versuchslabor“, in dem neue innovative Wege erprobt werden können.

Der damit verbundene Bedeutungszuwachs kommunaler Integrationspolitik ist für die Städte durchaus ambivalent: Die Ausweitung von Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten, ebenso wie die zum Teil erheblichen finanziellen Aufwendungen stellen für sie neue Herausforderungen dar, die angesichts knapper Mittel und Ressourcen drohen, die Handlungsfähigkeit der Kommunen zu übersteigen. Zugleich aber erscheint die kommunale Ebene als besonders geeignet, neue innovative Ansätze der sozialen Integration zu entwickeln. Problemnähe und Möglichkeiten der Vernetzung der unterschiedlichsten Akteure, ebenso wie die Notwendigkeit differenzierter und abgestufter Vorgehensweisen, die nur dezentral sinnvoll und möglich sind, verweisen auf die Chancen, auf kommunaler Ebene neue Lösungswege zu finden.

In Deutschland hat sich in diesem Kontext in einigen Städten eine durchaus eigenständige kommunale Integrationspolitik etabliert, was nicht zuletzt durch die spezifisch dezentrale Architektur des deutschen Politik- und Verwaltungssystems möglich ist. Darüber hinaus haben einige Städte zusätzliche Handlungsspielräume genutzt und Initiativen entwickelt, die modellhaften Charakter haben. Im Kern besteht Integrationspolitik auf kommunaler Ebene in Deutschland aus einer engen Kooperation zwischen Gemeinden, den kommunalen Arbeits- und Sozialämtern sowie den Migrationssozialdiensten, das heißt die Integrationsmaßnahmen werden vor Ort gebündelt. Bei der konkreten Umsetzung spielen die Träger der Freien Wohlfahrtspflege als spezifische Akteure im deutschen System eine Schlüsselrolle.

Die herausragende Bedeutung der kommunalen Ebene für eine sozial umfassende und nicht nur rechtlich ausgelegte Integrationspolitik wird nicht zuletzt auch dadurch unterstrichen, dass die kommunale Ebene schon lange vor den großen bundespolitischen gesetzgeberischen Maßnahmen ein breites Aktionsspektrum im Bereich Integration aufwies, wie zum Beispiel die Förderung von beruflicher Ausbildung, allgemeine Bildungsförderung, Arbeitsförderung im weitesten Sinne, Sprachförderung und nicht zuletzt kommunale Partizipation.

3. Integration durch Stadtpolitik – der französische Weg

Für Frankreich kommt mit Blick auf den Bedeutungszuwachs der kommunalen Ebene ein spezifisch prägendes Merkmal hinzu: Die Tatsache nämlich, dass der erhebliche Problemdruck in einzelnen Städten beziehungsweise Stadtvierteln zu einer Fokussierung sozialer Integrationsprobleme auf ihre räumliche Dimension in den städtischen Problemvierteln (Territorialisierung sozialer Probleme) geführt hat: Integrationspolitik à la française ist so schrittweise fast identisch geworden mit einer im Zeitverlauf mehr und mehr ausgebauten Stadtpolitik ('politique de la ville').

Frankreich kann inzwischen auf mehr als 20 Jahre Erfahrung in dieser sozialen Stadtentwick-

lungspolitik zurückblicken. Letzere ist eine Bündelung und Koordination verschiedener Teilpolitiken wie Wohnungsbau, Arbeitsförderung, Politiken zur Verbesserung der schulischen, sozialen und kulturellen Versorgung beziehungsweise eine explizit stadtteilbezogene „Politik der Chancengleichheit“ (vgl. das noch von der Regierung de Villepin 2006 verabschiedete Gesetz 'Pour l'égalité des chances'), die auf die soziale Integration vor allem der jungen Einwanderergeneration in den so genannten „sensiblen Stadtteilen“ abzielt.

Sie versteht sich als ein Handlungsrahmen, in dem sämtliche Maßnahmen konvergieren, die das Ziel verfolgen, den sozialen Zusammenhalt zu fördern. Und das besonders dort, wo er bedroht ist – also in Problemvierteln beziehungsweise benachteiligten Stadtteilen. Der Begriff der Stadtpolitik ist zwar zentral konzipiert, doch wird diese lokal ausgestaltet, immer öfter auch lokal initiiert und von den verschiedenen übergeordneten Ebenen unterstützt. In dieser dezentralisierten Stadtpolitik verbinden sich soziale (Bekämpfung der Exklusion) mit städtebaulichen und wohnungsbaupolitischen Maßnahmen.

Zentrales Instrument dieser stadtbezogenen, sozialen Integrationspolitik ist seit den 1990er Jahren ein „Stadtvertrag“ ('contrat de ville'), ein integratives, das heißt verschiedene Partner und Ressorts einbeziehendes verbindliches Handlungskonzept. Der Stadtvertrag ist das Ergebnis der Zusammenarbeit des Staates und der lokalen Akteure, die gemeinsam alle wichtigen städtischen Entwicklungs- und Integrationsmaßnahmen formulieren und vertraglich gemeinsam festlegen. Der Kommune kommt in diesem Verbund sowohl bei der Problemanalyse als auch bei der Umsetzung der einzelnen Maßnahmen eine entscheidende Funktion zu. Die Stadtverträge (insgesamt wurden für den Zeitraum 2000–2006 in 247 Kommunen Verträge abgeschlossen) betreffen 1 500 städtische Quartiere, die in ganz besonderer Weise Integrationsdefizite aufweisen. Ab 2007 werden diese 'contrats de ville' durch neue Verträge zum „sozialen Zusammenhalt in der Stadt“ ('contrats urbains de cohésion sociale') abgelöst, die eine dreijährige Laufzeit haben und nach einer Evaluierung einmal verlängerbar sein werden.

Neben diesem vertraglich festgelegten Verbundsystem Staat–Kommune existieren noch eine Reihe weiterer Ansätze kommunaler Integrationspolitik, die entweder im Rahmen eines ähnlich strukturierten Kooperationsverbunds von verschiedenen Akteuren umgesetzt (PLIE) oder zentralstaatlich konzipiert und finanziert, aber durch die Kommunen umgesetzt werden (zum Beispiel so genannte steuerliche Freizonen, die in besonders belasteten Problemgebieten mit hohem Anteil an Bewohnern mit Migrationshintergrund Arbeitsplätze schaffen sollen).

Übergreifend ist der 2004 vorgelegte 'Plan de Cohésion Sociale' des damaligen Ministers Jean-Louis Borloo, der auf die Wiederherstellung und Sicherung des sozialen Zusammenhalts der gesamten französischen Gesellschaft und explizit auf die besonderen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Problemlagen in den 'Zones Urbaines Sensibles' zielt. Entlang der drei Hauptachsen Beschäftigung, Wohnungsbau und Chancengleichheit (insbesondere im Bereich Schule, Einwanderungs- und Antidiskriminierungspolitik) werden nicht weniger als insgesamt 20 Einzelprogramme mit 107 Einzelmaßnahmen aufgeführt. Der gesamte Finanzaufwand wird für den 5-Jahreszeitraum auf circa 13 Milliarden Euro beziffert. Legt man die Planungsansätze für die Programme zur Stadterneuerung und zum sozialen Zusammenhalt zugrunde, so wird der französische Staat für diese spezifischen Fördermaßnahmen zur Verbesserung der Wohnungsversorgung und der Wohnungsqualität sowie der wirtschaftlichen und sozialen Eingliederung nahezu 50 Milliarden Euro aufbringen.

4. Bilanz

Im Gegensatz zu einer häufig anzutreffenden Meinung hierzulande kann also keineswegs die Rede davon sein, der französische Staat und die jeweiligen Regierungen hätten städtische Probleme und integrationspolitische Konfliktlagen nicht erkannt oder zu wenig berücksichtigt. Im Gegenteil ist im internationalen Vergleich davon auszugehen, dass Frankreich eine im hohen Maße ausdifferenzierte und mit beachtlichen finanziellen Mit-

teln ausgestattete Politik zur Problembewältigung in städtischen Konfliktzonen betrieben hat und betreibt, ergänzt durch spezifische Förderpolitiken auf gebietskörperschaftlicher Ebene, die ganz gezielt auf Neuzuwanderer ausgerichtet ist und deren erste Integrations Schritte erleichtern soll.

Ein deutlicher inhaltlicher Schwerpunkt wird – neben einer ausdifferenzierten Arbeitsförderung – auf die Verbesserung der schulischen Angebotsbedingungen gelegt. Dazu gehört die Erhöhung der Mittel für Förderunterricht, verstärkte Unterstützung so genannter 'Ecoles de deuxième chance' oder die Einrichtung von Exzellenz-Internaten für Schüler aus den benachteiligten Stadtgebieten, um ihre Zugangschancen zu besonders prestigeträchtigen Institutionen wie den Grandes Ecoles zu ermöglichen. Mehr noch: Die Förderung in ausgewählten Schulen und Schulbereichen ('Zones d'Éducatons Prioritaires', ZEP, siehe auch *Dokumente 6/2006*) als Teil einer Strategie der positiven Diskriminierung ist Kernbestand der bisherigen Stadtpolitik in Frankreich und neben den schon genannten steuerlichen Freizonen (ZFU) die zweite tragende Säule einer Integrationspolitik, die im Wesentlichen auf den Abbau der territorial-sozialen Ungleichheit abzielt.

Ein kurzer Blick auf die Entwicklung dieser Schulförderpolitik ist besonders aufschlussreich, weil sich dabei die Stärken und Schwächen der französischen Integrationspolitik in den belasteten Städten und Stadtvierteln wie in einem Brennglas bündeln. Schon im Jahr 1981 wurde diese Form positiver Diskriminierung an zentraler Stelle in die Stadtpolitik integriert. Allerdings war ursprünglich beabsichtigt, den erhöhten Mittelaufwand in ausgewählten schulischen Bezirken und besondere finanzielle Anreizprämien für dort beschäftigte Lehrer nur für einen begrenzten Zeitraum von vier bis fünf Jahren als Instrumente einzusetzen. Ziel war der Abbau der Ungleichgewichte bei den schulischen Leistungen und die Angleichung der allgemeinen Rahmenbedingungen für die schulische Ausbildung. In 362 solcher Schulzonen wurden 10 Prozent der Grundschüler und 8 Prozent der Schüler in der Kollegstufe (entspricht der Sekundarstufe I) von dieser Politik erfasst. Heute, mehr als 20 Jahre nach der Einführung dieser Förderungen, gibt es 911 ZEP: 18

Prozent aller Grundschüler und 21,4 Prozent aller Schüler in der Kollegstufe befinden sich mittlerweile in einer solchen Förderzone.

Nicht nur die Dauerhaftigkeit und der Umfang der Förderung weichen damit erheblich von den Intentionen der vor mehr als 20 Jahren eingeleiteten Politik ab. Mehr noch: In einem eklatanten Widerspruch zur ursprünglichen Zielsetzung kommt eine Untersuchung aus dem Jahr 2005 zu einem niederschmetternden Ergebnis. Weder haben sich die Gefällestrukturen vermindert, noch ist der Schulerfolg in den ZEP messbar erhöht worden; weder ist es gelungen, qualifizierte Lehrer für diese Politik zu gewinnen, noch ist es zu verbesserten Arbeitsbedingungen (zum Beispiel bei der Schüler-Lehrer Relation) gekommen – und das trotz eines beachtlichen zusätzlichen Mittlereinsatzes in diesen Schulbereichen.

Schlaglichtartig beleuchtet dieser empirische Befund eine Reihe von Defiziten nicht nur der Schulpolitik, sondern einer territorial ausgerichteten Integrationspolitik insgesamt, wie sie in Frankreich seit mehr als zwei Jahrzehnten praktiziert wird. Diese Defizite zu erkennen und abzubauen, ist eine Voraussetzung, um überhaupt eine neue Perspektive für diese problematischen Stadtzonen zu entwickeln. Eine zielgenauere Ausrichtung der Fördermaßnahmen und die Abkehr von einem häufig praktizierten Gießkannenprinzip sind dringlicher denn je. Ebenso wichtig ist es, neue Leuchtturm- und Pilotprojekte zu entwickeln, de-

ren zentrale Funktion nicht in breiten quantitativen Angleichungsprozessen liegt, sondern darin, die Logik des Ausschlusses spezifischer Wohnterritorien zu durchbrechen und damit ganz praktisch soziale Barrieren und räumliche Segregationen zu überwinden.

Den Kommunen in Frankreich kommt bei einer solchen Neuausrichtung eine entscheidende Funktion zu: Als Ausführungs- und Umsetzungsebene nationaler Integrationspolitik, das heißt als Partner in Verbundsystemen, müssen ihre Kompetenzen erweitert werden. Vor allem aber kommt es darauf an, Kommunen als Moderatoren oder Initiatoren von lokalen Netzwerken zu stärken, um das lokale Integrationsmanagement zu verbessern. Zukünftige Bausteine für eine integrationspolitisch erfolgreiche Stadtpolitik müssen diese Zusammenhänge weitaus stärker als bislang berücksichtigen. Die bisher praktizierte Stadtpolitik greift zu kurz. Weder verschärfte Repression noch bloße Erhöhung der Mittel führen aus der Sackgasse. Gefordert ist ein Paradigmenwechsel, dessen konkrete Inhalte aus der kommunalen Praxis heraus bestimmt werden müssen. Angesichts dieser Herausforderungen in einer neuen Dimension scheint allerdings ungewiss, ob aus den lokalen „Armutstaschen“ des urbanen Frankreich, in denen das Integrationsproblem in seiner Komplexität besonders sichtbar wird, in den nächsten Jahren und Jahrzehnten „Wohnviertel wie alle anderen“ werden können.

Paris–Frankfurt in vier Stunden

Die Linie des TGV Est-européen ist eröffnet

Wolfgang O. Hugo*



Nach langen Verzögerungen ermöglicht die neue Strecke Paris–Baudrecourt Reisenden ab dem 10. Juni nun erhebliche Fahrzeitverkürzungen. Mit dem Ausbau der Strecke nach München folgt die zweite Stufe ab Dezember 2007.

Paris, Straßburg, Frankfurt und Stuttgart – das heißt, Frankreich und Deutschland – rücken näher zusammen. Zumindest auf der Schiene, denn ab 10. Juni 2007 werden TGV und ICE die vier Städte miteinander verbinden: Der ICE mit drei Zugpaaren (hin und zurück) auf der Strecke Frankfurt – Paris und der TGV dreimal täglich auf der Strecke Paris – Stuttgart. Die Fahrzeit zwischen der Metropole an der Seine und den deutschen Städten wird sich um rund zwei Stunden verkürzen. Die zweite Stufe folgt am 9. Dezember, dann erreicht der ICE (unter Wegfall des Zwischenstopps in Saarbrücken) zwischen Paris und Frankfurt die geplante Fahrzeit von 3 Stunden 50 Minuten, die Zahl der Verbindungen wird auf täglich fünf erweitert und ein zusätzliches TGV-Angebot Paris – Stuttgart – München kommt hinzu.

Warten auf die Zeitenwende

Im Anbetracht des erfolgreichen TGV-Netztes der SNCF, das Paris mit Lyon (1981), Nantes/Rennes (1989), Bordeaux (1990), Lille/Calais (1993) und dem Méditerranée (2001) verbindet, war von einer besseren, schnelleren Verbindung der beiden Länder schon lange die Rede. Verhinderten nationale Eigenheiten oder die Angst der Fluggesellschaften vor einer Abwanderung der Gäste eine schnellere Realisierung der Pläne? Oder war es die von der französischen Bahn prognostizierte nied-

rige Rentabilität der Strecke nach Osten, welche die Verwirklichung verzögerte? Jedenfalls leiteten erst 1992 Frankreichs Staatsbahn SNCF und die Deutsche Bahn (DB) konkrete Planungen ein, und nach diversen Verzögerungen bei der Fertigstellung der 300 Kilometer langen Neubaustrecke zwischen Vaires-sur-Marne bei Paris und Baudrecourt (Moselle) im Frühjahr 2007 wurde die „Zeitenwende“ (DB-Vorstandsmitglied Dr. Karl-Friedrich Rausch) überhaupt erst möglich.

Sechs Jahre nach der Inbetriebnahme des TGV Méditerranée am 3. Juni 2001 wird der TGV Est-européen ab 10. Juni 2007 rund 37 Millionen Europäern „une nouvelle proximité“ gewährleisten. Für rund 20 Städte des französischen Ostens und das Großherzogtum Luxemburg (2h5 statt 3h35) bedeuten die neuen TGV-Verbindungen Fahrzeitverkürzungen um die Hälfte oder ein Drittel: Reims nur noch 45 Minuten von Paris, Metz 1h25, Nancy 1h30, Straßburg 2h20, Stuttgart und Frankfurt 4h ... Drei neue Bahnhöfe wurden auf der Strecke gebaut: Lorraine TGV (etwa auf halber Strecke, 27 km von Metz, 35 km von Nancy), Meuse TGV (zwischen Bar-le-Duc und Verdun) und Champagne-Ardenne TGV (5 km südlich von Reims). Und der TGV Est wird der erste Zug sein, der im Linienverkehr mit bis zu 320 km/h fährt ...

Spektakulär, für den Alltagsbetrieb aber weniger wichtig war der neue Weltrekord auf Schienen, den ein modifizierter TGV V150 am 3. April

* Wolfgang O. Hugo lebt als freier Journalist in Würzburg.

2007 um 13.14 Uhr auf der neuen Strecke mit 574,8 km/h (das sind 160 Meter in der Sekunde) aufstellte. Er übertraf damit den TGV V 325 von 1990 mit 515,3 km/h. Rund 30 Millionen Euro haben sich SNCF, RFF und Hersteller Alstom die prestigeträchtige Rekordjagd kosten lassen – man hofft auf neue Exportaufträge für den TGV. Vieles trennt Rekord- und Serienzug. Daher verweist der *Spiegel* darauf, dass ein deutscher Hersteller, Siemens, einen anderen Weltrekord hält: „den für Serienzüge. Erreicht wurde die Marke vor 403,7 Stundenkilometern vor einem halben Jahr mit dem Velaro E, einer Weiterentwicklung des jüngsten ICE. Zwischen Madrid und Barcelona wird dieser Zug künftig mit Tempospitzen von 350 Stundenkilometern verkehren – weltweite Bestmarke im fahrplanmäßigen Betrieb.“¹

Die SNCF setzt mit dem POS (POS: Paris–Ostfrankreich–Süddeutschland) neue TGV-Triebköpfe mit vom Designer Christian Lacroix neu gestalteten Wagen ein, für maximal 360 Fahrgäste pro Zug, davon 110 in der 1. Klasse. Von den 52 Zügen für den TGV Est, die im Betriebswerk Ourcq bei Paris gewartet werden, sind 19 für den internationalen Verkehr mit Deutschland, Luxemburg und der Schweiz ausgerüstet. Die DB setzt mit dem „ICE 3 MF“ ihren modernsten Zug ein, wobei M für mehrsystemfähig, F für die speziell für Frankreich modifizierte Variante des ICE 3 steht. Der 8-Wagen-Zug mit 200 Meter Länge hat 413 Plätze, davon 91 in der 1. Klasse. Außer schnellen Verbindungen sollen beide Züge beim Service neue Akzente setzen, so sollen die Fahrgäste auf Deutsch, Französisch und Englisch betreut werden. In der 1. Klasse soll eine Auswahl von Tageszeitungen, ein Taxi-Reservierungsservice in Paris und, bei internationalen Strecken, eine leichte Mahlzeit, am Platz serviert, enthalten sein. Erst kurz vor dem Start des neuen Angebots konnte „Sprengstoff“ entschärft werden, der in diesem Angebot steckt: Die französischen Bahnschaffner weigern sich, unterstützt von ihren Gewerkschaften, Kaffee am Platz zu servieren, also werden diese Aufgabe die deutschen Kollegen in den gemischten Zugbesetzungen übernehmen.

„An deutsch-französischen Stolpersteinen hatte es nicht gefehlt.“

Für 2010 werden auf dem TGV Est-européen 11,5 Millionen Fahrgäste erwartet, eine Steigerung um 65 Prozent. Die Hälfte der neuen Bahn­gäste hätte vorher das Flugzeug genommen. Da wird auch die Zielrichtung der neuen Verbindung deutlich: „Mit uns kommen die Kunden schnell und komfortabel von Innenstadt zu Innenstadt“ hatte Dr. Nikolaus Breuel, Vorstandsvorsitzender der DB Fernverkehr AG bei der Vorstellung der Preise am 6. März 2007 erklärt, um hinzuzufügen, dass der Fernverkehr der DB seinen Anspruch deutlich mache, „in Europa zu wachsen“.

Was Hochgeschwindigkeitsverkehr in Europa bedeutet, hatten Bahn­betreiber schon länger vor­gemacht: Mit dem Eurostar, der Paris via Lille und Calais und Eurotunnel mit London verbindet und dem Thalys, der seit 1996 Paris, Brüssel, Amsterdam und Köln verbindet, und inzwischen über 50 Millionen Fahrgäste befördert hat. Für den Schnellverkehr wurde die Projektgesellschaft Rhealys S.A. gegründet, welcher DB, SNCF, SBB (Schweizerische Bundesbahnen) und CFL (Luxemburger Bahnen) angehören und die in das Projekt eingebunden sind. Für das deutsch-französische Projekt unterzeichneten DB-Chef Hartmut Mehdorn und der damalige SNCF-Chef Louis Gallois am 23. Mai

2005 eine formale Absichtserklärung. Dennoch, an Stolpersteinen hatte es im Vorfeld und auch bis in die Schlussphase nicht gefehlt: Unterschiedliche Strom- und Signalsysteme, stark abweichende Auffassungen über die Tarifgestaltung, eine 10-Prozent-Beteiligung der DB am Thalys⁴ und die Öffnung der Strecke Stuttgart–München für den TGV, zunächst einmal täglich und nicht zweimal, wie die Franzosen gewünscht hatten, sorgten für Auseinandersetzungen und harte Verhandlungen.

Investierten die Franzosen rund vier Milliarden Euro in die Neubaustrecke des TGV Est, so fließen in die deutsche Infrastruktur 570 Millionen Euro. Die Streckenabschnitte Saarbrücken–Kaiserslautern–Ludwigshafen (POS Nord) werden für Maximalgeschwindigkeiten von 200 Stundenkilometern ertüchtigt, ebenso wie die POS-Süd-Strecke Kehl–Appenweier. Auf die neue Rheinbrücke zwischen Straßburg und Kehl, Nadelöhr

auf der gesamteuropäischen Schienen-Magistrale Paris–Straßburg–Stuttgart–München–Budapest, freilich muss man noch bis 2010 warten. In der Investitionssumme ist die Ausrüstung der POS Nord-Strecke mit dem neuen europäischen Leit- und Sicherheitstechniksystem ETCS (European Train Control System), das erstmalig installiert wird, enthalten. Während in Frankreich auf der neuen Strecke drei neue Bahnhöfe errichtet wurden, genügt deutscherseits beim Eurobahnhof Saarbrücken ein tiefgreifender Umbau mit Modernisierung. Auf der Nordseite, wo früher Betriebswerk, Busbetriebshof, Heizwerk und Betriebs-Wagenwerk waren, entstehen Geschäftshäuser, eine Einkaufsmeile und Parkplätze. Noch tiefgreifender ist der Um- und Ausbau des Bahnhofs Straßburg zum multimodalen Pol diverser Verkehrsmittel. Vor den 1883 eingeweihten Monumentalbau wurde eine 650 Tonnen schwere gläserne 'Hall des transports' (5 200 Quadratmeter Glasfläche) gesetzt, welche die Fläche des Bahnhofs verdoppelt. Auch die anderen Städte des

Elsass werden vom TGV Est profitieren. So gibt es täglich zwei Hin- und Rückfahrten Saverne–Paris (2h), drei Colmar –Paris (2h50) und sechs Mulhouse–Paris (3h25 statt 4h30).

Mindestens bis 2012 wird es dauern, bis die zweite Phase des TGV Est gebaut sein wird, zwischen Baudrecourt und Vendenheim bei Straßburg. Dann sollen, so verspricht die SNCF, Straßburg und Paris nur noch 1 Stunde und 50 Minuten voneinander entfernt sein. Dann bekommt – wenn die Zeitplanungen eingehalten werden – der TGV Est seine volle Bedeutung: Dann nämlich wird auch die 140 Kilometer lange neue Hochgeschwindigkeitsstrecke zwischen Villiers-en-Pots (Côte-d'Or) und Petit Croix (Territoire de Belfort), die später bis Mulhouse verlängert werden soll, eine Verbindung zum TGV Sud-Est (Richtung Lyon) herstellen und die Eisenbahn-Hochgeschwindigkeitsachse Frankreich–Deutschland vollenden.

Informationen: <http://de.tgv.com> und www.db.de, Site des TGV Est: www.tgvesturopeen.com.

Der TGV Est-européen in Zahlen

52 Züge, maximal 360 Fahrgäste pro Zug, davon 110 in der 1. Klasse. 16 Hin- und Rückfahrten zwischen Paris und Straßburg. Dazu kommen die anderen TGV-Verbindungen, auch die nach Deutschland und Luxemburg, sowie die Verbindungen von Provinz zu Provinz, zum Beispiel direkt von Straßburg nach Nantes, Rennes und Lille ohne Umsteigen in Paris, dies aber teilweise erst ab Dezember 2007 (Fahrplanwechsel).

10 000 Personen haben an den Bauarbeiten für den TGV Est, begonnen im Frühjahr 2002, mitgewirkt. Réseau Ferré de France (RFF) ist der Generalunternehmer für die neue Hochgeschwindigkeitslinie LGV ('ligne à grande vitesse') und die 335 Bauwerke, die auf der 300 Kilometer langen Strecke zwischen Vaires-sur-Marne bei Paris und Baudrecourt (Moselle) errichtet werden mussten.

Die Kosten belaufen sich auf rund 4,1 Milliarden Euro, finanziert von der SNCF, RFF, der Französischen Republik, der Europäischen Union (EU) und den Gebietskörperschaften der Regionen, die vom TGV Est-européen bedient werden.

1 Spiegel, 14/2007, 2.4.2007.

2 La vie du rail, n° 3093, 7.3.2007.

3 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 28.3.2007.

4 Bisher eine GmbH belgischen Rechts mit Sitz in Brüssel; die SNCB hält 30, die SNCF 70 Prozent der Kapitalanteile, vgl. Dokumente 5/2006, S. 29 ff.

Ende der kulturellen Toleranz

Frankreichs Politik gegen die Klitorisverstümmelung

Suzanne Krause*

» Neben dem gesetzlichen Verbot der Klitorisbeschneidung und weiteren rechtlichen Maßnahmen sind es vor allem Lobbyarbeit und Aufklärungskampagnen von Verbänden und Regierung, die für einen Bewusstseinswandel gesorgt haben. Auswirkungen hat dies auch auf Maßnahmen der Immigrationspolitik.

Wenn Jeanne Cherhal, Shooting Star des französischen Chansons, im Konzertsaal den Song anstimmt, läuft vielen Zuhörern ein kalter Schauer über den Rücken. „Il paraît que c'est normal“, lautet der provokante Refrain. Mit bitterer Melancholie besingt die zierliche junge Frau in dem Titel die Qualen eines kleinen Mädchens, dessen Klitoris verstümmelt wird. Ein Schnitt mit der Rasierklinge, ohne Betäubung, ohne Hygiene, ohne Vorwarnung. Ein Schicksal, das in Frankreich nach Schätzungen um die 65 000 Frauen teilen: Bereits „Beschnittene“ oder aber Mädchen, die potenzielle Opfer sind, fast ausschließlich die Töchter schwarzafrikanischer Einwanderer.

Jeanne Cherhal entdeckte diese grausame Tradition, als sie 2005 eine Zeit lang in einem Pariser Theater den feministischen Klassiker „Monologue du vagin“ darbot. Sie war entsetzt und nicht bereit, den Brauch der Klitorisverstümmelung als „normal“ hinzunehmen. Ihren Protestsong stimmt sie nun bei jeder Gelegenheit an: dass eine weiße Künstlerin das Thema in ihr Repertoire aufnimmt, ist ein Novum. Doch Cherhal will bei ihren zahlreichen Fans ein Bewusstsein dafür schaffen, dass diese „Tradition“ ein Ende finden muss. Mit derselben Absicht strahlte France 3 vergangenen Februar im Spätprogramm eine erschütternde 45-Minuten-Dokumentation mit dem mehrdeutigen Titel: „Noires douleurs“ aus, in der Opfer eindringlich Schmerz und Schande schilderten, die aus der Verstümmelung entstehen.

Für einen Bewusstseinswandel kämpft auch Nafissatou Fall seit über 15 Jahren. Die Senegalesin arbeitet als interkulturelle Mediatorin im Gesundheitsbereich in der Hafenstadt Le Havre, wo viele schwarzafrikanische Einwanderer eine neue Heimat fanden. Für ihre Landsleute gilt Nafissatou Fall als Persona non grata, als eine Frau, die aus der Rolle fällt, weil sie über Sexualität offen spricht und schädliche Traditionen wie die „Excision“, die Klitorisbeschneidung, anklagt. Doch die Mittfünfzigerin im traditionellen Boubou-Kostüm lässt sich in ihrem Engagement nicht entmutigen: Ihre eigenen Töchter hat sie unermüdlich überwacht und nie der Obhut der Familie im Busch überlassen, damit nicht hinter ihrem Rücken der Tradition gehuldigt werde. Und auch in ihrem Berufsleben nimmt die Präventionsarbeit einen breiten Raum ein. Regelmäßig besucht sie junge Mütter auf der Geburtsstation im Krankenhaus und predigt ihnen unerlässlich, dass die Excision schädlich ist für das Wohlergehen und die Gesundheit ihrer Töchter. Und dass das französische Gesetz sie schlichtweg verbietet.

Die resolute Frau findet bei ihren afrikanischen Schwestern zunehmend ein offenes Ohr, doch viele fürchten noch die Reaktion der Familie in der alten Heimat und die Ablehnung von Seiten ihrer Gemeinde in Frankreich. Dennoch zeigt ihr Engagement sichtbare Erfolge: „Ich weiß, dass es gut ist, was ich tue. Denn wir haben unzählige Mädchen vor der Klitorisverstümmelung geret-

* Suzanne Krause lebt als freie Journalistin in der Nähe von Paris.

tet.“ Früher seien alle 4-jährigen Mädchen schon beschnitten gewesen. „Doch heute sieht man in Le Havre bis zum Schulbeginn mit sechs Jahren kein Mädchen mehr, das verstümmelt wurde. Denn bis zu diesem Alter wird die Gesundheit aller Kinder in Frankreich bei Pflichtuntersuchungen regelmäßig überwacht.“ Seit Jahren sind alle Akteure bei diesen Routineüberwachungen aufgefordert, Fälle von Klitorisverstümmelung sofort zu melden und auch publik zu machen, falls ein solcher „Eingriff“ drohe. Aber dennoch müssen Nafissatou Fall und ihre Mitstreiter kontinuierlich weiterkämpfen. „Die Eltern wissen heute genau, dass die Excision gesetzlich verboten ist“, kommentiert Fall. Jetzt ließen sie die Beschneidungen einfach durchführen, wenn die Töchter älter seien und wenn nicht mehr die Gefahr bestünde, dass das bei einer ärztlichen Untersuchung auffliege. „Wenn die Mädchen 12, 13 sind, dürfen die Ärzte in der Schule sie nicht mehr am ganzen Körper untersuchen. Davon profitieren die Mütter und lassen die Mädchen dann bei einer Urlaubsreise im afrikanischen Dorf verstümmeln. Oder es passiert kurz vor der zumeist erzwungenen Hochzeit.“

Was Nafissatou Fall in ihrem Einsatzort Le Havre beobachtet, gilt für das ganze Land. Im Kleinkindalter werden die Mädchen heute verschont. Und seit Jahren ist kein neuer Fall angeblich „ritueller Beschneidung“ mehr bekannt geworden, der im Inland durchgeführt worden wäre. Ein großer Sieg, verglichen mit den Verhältnissen noch vor 25 Jahren: Ende der 1970er Jahre erschütterte der Tod der kleinen Bobo das ganze Land. Der drei Monate alte Säugling war im Pariser Großraum an den Folgen einer Klitorisverstümmelung verblutet. Erstmals wurde eine solche barbarische Praxis damals publik, vor allem, weil Bobos Eltern sich wegen Körperverletzung vor Gericht verantworten mussten, eine weltweite Premiere. Die Angeklagten reagierten darauf mit großem Unverständnis, ganz wie der Rest der schwarzafrikanischen Gemeinde in Frankreich. Denn die Genitalverstümmelung gilt ihnen als Tradition, die gewahrt werden muss, um die Töchter auf ihre Rolle als Frau getreu den Sitten der Ahnen vorzubereiten. Je nach Stamm sind die Argumente für die Klitorisbeschneidung unterschiedlich. Allen gemeinsam ist: Eine „unbe-

schnittene“ Frau sei keine ehrbare Frau. Mag auch die weiße französische Öffentlichkeit diese Sitte für archaisch halten – kaum einer kam damals auf die Idee, dagegen Sturm zu laufen. Zum einen war Kindesmisshandlung selbst in Frankreich damals nur in Feministinnen-Kreisen ein Thema. Zum anderen lautete das Credo der Regierungspolitik, den Einwanderern aus allen Teilen der Welt generell ihre kulturellen Eigenheiten zu lassen, ihre Traditionen nicht infrage zu stellen. Selbst, wenn insgeheim großes Unbehagen über menschenverachtende Sitten wie die Excision herrschte. Aber zu dieser Zeit war auch noch kaum bekannt, welche dramatischen Auswirkungen für Körper und Seele diese Praxis mit sich bringt.

Es ist unter anderen Linda Weil-Curiel zu verdanken, dass sich die Dinge im Land grundlegend geändert haben. Im Herbst 1982 beschäftigte das Thema Excision zum zweiten Mal ein Gericht, nachdem ein Vater seine drei Monate alte Tochter Bintou selbst „beschnitten“ hatte. Tagelang kämpften die Ärzte im Krankenhaus um das Leben des Säuglings, mit Erfolg. Als die Anwältin Weil-Curiel davon erfuhr, setzte sie alles in Bewegung, um Bintous Verteidigung zu übernehmen. Sie wurde bei Familienverbänden und Kinderschutzorganisationen vorstellig mit der Bitte, diese möchten sich als Zivilkläger konstituieren und Weil-Curiel als Anwältin nominieren. Alle lehnten ab, weil es sich bei den Angeklagten um die Eltern des Opfers handelte. Nur ein Frauenverein wagte die Schlacht und bot der feministischen Juristin damit die Gelegenheit, Gericht und Bevölkerung darüber aufzuklären, um was es sich bei einer Excision eigentlich handelt. Und dass dies juristisch viel schwerer wiegt als eine reine Körperverletzung. Seither hat Linda Weil-Curiel in jedem neuen Prozess die Opfer vertreten. 1983 wurde eine Bretonin angeklagt, ihre Tochter brutalst misshandelt zu haben: Unter anderem hatte sie ihr die Klitoris verstümmelt, ohne jeglichen Bezug zu afrikanischen Sitten. Erstmals wurde in diesem Verfahren der Tatbestand der körperlichen Verstümmelung herausgehoben. Ein Präzedenzfall, den Weil-Curiel und ihre Mitstreiter nutzten, um ein ähnliches Vorgehen auch für afrikanische Täter einzufordern.

Das französische Strafrecht sieht für körperliche Verstümmelung Gefängnis bis zu 20 Jahren

vor, wenn das Opfer minderjährig ist und es sich bei den Tätern um Angehörige handelt. Dies gilt auch, wenn die Straftat nicht auf heimischem Boden begangen wurde. Doch noch für geraume Zeit wurden die wegen Excision verurteilten Eltern und Beschneiderinnen lediglich mit Bewährungsstrafen belegt. Erst 1991 wird eine Beschneiderin erstmals ins Gefängnis geschickt, zwei Jahre später in einem weiteren Fall dann auch die Eltern. 1999 dann wagte es endlich eine junge Frau, die als Kleinkind in Frankreich „beschnitten“ wurde, selbst die Verantwortlichen zu denunzieren und damit auf die Anklagebank zu bringen. Der Prozess lief unter reger Anteilnahme der Medien, die das Leid der jungen Frau an die breite Öffentlichkeit brachten und in der Bevölkerung für einen Bewusstseinswandel sorgten. Bis heute haben in Paris und in der Provinz um die 20 Gerichtsverfahren zum Thema Excision stattgefunden – Frankreich nimmt damit weltweit eine Vorreiterrolle ein.

Aufklärung und Prävention

Die juristische Verfolgung ist eine Seite beim Kampf gegen die Klitorisverstümmelung. Prävention und Aufklärung die andere. Anwältin Weil-Curiel beließ es nicht bei ihrem Einsatz vor Gericht für die kleine Bintou – mit Französisinnen und Afrikanerinnen gründete sie 1982 die „Commission pour l'Abolition des Mutilations Sexuelles“, CAMS. Der Vereinsname ist Programm und steht für den französischen Sonderweg: Weltweit ist die Rede von „genitaler Verstümmelung“ oder „Klitorisverstümmelung“, wird also die Unversehrtheit der Frau im reproduktiven Bereich als Maß genommen. Der Begriff „sexuelle Verstümmelung“ steht hingegen für die Forderung, einer Frau auch das Recht auf Lustempfinden zu sichern. 1982 wurde auch der „Groupe pour l'Abolition des Mutilations Sexuelles“, GAMS, aus der Taufe gehoben. Beide Vereine haben mittlerweile je einen Aufklärungsfilm herausgegeben und betreiben eifrig Lobbyarbeit, die unter anderem mit einer vom Gesundheitsministerium herausgegebenen Broschüre zum Thema konkrete Früchte trägt. Auf das Konto von Linda Weil-Curiel geht

auch ein Werk, das im vergangenen März erschien: In dem Buch „Exciseuse“ steht ihr Hawa Gréou Rede und Antwort. Die Beschneiderin wurde 1999 vom Pariser Gericht wegen jahrelang vorgenommener „ritueller“ Verstümmelungen verurteilt, mittlerweile macht sie Aufklärungsarbeit für den Verein CAMS. Der GAMS organisiert Sensibilisierungskurse für Schüler, Lehrer, Akteure im Gesundheitswesen und in der Justiz. Und zählt Mitglieder im ganzen Land. „Wenn wir Wind davon kriegen, dass ein junges Mädchen zu einer Beschneidung in die Heimat der Eltern geschickt werden soll, informieren wir den Jugendrichter und kämpfen dafür, dass er ein Ausreiseverbot für das Kind verhängt“, berichtet GAMS-Verantwortliche Isabelle Gillette-Faye. Zudem verfügt der Verein dank seiner Mitgliedschaft im „Comité interafricain sur les pratiques traditionnelles affectant la santé des femmes et des enfants“ auch über beste Kontakte zu zahllosen Vereinen auf dem schwarzen Kontinent. Das ermöglicht eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit, um beispielsweise ein junges Mädchen, das von den Eltern zum Familienbesuch in den Busch geschickt wurde, vor der dort drohenden Excision zu schützen. Das ermöglicht ebenso einen direkten Austausch: Dank des GAMS sind die afrikanischen Partnerorganisationen bestens darüber informiert, wie in Frankreich die schädliche Tradition bekämpft wird. Und der GAMS verbreitet zuhause die entsprechenden politischen Neuerungen in den afrikanischen Ländern. Denn weltweit wächst der Widerstand gegen die menschenverachtende Praxis, der bislang schätzungsweise 130 Millionen Frauen und Mädchen zum Opfer fielen: Jährlich drohen bis zu drei Millionen neue Fälle.

Seit nunmehr 25 Jahren wiederholt Linda Weil-Curiel ihre republikanische Botschaft: „Wir sind hier in Frankreich, die Töchter schwarzafrikanischer Einwanderer sind französische Staatsbürger oder sie können es werden.“ Für die CAMS-Leiterin folgt daraus: „Sie haben das Anrecht auf denselben Schutz für ihre körperliche Unversehrtheit, auf dieselben Zukunftsperspektiven wie ihre französischen Altersgenossinnen.“ In Deutschland entbrennt derzeit eine anders gelagerte Debatte: „Beschnitten, nicht verstümmelt. Migrantinnen wollen selbst entscheiden, wie sie gegen die

Beschneidung von Mädchen in Deutschland vorgehen“, titelte die *Tageszeitung* im vergangenen Februar. Migrantinnen empfinden den Begriff Verstümmelung als diskriminierend und kontraproduktiv, heißt es da. Ein Ansinnen, über das Linda Weil-Curiel nur den Kopf schütteln kann: „Wer in Europa lebt, hat sich den europäischen Gesetzen zu unterwerfen“, stellt die Anwältin resolut klar.

Eine Botschaft, die sich nun auch die Regierung in Paris zu Eigen macht. Die Zeit der „kulturellen Toleranz“ ist ein für alle Mal vorbei, die Integrationspolitik vertritt heute andere Standpunkte. Denn Auswirkungen hat das auch im Bereich Immigrationspolitik: Laut Aussagen von Weil-Curiel mehren sich die Fälle von Mädchen, die im Teenager-Alter in die afrikanische Heimat der Eltern geschickt werden, um sie dort standesgemäß, also nach einer Beschneidung, zu verheiraten. „Die Mädchen werden verkauft, die Schwangeren kommen zur Entbindung nach Frankreich zurück. Und der ausländische Ehemann wird dann, im Rahmen der Familienzusammenführung, nachgeholt.“ Im Rahmen der Integrationspolitik ist auch das Gesetz gegen die Gewalt an Frauen und Kindern zustande gekommen, das die Pariser Regierung im April letzten Jahres verabschiedete. Darin sind Empfehlungen einer Arbeitsgruppe von Einwandererfrauen eingeflossen. So wurden die Rechte der Opfer erweitert: Ein Mädchen, das als Minderjährige verstümmelt wurde, kann dagegen bis zum 38. Lebensjahr Anzeige erstatten. Vom Schutz profitieren jetzt auch Mädchen mit ausländischer Staatsangehörigkeit, die in Frankreich leben. Gleichfalls sind Mediziner nun ausdrücklich von ihrer ärztlichen Schweigepflicht entbunden, wenn sie einen Fall von Klitorisverstümmelung aufdecken.

„Im Jahr 2010 soll es in Frankreich keinen neuen Fall von Excision mehr geben“, erklärte Gesundheitsminister Xavier Bertrand zum Abschluss des nationalen Kolloquiums gegen die „Mutilations Sexuelles Féminines“ im vergangenen Dezember in Paris. Dabei würdigte er ausdrücklich die jahrzehntelange Arbeit der Vereine und versprach einen stattlichen Zuschuss zum Budget des

GAMS. Und Catherine Vautrin, Ministerin für die Gleichstellung, kündigte zudem mehr Vorsorgearbeit an, wie zum Beispiel einen speziellen „Rechtsführer für Einwandererfamilien in Frankreich, in dem ihnen unter anderem erklärt wird, dass es sich bei der Excision um ein Verbrechen handelt“. Im Gesundheitsministerium wird derzeit an dem landesweiten Plan „Violence et Santé“ gearbeitet. Ein wichtiges Element darin ist der Kampf gegen Klitorisverstümmelung. Dagegen will die Regierung nun auch auf europäischer Ebene mobil machen. Und im eigenen Land, in neun Regionen, in denen zahlreiche schwarzafrikanische Einwanderer leben, sollen Aufklärungsarbeit und Anlaufstellen für die Opfer energisch ausgebaut werden.

Minister Bertrand hat außerdem eine Studie mit dem Titel „Excision et handicap“ in Auftrag gegeben, um zu ermitteln, wie viele verstümmelte Frauen es im Land wirklich gibt und wie viele Opfer eine Operation zur Wiederherstellung ihrer Klitoris wünschen. Denn vor bald zehn Jahren hat der Chirurg

Pierre Foldès eine entsprechende Technik entwickelt und bis heute mehr als 2 000 Frauen geholfen, ihre Weiblichkeit wiederzufinden. Eine Methode, die er ehrenamtlich interessierten Kollegen aus dem In- und Ausland beibringt. Mittlerweile werden solche Operationen in mehreren Krankenhäusern im Land durchgeführt. So bietet das Pariser Hôpital Rothschild seit Herbst 2005 einen speziell eingerichteten Dienst, in dem sich ein interdisziplinäres Team, von der Sozialarbeiterin über den Chirurg bis zur Psychologin, nicht nur um den Körper, sondern auch um die Seele der Patientin kümmert. Für den Eingriff trägt die Sécurité Sociale seit drei Jahren alle Kosten, selbst für Frauen aus dem Ausland, die zur Operation nach Frankreich kommen. Für Pionier Pierre Foldès ist dies ein klares politisches Signal: „Ich bin mehr Zeuge als Akteur“, resümiert der überzeugte Feminist: „Ich gebe das weiter, was mir tausende von Frauen in meiner Sprechstunde erzählt haben von ihrem Leid durch die Verstümmelung. Ihre Berichte sind erschütternd, und sie haben eine Veränderung ermöglicht.“

„2010 soll es in Frankreich keinen neuen Fall von Excision mehr geben.“

Ein städtisches Symbol

Rolandslieder und Rolandstatuen in Europa

Gérard Foussier*

» Ein mehr als fünf Meter hohes steinernes Standbild überragt die Rathauspl tze im norddeutschen Bremen, im kroatischen Dubrovnik und im lettischen Riga. Der Roland bezieht sich auf den in Roncesvalles (im heutigen Spanien) gefallenen Paladin Karls des Großen, der zu Ritterepen in Mittelalter und Renaissance inspirierte. Roland ist eine Symbolfigur für zahlreiche Städte Europas.

Regionale, mit Roland verbundene Traditionen reichen bis in das Zeitalter Karls des Großen zurück. Pilger aus dem Norden Deutschlands, aber auch aus Frankreich, wirken im Europa des 9. Jahrhunderts allenthalben, selbst in Landstrichen, in die sich der Kaiser nie begeben hat, an der Legendenbildung über Karl den Großen mit. Als Nachfolger des Römischen Imperiums und als christlicher, im Jahre 800 durch Papst Leo III. in Rom gekr neter Kaiser, zentralisiert Karl der Große die Verwaltung in seiner neuen Hauptstadt Aachen, von wo aus die so genannten K nigsboten, die 'missi dominici', mit der Weisung aufbrechen, die mehreren hundert, ihn in sämtlichen Territorien vertretenden Grafen zu beaufsichtigen. Auf diese Weise will er die Einheit seines Reiches sichern. Er fördert das Lehnswesen und damit den privaten Schwur, mit dem sich die Vasallen, die im Gegenzug Gewinne in Form von Ländereien oder Geld erhalten, ihrem Kaiser verpflichten. Karl der Große fordert ebenso von allen seinen freien Männern einen öffentlichen Treueschwur als Unterpfand für den Zusammenhalt des unermesslich großen Reiches mit seinen vielfältigen Völkern, Sprachen und Sitten. Heutzutage gibt es zahlreiche, nach Karl dem Großen benannte Straßen und Plätze, aber auch Kirchen und Klöster sowie Städte, deren Namen auf den ersten Ar-

chitekten Europas verweisen; seit dem Jahr 1661 ist er Patron der Sorbonne und verdankt es diesem Umstand, wenn man ihn in Frankreich noch heute als Schutzpatron der Schulkinder verehrt.

Ähnlich wie Karl der Große erfährt sein Neffe Roland in Frankreich und Deutschland unterschiedliche Ehrungen. 52 über den gesamten Kontinent verstreute und bisweilen überlebensgroße Rolandstatuen, davon allein 41 in Deutschland, ragen an den wichtigsten Plätzen auf. In Frankreich sind hölzerne oder steinerne Rolande nahezu unbekannt, aber Generationen von Kindern haben in der Schule die Heldentaten des Ritters aufsagen müssen, der angeblich einen Ungläubigen samt seiner R stung mit einem einzigen Schwertstreich zerteilt haben soll. Man findet die Gestalt des M rtyrerhelden in der Kathedrale von Limoges und in der Kirche von Cunault. In Bordeaux beherbergt die als Weltkulturerbe der UNESCO eingetragene Krypta der Basilika Saint-Seurin merowingische, im Jahr 1910 entdeckte Sarkophage, die es den Jakobspilgern ermöglichten, sich andächtig an den Gräbern der in Roncesvalles gefallenen Ritter Karls des Großen zu versammeln. Das Rolandshorn stellte dort einen Gegenstand großer Verehrung dar. Das in deutschen Landen in Stein und Holz verewigte Epos bleibt in Frankreich dank einer 'Chanson de geste', der

* Gérard Foussier ist Journalist und Chefredakteur der französischen Schwesterzeitschrift *Documents*. Übersetzung: Nicola Denis.

‘Chanson de Roland’, fest im kollektiven Gedächtnis eingegraben. Roncevaux (auf Spanisch Roncesvalles), das Schwert Durandal und der Klang des Horns symbolisieren darin Mut und Heldentum, während Ganelon für Verrat und Treuebruch steht.

Das Rolandslied

Das Gedenken an Roland ist nicht nur auf ein einziges nationales Kulturerbe beschränkt. Mehrere Fassungen, insbesondere eine auf Altprovenzalisch aus dem 12. Jahrhundert, fanden in zum Teil abweichenden Versionen in ganz Europa Verbreitung. Heute ist erwiesen, dass die 4 002 Verse der Chanson um 1170 durch den Dichter Konrad den Pfaffen in Regensburg ins Lateinische und Deutsche übersetzt wurden. Heinrich der Löwe, Herzog von Bayern und Sachsen, soll den Wunsch gehabt haben, seiner Gattin, der Tochter des Königs von England, Heinrich II. (dem ersten aus dem Geschlecht der Plantagenêts), einen Bericht über den von seinem angeblichen Vorfahren Karl dem Großen angeführten Kreuzzug zu schenken, und diese erste deutsche Übersetzung in Auftrag gegeben haben. Heinrich II. stammte in der Tat aus dem Anjou, verfügte über bedeutende Lehen auf französischem Boden und stand in Bezug auf Erziehung und Sprache dem Französischen näher als dem Englischen. Seine Tochter Mathilde war durchaus in der Lage, die epischen, Turolde zugeschriebenen Berichte im Original zu lesen. Bei ihrer Thronbesteigung in Deutschland wollte die Herzogin möglicherweise die Dichtung in ihrer neuen Heimat bereichern und machte den Pfaffen Konrad auf die Existenz der ‘Chanson de geste’ aufmerksam. Wie auch immer, ist das „Ruolandes Liet“ des Pfaffen Konrad die älteste nicht-französische Version. Diese mit germanischen Schwerpunkten versehene Bearbeitung geht über eine einfache Übersetzung hinaus und sollte sich nicht in der Manier Turolde mit einer Verherrlichung der „douce France“ begnügen, sondern vielmehr Gott (und Karl den Großen als dessen irdischen Stellvertreter) in den Vordergrund stellen.

Im 13. Jahrhundert wird aus dem gedichteten Rolandslied in Norwegen ein Prosatext; und im

folgenden Jahrhundert erscheinen englische, niederländische und gallische Fassungen, während Roland in Italien verstärkt die Maler inspiriert. Obwohl die Italiener mit Sicherheit die fränkische Herkunft Rolands anerkennen, lassen die einen ihn in Imola, in der Romagna, zur Welt kommen, die anderen, unter dem Namen Orlando, in einer Grotte in Latium. Im 16. Jahrhundert schöpft der Dichter Ludovico Ariost aus der Rolandsage Anregungen für die Niederschrift seines Epos Orlando Furioso („Der rasende Roland“), das den Schiffbruch eines durch einen Eremiten bekehrten heidnischen Ritters beschreibt. In Kroatien verteidigt Ritter Roland Dubrovnik gegen die Sarazenen auf der zu den Hoheitsgewässern der Stadt gehörenden Insel Lokrum.

Die Rolandstatuen

Roland sollte jedoch nicht nur die Literatur prägen. In zahlreichen Gegenden des Kontinents, und ganz besonders in den Hansestädten, wird ihm über die Ehrung der Dichter hinaus eine andere Würdigung zuteil. Ab der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts errichtet man auf den wichtigsten Plätzen der Städte hölzerne oder steinerne Statuen mit seinem Bildnis: Sie vermitteln dem Volk die Botschaft von Recht, Handel und Freiheit. In Deutschland bleibt Roland ein aufrechter Märtyrer des Glaubens und ein Modell des christlichen Ritters, der die Tradition der antiken Helden fort schreibt. Im Zeitalter des Humanismus und der Renaissance wird der in Frankreich als edler Ritter bewunderte und verehrte Roland in Deutschland zu einer Symbolfigur für den Aufstieg des im Entstehen begriffenen europäischen Bürgertums.

Der tatsächliche Ursprung der Standbilder und ihre geographische Verbreitung bleiben rätselhaft. Der Kult um Karl den Großen setzt unter der Herrschaft Kaiser Karls IV. ein (1347–1378), der gleichfalls Markgraf von Brandenburg ist, einer Region, in der ab 1397 die meisten Statuen gezählt werden. Die ältesten Standbilder (das Hamburger beispielsweise stammt aus dem Jahr 1342) spielen nicht direkt auf Roland, sondern verstärkt auf Karl den Großen an: so etwa die sechs Meter hohe Wedeler Statue, die eine Gestalt mit Krone

und Reichsapfel zeigt. Diese Standbilder sollen in Wirklichkeit Darstellungen von Richtern sein, Symbole für das Marktrecht, Zeichen für die Reichsunmittelbarkeit oder für Handelsvorrechte, für das Stadtrecht oder sogar für den Stadtfrieden oder aber Sinnbilder des kaiserlichen Rechts. Doch überall sonst setzt sich die Rolandfigur durch. Man kann nach den Gründen forschen, die vor allem die deutschen Gemeinden dazu bewogen haben, sich zur Veranschaulichung ihrer Autonomie und Vorrechte eher auf Roland als auf Karl den Großen zu berufen. In Wirklichkeit hat man es auf den Marktplätzen mit der Definition des Ritters schlechthin zu tun: Letzterer muss den König anerkennen und das Volk beschützen, dem König die Regierung seines Reichs ermöglichen und über die Gerechtigkeit zwischenmenschlicher Beziehungen wachen.

In der Legende von Roncesvalles, die dieser Symbolik zugrunde liegt, steht das Heldentum Rolands und nicht die Majestät des Kaisers im Mittelpunkt des Berichts. Roland nimmt die Rolle eines Wächters ein, der die Stadtbevölkerung schützt. Von 1342 bis 1403 waren die Denkmäler nach dem Vorbild des epischen Helden gemeißelt. In der deutschen Ausführung weist Roland sein Schwert Durandal vor (mit Ausnahme der Statue in Belgien an der Elbe), während die Persönlichkeit des Ritters in der französischen Version wesentlich durch den Olifanten (Rolands Hifthorn) geprägt ist.

Der älteste noch erhaltene Roland aus Holz stammt aus dem Jahr 1717 und steht im thüringischen Nordhausen. Er ersetzt dort eine erste, bereits 1411 errichtete Figur. Die älteste, 1404 entstandene steinerne Statue ist in Bremen zu sehen. Auf dem mit dem kaiserlichen Doppeladler verzierten Schild würdigt die Botschaft aus einer zeitgenössischen Dichtung Karl den Großen, und das obwohl die Stadt noch nicht über ein karolingisches Privileg verfügte: „Freiheit tu ich euch kund / die Karl und mancher Fürst fürwahr / dieser Stätte gegeben hat / das danket Gott, ist mein Rat!“ Der Stadtrat führte seit einem Jahrhundert eine vom Erzbischof, dem Stadtherren, unabhängige Politik. Mit dem Beschluss, zuerst eine riesen-

hafte Statue, dann ein Rathaus auf dem Marktplatz zu errichten, wollte der Bürgermeister Johann Hemeling die Souveränität der Hansestadt sowie deren bürgerliche Selbstbestimmung unterstreichen und damit letztlich die Kirche provozieren, die im Jahr 1366 ein mitten in der Stadt errichtetes hölzernes Standbild verbrannt hatte.

In der Mark Brandenburg zählt man 15 Rolandstatuen; in der Magdeburger Gegend finden sich die ältesten Beispiele. Weitere Ausführungen existieren in der Umgebung von Bremen, in Böhmen, im polnischen Posen und in Lettland. Die Reproduktion eines Roland, Schutzpatron der durch Bischof Albert (aus Bremen) gegründeten Hauptstadt Riga wurde auf dem Rathausplatz errichtet, während sich das Original in der dortigen Petrikirche befindet. Selbst in Brasilien hat Roland sich einen Platz erobert – in Rolandia, einer 1932 von Bremer Emigranten gegründeten Stadt. Im Süden Italiens sind die meisten Rolandstatuen

„Roland, ein Geschichts- und Legendenheld, nimmt die Rolle eines Wächters der Stadt ein.“

in Kirchen untergebracht, und mehrere Dörfer tragen den Namen Orlando. In der slowakischen Hauptstadt Bratislava wird Roland zu einer Brunnenfigur. Das kroatische Dubrovnik

ist die einzige Stadt außerhalb der 27 Mitgliedstaaten der EU, die seit 1419 einen Roland im Stadtzentrum aufzuweisen hat. Dubrovnik, früher Ragusa, wollte im 15. Jahrhundert seine Unabhängigkeit gegenüber Venedig bewahren und gleichzeitig unter der Schutzherrschaft des Königs Sigismund von Ungarn und Böhmen bleiben, der im Jahr 1411 deutscher König, ab 1433 römischer Kaiser und zugleich Markgraf von Brandenburg war. Kroatien, zwischen dem Herrschaftsbereich von Byzanz und dem zukünftigen abendländischen Imperium gelegen, wurde anlässlich eines Machtstreits zwischen Karolingern und Byzantinern geteilt, wobei Karl dem Großen 799 mit Dalmatien der größere Part zugefallen war.

Noch heute gehören die Rolandstatuen zum kulturellen Erbe der deutschen Städte. Nach der Wiedervereinigung im Jahr 1990 haben mehrere ostdeutsche Städte ihr Standbild restauriert. Auch Forschungskolloquien, von denen das letzte in Quedlinburg in Sachsen-Anhalt stattfand, werden

organisiert: So versammeln sich Spezialisten aus Frankreich und der Schweiz seit 2003 in Dortmund, um die Geschichte des Ritters und seines Einflusses auf die Städte Europas zu untersuchen. Im Jahr 2004 hat die UNESCO das Bremer Denkmal zum Weltkulturerbe erklärt. In der Stadt gibt es über 50 Organisationen, Geschäfte und Institutionen (Klinik, Kaserne, Mühle, Bestattungsunternehmen etc.), die den Namen Rolands tragen. Schließlich behauptet eine lokale Redensart: „Sollte der Roland eines Tages einstürzen, müsste man ihn innerhalb von 24 Stunden neu errichten. Andernfalls käme der Stadt und ihren Bürgern die Freiheit abhanden.“

Bisweilen spiegelt Roland auch die schwierigen historischen Beziehungen zwischen Ländern wider, die früher Krieg gegeneinander geführt haben. So etwa in der 1870 durch das Deutsche Reich annektierten Stadt Metz: Dort, am 1908 im reichstreuem Stil erbauten Bahnhof, sollte die unterhalb der Bahnhofsuhr errichtete Statue ur-

sprünglich sicherlich dem karolingischen Roland ein Denkmal setzen; sie trug allerdings die Züge des Grafen Gottlieb von Haeseler, Held des deutsch-französischen Krieges. Der Schild war mit dem kaiserlichen Adler verziert, den die Franzosen gleich nach dem Ersten Weltkrieg 1919 durch ein Lothringer Kreuz ersetzen sollten. Die von den deutschen Besatzern 1940 eingerüstete Figur griff zwei Jahre später wieder auf die Büste von Haeseler zurück und zeigte auf ihrem Schild die Wappen der Stadt Metz. Bei der Befreiung im November 1944 sollte ein neuer Kopf mit einem Schnurrbart, der „unseren gallischen Vorfahren“ zur Ehre gereichen würde, dazu beitragen, aus diesem Roland des 19. Jahrhunderts einen durch und durch französischen Helden zu machen.

Ein Zeichen der Zeit: Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde der Vorname Roland in Frankreich am häufigsten vergeben. Heute ist in den Schulen kaum noch von der 'Chanson de Roland' die Rede, und der Vorname ist aus der Mode gekommen.

Die Kommunalpolitik teilt in Frankreich und Deutschland nicht dieselbe Geschichte. In Frankreich entstehen ab dem 11. Jahrhundert moderne Städte, die sich von der feudalen und monarchischen Macht abgrenzen und ihren Status als Freistädte beanspruchen, in denen das Bürgertum als Gegenreaktion auf den in Paris herrschenden Absolutismus der Zentralmacht die Verwaltung von Handel und Handwerk in die Hand nimmt. Fünf Monate nach dem Sturm auf die Bastille im Jahr 1789 sollte ein Gesetz erlassen werden, das die administrative Gründung von 38 000 Gemeinden vorsah und dem Staat über die Vermittlung der Präfekten ein Schutzrecht einräumte, um jegliche Auflehnung gegen die Zentralmacht zu verhindern.

In Deutschland, wo die staatliche Einheit erst Ende des 19. Jahrhunderts verwirklicht wurde, blieb diese Zentralmacht lange utopisch, und das Bürgertum verfügte ausschließlich über die Gemeinden, um seine wirtschaftliche und politische Macht zu festigen. Auch heute noch verpflichtet der Föderalismus: Die Gemeindegesetze variieren je nach Bundesland, während die Gemeinden in Frankreich seit 1884 durch dieselben Gesetze geregelt werden.

Literatur:

- La Chanson de Roland (Übersetzung). Le Livre de Poche, Paris 1997.
- La Chanson de Roland (zweisprachig). Flammarion (GF), Paris 1999.
- Das altfranzösische Rolandslied. Altfrz./Dt. Übersetzung und Kommentar von Wolf Steinsieck. Reclams Universal-Bibliothek, Bd. 2 746, Stuttgart 1999.
- Rolands europäische Wege. Europa-Haus Dubrovnik, Dubrovnik 2006.

„Présences françaises“ in Berlin

Die französische Bevölkerung in der Hauptstadt

Cédric Duchêne-Lacroix*

» Nach dem Rückzug der Militärregierung 1994 hat sich das Profil der französischen Bevölkerung Berlins verändert: Sie setzt sich heute vor allem aus jungen Erwachsenen zusammen, die ihre Wohnviertel stärker im Stadtzentrum suchen.

Die französische Bevölkerung Berlins – die Gesamtheit aller Bewohner des Landes Berlin im Besitz der französischen Staatsbürgerschaft – ist statistisch schwer zu erfassen, da sie unauffällig bleibt, sich durch Migrationen rasch erneuert und teilweise über die deutsche Staatsbürgerschaft verfügt. Sie hinterlässt bei den französischen, deutschen und städtischen politischen Verwaltungen jedoch Spuren, die eine Schätzung ihrer Größe und Struktur ermöglichen. Die Arten der Erfassung und die (politischen) Definitionen des begrenzten Zirkels der in Berlin lebenden Franzosen führen zu sehr unterschiedlichen Ergebnissen, die sich je nach Definition und Schätzung zwischen 7 000 und – mehr als doppelt so vielen – 15 000 Personen bewegen.¹ In jedem Fall bleiben die Franzosen mit Wohnsitz in Berlin zahlenmäßig relativ unerheblich, sowohl im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung der Stadt (3,388 Millionen Einwohner)², als auch in Bezug auf die Anzahl der dort wohnenden Ausländer (445 000) und der in Deutschland (zwischen 115 000 und 172 000)³, in Europa (1,094 Millionen) oder auf der ganzen Welt (2,125 Millionen) lebenden Franzosen⁴ und in Bezug auf die Europäer, die in einem nicht ihrer Staatsbürgerschaft entsprechenden europäischen Staat leben.

Eine geraume Zeit lang war die Militärregierung einer der wichtigsten Migrationskanäle für die Ansiedlung von Franzosen in Berlin. Sie holte nicht nur jedes Jahr ein neues (in den deutschen Statistiken nicht erfasstes) Kontingent von meh-

renen tausend Einberufenen, Freiwilligen und Berufssoldaten in die Stadt, sondern sorgte direkt oder indirekt auch für Zivilanstellungen, was es manchen Franzosen ermöglichte, nach Ablauf ihrer Dienstzeit in Berlin zu bleiben. Der Rückzug der alliierten Kräfte 1994 läutete auch den Weggang zahlreicher französischer Arbeitnehmer ein, die ihre frankophone Anstellung verloren und meistens nicht auf den deutschsprachigen und krisengeschüttelten Arbeitsmarkt vor Ort vorbereitet worden waren. Die Hälfte der 1989 verzeichneten, bei der Militärregierung beschäftigten französischen Einwohner lebte 2003 bereits nicht mehr in Berlin. Diese Gruppe stellte somit nur noch ein Drittel aller ortsansässigen Franzosen. Das bedeutet, dass sich die französische Bevölkerung Berlins gleichzeitig durch die Profile anderer Erstankömmlinge verdichtet hat. Sie wuchs von circa 7 000 im Berliner Melderegister eingetragenen Zivilpersonen im Jahr 1989 auf mehr als 11 000 im Jahr 2003 an (ohne Binationalitäten).

Die gegenwärtig in Berlin wohnhafte französische Bevölkerung setzt sich vorwiegend aus jungen Erwachsenen zusammen. Dies ergibt sich vor allem aus dem schnellen Wechsel von jungen Zeitarbeitnehmern, der auf Mitarbeiterentsendungen ins Ausland, Praktika, Studienaufenthalte oder auch auf familiäre Motive zurückzuführen ist. Das Alter der Ankömmlinge in Berlin liegt bei ungefähr 23 Jahren, wobei ein Unterschied zwischen den Geschlechtern besteht. Die Frauen treffen in der Mehrzahl mit circa 21 Jahren ein, was

* Dr. Cédric Duchêne-Lacroix, Centre Marc Bloch Berlin / Université de Savoie. Übersetzung: Nicola Denis.

vor 1994 auch überaus häufig für die Männer galt, welche heute erst mit circa 30 Jahren in die Stadt kommen. Neben dem Militärdienst für Männer (bis 1994) ist der Studienaufenthalt ein maßgeblicher Grund für die Präsenz junger Franzosen in Berlin. So lässt sich beispielsweise feststellen, dass die Franzosen im Jahr 2003 mit 683 Immatrikulationen, sprich 3,5 Prozent der Gesamtzahl, nach den Türken, Polen, Chinesen, Russen und Bulgaren die sechstgrößte Nationalität unter den ausländischen Berliner Studenten und das erste west-europäische Land repräsentieren.

Identitäten und Profilgruppen

Für die französischen Einwohner, selbst für diejenigen, die mehr Zeit in Berlin als in Frankreich verlebt haben, ist ihre Anwesenheit häufig zeitlich begrenzt. Die meisten Berliner Franzosen gehören tatsächlich zu den „ersten Generationen“ und haben sich wie andere Migranten Verbindungen zum Ursprungsland und ihrer ersten sozialterritorialen Identität erhalten. Die Franzosen, die einen Großteil ihres Lebens in Berlin verbracht haben, lassen sich im Wesentlichen in drei spezielle Profilgruppen aufteilen: die „Veteranen“, die binationalen „Berlinerinnen“ und die in Berlin geborenen Franzosen. Die „Veteranen“ haben den Alltag der Berliner Teilung miterlebt. Neben den Ehemaligen aus dem französischen Sektor gehören zu den „Veteranen“ auch die Zivilpersonen, die im „deutschen Sektor“ gearbeitet haben. Darüber hinaus zählen zu den „Veteranen“ auch diejenigen, welche die Mauer auf der östlichen Seite erlebt haben.

Daneben zieht die häufig familiär bedingte dauerhafte Niederlassung in Berlin zahlreiche Fälle von Binationalität nach sich. So hatten die mit Franzosen verheirateten Berlinerinnen bis 1974 die Möglichkeit, automatisch die französische Staatsbürgerschaft zu erwerben, ohne auf die deutsche Nationalität verzichten zu müssen.

Die deutsch-französischen Minderjährigen bilden die Mehrheit der in Berlin geborenen Franzosen. Sie machen ungefähr 10 Prozent der im Melderegister als Franzosen verzeichneten Personen aus. In Anbetracht der technischen Schwierig-

keit, in statistischer Hinsicht den französischen Charakter der deutsch-französischen Doppelstaatsbürger zu definieren, wird dieser Anteil der in Berlin geborenen Franzosen höchstwahrscheinlich unterschätzt. Schließlich ist es seit dem 22. Dezember 2002 möglich, die deutsche Staatsbürgerschaft zu erwerben, ohne seine Ursprungsnationalität zu verlieren. Die deutsch-französische Binationalität wurde zudem durch den Elysée-Vertrag im Januar 2003 anerkannt. Dennoch hat sich für die Berliner Franzosen der Anteil der Anträge auf die deutsche Staatsbürgerschaft vor beziehungsweise nach der Reform nicht verändert (weniger als 15 pro Jahr). Auch wenn diese Maßnahmen sicher noch weitgehend unbekannt sind, mindert sein Status als europäischer Bürger für einen Franzosen die Anziehungskraft der deutschen Staatsbürgerschaft (Ergebnisse aus Befragungen und aus der Haushalts-Umfrage).

Bevorzugte Wohnviertel

Die in erster Linie auf die französischen Migrationsströme zurückzuführenden Veränderungen in der demographischen und sozialen Zusammensetzung zeigen sich auch an der geographischen Verschiebung der von den Berliner Franzosen gewählten Wohnviertel. Am 31. Dezember 2003 konzentrierte sich die französische Bevölkerung vorwiegend auf das Zentrum des Stadtstaates. Im Vergleich mit der Berliner Gesamtbevölkerung ist sie in Reinickendorf sowie im Südwesten stärker vertreten. Ähnlich wie ihr britisches Pendant hat die im Jahr 1989 zahlenmäßig ausgeprägte Ansiedlung der französischen Zivilbevölkerung im ehemaligen Militärsektor (Reinickendorf und Wedding) jedoch abgenommen. Die Neuankömmlinge haben sich vorwiegend im Stadtzentrum niedergelassen, insbesondere am Prenzlauer Berg, wo gerade ein Gentrifizierungsprozess stattfindet. In diesem Viertel ist die französische Staatsangehörigkeit zur ersten ausländischen Nationalität unter den Bewohnern aufgestiegen.

Die mit der sozioprofessionellen Kategorie in Zusammenhang stehende räumliche Verteilung der gegenwärtig in Berlin wohnhaften Franzosen entspricht der sozialen Zusammensetzung der

Viertel, ihrer mehr oder minder zentralen Lage und der Teilungsgeschichte der Stadt. Vereinfacht formuliert, wird man am Prenzlauer Berg einen dem Charakter des Viertels entsprechenden höheren Anteil an Studenten oder jungen Angestellten finden, in Reinickendorf mehr Rentner (aus dem französischen Sektor), Arbeiter, Familien mit Kindern (zum Teil wegen der nahe gelegenen französischen oder frankophilen Schulen) und Freiberufler (von denen der ehemalige Einberufene, der sich für ein Gastgewerbe im französischen Stil entschieden hat, den Prototyp darstellt), in Mitte einen höheren Prozentsatz an leitenden Angestellten und Stellensuchenden sowie mehr Stellensuchende und Arbeiter in Neukölln und Tempelhof etc. Im Gegensatz zum französischen Sektor vor 1989 konzentriert sich die französische Bevölkerung nicht mehr auf bestimmte Wohngebiete, wie es immer noch für die um Lichtenberg herum angesiedelten Vietnamesen in Ostberlin oder für die zwischen Wedding, Kreuzberg und Neukölln wohnhaften Türken gilt.

Schließlich umfasst die französische Bevölkerung Berlins – nach dem Vorbild anderer emigrierter französischer Bevölkerungen und im Vergleich zu dem in Frankreich erreichten Niveau – einen bedeutenderen Anteil an höheren Angestellten und intellektuellen Berufen. Da Berlin weder eine Industriestadt noch ein großes Handelszentrum, sondern eine im Entstehen begriffene politische und kulturelle Metropole darstellt, ist diese Besonderheit jedoch in Berlin weniger auffällig als an anderen Wohnorten von Wahlländern. Die Berliner Franzosen sind nicht nur Entsandte eines Unternehmens oder Diplomaten,

sondern auch ehemalige Bewohner des französischen Sektors, die sich mittlerweile häufig als Rentner, Freiberufler oder Arbeiter wiederfinden. Insoweit sind sämtliche gesellschaftliche Schichten (mit Ausnahme der stark unterrepräsentierten Landwirte) vertreten. Der Anteil junger Leute, die sich auf Stellensuche befinden, in künstlerischen Bereichen arbeiten oder ein eigenes Unternehmen gründen, ist hoch. Doch auch sie bekommen die ungünstige Konjunktur der Metropole im Hinblick auf den Arbeitsmarkt zu spüren. Während die höheren Angestellten mit ihrer Auslandsentsendung anderswo größtenteils in den Genuss besserer Einkünfte kommen, fällt eine solche Gehaltserhöhung in Berlin häufig weniger signifikant aus, da die Unternehmen Deutschland nicht mehr als Zielland einer Expatriation, sondern „nur“ als Zielland innereuropäischer Mobilität einstufen.

Die junge, durchmischte, noch unauffällige, aber im Wachsen begriffene französische Bevölkerung Berlins befindet sich in Bezug auf einen Großteil ihrer Angehörigen in einem ständigen Erneuerungsprozess: Der strukturierende Einfluss des französischen Militärssektors klingt ab, während die von der jungen Hauptstadt ausgehende kulturelle Anziehungskraft zunimmt, worauf die Verschiebung der Wohnorte, die Gründe für eine Niederlassung in Berlin oder das jugendliche Alter der aktuellen französischen Bevölkerung verweisen. Unsere kurze demographische Analyse zieht weitere Fragen nach sich: insbesondere nach einer gemeinschaftlichen Organisation dieser französischen Bevölkerung und nach der Intensität der französischen Einflüsse und Prägungen in Berlin.

-
- 1 Die Zahl der im Konsulat verzeichneten Berliner Franzosen soll bei 7 000 liegen. Aus der Summe von circa 11 000 im Berliner Melderegister eingetragenen Franzosen (der Eintrag ist für sämtliche Einwohner verpflichtend) und der Schätzung der in den Berliner Statistiken als Deutsche gezählten binationalen Einwohner ergibt sich eine Gesamtzahl von 15 000.
 - 2 Nach dem Eintrag in das Berliner Melderegister (Stand vom 31.12.2003).
 - 3 Einträge des Konsulats mit beziehungsweise ohne Schätzung der Nicht-Verzeichneten (Stand vom 31.12.2003).
 - 4 Schätzung am 31.12.2003, Französisches Außenministerium.

Baustein der Freundschaft

Aachen–Reims, Symbole der europäischen Geschichte

Heinz Malangré*



Als am 27. Januar 1967 Aachen seine erste Städtepartnerschaft mit Reims offiziell beschloss, ahnte noch niemand, welche Dynamik für Aussöhnung und Verständigung damit in Gang gesetzt würde.

Die Städtepartnerschaft zwischen Reims und Aachen ist ein eindruckvolles Beispiel für die allen Verschwisterungen von Städten zugrunde liegende Idee, dass eine engagierte Politik für Zusammenarbeit und Frieden nicht nur die Außenpolitiker der Länder angeht, sondern alle Bürgerinnen und Bürger. Hierbei spielt die jeweilige Geschichte beider Städte eine wesentliche Rolle, wobei Reims und Aachen gleichermaßen Symbole der europäischen Geschichte sind, Symbole für eine gemeinsame Erfahrung, für kulturelle Vielfalt und die Vergegenwärtigung des europäischen Erbes. In Aachen und Reims sind 200 Jahre europäischer Geschichte in exemplarischer Weise gegenwärtig.

Unterschiedliche Rollen im Mittelalter

Im Spätmittelalter gehen Frankreich und Deutschland je eigene Wege, zwischen Reims und Aachen verläuft die Grenze der beiden Staaten – nicht ganz stabil, aber im Wesentlichen unangefochten: Die Westgrenze des damaligen Mittelreiches bleibt das Mittelalter hindurch die Grenze zwischen Deutschland und Frankreich. Die wichtigste Figur im Frankreich des 13. Jahrhunderts ist Ludwig IX., der Heilige (Saint-Louis). Seine Krönung in der – noch nicht fertigen – Kathedrale von Reims ist eine glanzvollere als die „nur“ vom Papst verlie-

hene deutsche Kaiserkrone. Die Rolle von Reims war im Begegnungsprozess von Kirche und Staat eine ganz wichtige; dagegen hat Aachen im gleichen Zusammenhang nur eine kurzfristige und bescheidene, mehr punktuelle Bedeutung gehabt. Wohl war Aachen die Krönungsstadt Deutschlands, bis zur Krönung Ferdinand I. im Jahre 1531. Hier stand der „Erzstuhl des Reiches“, dessen Inbesitznahme die Königswürde und den Kaiseranspruch begründete, hier war das Karlsgrab als das Vermächtnis des größten Frankenherrschers, des Idols Karl. Aber Aachen war nach der Reichsteilung nicht mehr Zentrum, und es hatte in seinen Mauern keine Instanz von Reichsgeltung.

Neben Paris als Hauptresidenz und Saint-Denis als Begräbnisstätte steht Reims als Krönungs-ort der französischen Könige fest im System; bei Aachen ist das trotz aller karolingischen und ottonischen Legitimation nicht der Fall. Zwar wird Aachen noch rund 300 Jahre Krönungsstadt bleiben und die Reichsidee Karls und Ottos symbolisieren, aber diese Reichsidee geht über die Landesgrenze hinaus und hat nicht mehr den unmittelbaren Bezug zur eigentlichen Politik.

Ludwig der Fromme wurde 813 in Aachen zum Mitkaiser Karls gekrönt und ließ sich 816, nach Karls Tod, in Reims nochmals krönen, diesmal durch Papst Stephan IV., während die Aachener Krönung ohne Papst stattgefunden hatte.

* Dr. Heinz Malangré ist ehemaliger Präsident der Industrie- und Handelskammer zu Aachen und der Bruder des langjährigen Oberbürgermeisters Kurt Malangré (1973–1999).

Nach der Revolution

Aachen war nie Bischofssitz und wurde es erst unter und durch Napoleon. Reims hingegen war seit der Taufe Chlodwigs durch den heiligen Bischof Remigius Sitz des mächtigsten Kirchenfürsten, und der Reimser Erzbischof hütete mit aller Strenge das Privileg bis zur Französischen Revolution von 1789. Die Feudalordnung Frankreichs wird nach dem Sturm auf die Bastille abgeschafft, die Bauern werden frei, das Heer löst sich auf, die Menschenrechte (Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit) sind die neuen Forderungen an die Gestaltung der Gesellschaft. Aber der „Geist der Zeit“ überschreitet Grenzen. Aachen wird schon 1792 von Truppen der Revolutionsarmeen eingenommen und zwei Jahre später mit dem gesamten linksrheinischen Gebiet dem französischen Staat eingegliedert. Die Stadt, die Vorort des Roer-Departements geworden war, veränderte ihr Aussehen: So ließen die Franzosen die Befestigungsanlagen schleifen, Straßen begradigen und verbreitern, die Stadt und das Umland vermessen. Vieles wirkt nach bis heute, in Straßenführungen und Offenheit der Stadt zum Umland, in Rechtsvorschriften und sprachlichen Formen. In Reims hingegen wurden in den Anfangswirren der Revolution zahlreiche Kirchen und Skulpturen zerstört. Die Sainte Ampoule, das heilige Gefäß mit dem Salböl der allerchristlichsten Könige, wurde auf dem Platz vor der Kathedrale zerschlagen. Später schenkte das Domkapitel von Aachen der französischen Kaiserin aus dem Domschatz den goldenen Talisman Karls des Großen, der heute zu den kostbarsten Exponaten im Tau-Museum von Reims gehört.

Im 20. Jahrhundert waren beide Städte Frontstädte: Reims im zermürbenden Stellungskrieg des Ersten Weltkrieges, der sich von Belgien südwärts bis zur Champagne hinzog, Aachen als Ziel schwerer Bombenangriffe englischer Nachtge-

schwader im Zweiten Weltkrieg und als erste Großstadt, die im Herbst 1944 nach wochenlanger Belagerung und Beschießung von den Amerikanern erobert wurde. In beiden Städten waren die Zerstörungen furchtbar. Am 7. Mai 1945 unterzeichnet Generaloberst Jodl im Hauptquartier Eisenhowers in Reims die bedingungslose Kapitulation der deutschen Wehrmacht.

Eine Pyramide von Beziehungen im 20. Jahrhundert

Bereits 1950 verband Aachen seine eigene Nachkriegsgeschichte eng mit der europäischen Integration, indem der erste Internationale Karlspreis der Stadt überreicht wurde, den inzwischen auch François Mitterrand (1988) und Valéry Giscard d'Estaing (2003) für ihre Verdienste um die Einigung Europas erhalten haben. Am 8. Juli 1962 reichen sich der französische Präsident Charles de Gaulle und der deutsche Bundeskanzler Konrad Adenauer in der Kathedrale von Reims die Hand und besiegeln mit dem „Te Deum laudamus“ eine neu gewonnene Freundschaft beider Länder. Ein halbes Jahr später wurde nämlich der Elysée-Vertrag unterzeichnet. Es ist deutlich geworden, dass dieser Freundschaftsvertrag trotz aller Unumkehrbarkeit immer der inneren Zustimmung der Regierenden und Regierten bedarf, um zu leben und stets neue Realisierung und Begeisterung zu finden. Es wird aber auch deutlich werden, dass inzwischen – von der Basis bis zur Spitze – eine Pyramide politischer, kultureller und menschlicher Beziehungen geschaffen wurde, die eine Staatengemeinschaft trägt und der deutsch-französischen Verbindung innerhalb der Europäischen Union einen gewissen Sonderstatus einräumt. Die Städtepartnerschaft Aachen–Reims gehört zu dieser Pyramide.

„Observations à la jumelle“

Orléans–Münster, eine beispielhafte Städtepartnerschaft

„Anfang der 1960er Jahre sollte der kommunale Austausch in Europa zur Überwindung der tiefen Gräben zwischen den Völkern nach dem Zweiten Weltkrieg beitragen. 1959 streckte Orléans seine Fühler nach einer deutschen Partnerstadt aus, bereits im September 1960 wurde die Partnerschaft mit Münster gegründet. Die Beziehungen zu Orleans sind vielfältig, Freundschaften, Praktikantenaustausch, Hochschulkontakte, sportliche und kulturelle Begegnungen sind heute an der Tagesordnung. Seit 1961 ist der Schüleraustausch mit Orléans eine tragende Säule des kommunalen Austausches. Bis heute haben circa 9 000 Schüler teilgenommen. Es gibt direkte Kontakte zwischen Schulen beider Städte und eine intensive Zusammenarbeit bei Comenius-Projekten.

Völkerverständigung und Erschließung neuer Marktfelder im Visier, gewann die Handwerkskammer Münster schon 1963 die Handwerkskammer Orléans als Partner. Der Informations- und Wissensaustausch förderte das Handwerk in den Bereichen Bildung und Unternehmensberatung. Da der projektbezogene Austausch in den letzten Jahren nachließ, entwickelte die Handwerkskammer vor kurzem ein transnationales Projekt. Es läuft über zwei Jahre mit den Partnern aus Orléans und weiteren fünf europäischen Ländern.

Auch die Arbeit der Deutsch-Französischen Gesellschaft Münster, die in diesem Jahr ihr zehnjähriges Bestehen feiert und mit der Association Franco-Allemande in Orléans schon viele kreative Projekte hervor gebracht hat, füllt die Städtepartnerschaft mit Leben.

Die Nachrichten zeigen täglich, dass wir von einem weltweiten Frieden noch weit entfernt sind. Gehen wir die Politik der kleinen Schritte, tragen wir mit der Pflege und dem Ausbau der städtepartnerschaftlichen Beziehungen ein wenig zum Frieden in Europa bei. Vor Jahren wurden aus Fremden Freunde, lassen Sie uns dafür sorgen, dass die Freundschaft der Städte Münster und Orléans auch zukünftig Bestand hat.“

Berthold Tillmann, Bürgermeister von Münster

„Quelles audacieuses perspectives ont fait que, dans les années soixante, deux villes, qu'un passé commun sépare alors, décident d'un rapprochement? En effet, marcher dans les traces de l'histoire en laissant de côté les douloureux souvenirs, c'était un pari osé pour nos deux nations qui s'étaient affrontées à trois reprises en quelque 70 ans. C'est à l'initiative d'anciens prisonniers de guerre que le rapprochement Orléans-Münster a eu lieu. Il s'est enrichi depuis lors de milliers de rencontres, d'invitations honorées, d'échanges entre familles, de visites d'entreprises, de savoirs et d'expériences partagés, de rencontres entre nos institutions et de serments de jumelage renouvelés.

Ainsi donc, les échanges perdurent depuis les années 60. Les contacts entre établissements scolaires ont toujours été particulièrement importants. Aujourd'hui, ils sont intégrés dans les programmes Comenius. D'autres évolutions interviennent, notamment dans les thèmes des rencontres. Celles-ci s'orientent, à l'instar des centres d'intérêt de nos deux villes et des courants européens, vers l'environnement, le développement durable, le handicap ou les nouvelles technologies, par exemple.

Le tissu associatif contribue à la vitalité des échanges entre nos deux villes. Je pense en particulier à l'Association Orléans-Münster et à l'Association Franco-Allemande d'Orléans. Toutes deux s'impliquent avec dynamisme en faveur d'échanges multiformes mobilisant, de part et d'autre, sympathisants et passionnés de la culture franco-allemande.

Ainsi facilitée, la communication est aisée, tant avec les familles d'outre-Rhin qu'avec nos homologues, qu'ils soient institutionnels ou professionnels. Le jumelage Orléans-Münster a été scellé officiellement le 24 septembre 1960. Il permet depuis bientôt un demi siècle que des contacts riches, diversifiés et amicaux se poursuivent. Il est l'une des premières pierres apportées à la construction d'un édifice européen qu'il nous faut, plus que jamais, renforcer.“

Serge Grouard, maire d'Orléans

Kultur-Spektrum

Juni / Juli

Zusammengestellt von Siegfried Forster*

Anselm Kiefer in Louvre und Grand Palais

Kiefer lanciert bis zum 8.7. das neue Stelldichein der zeitgenössischen Kunstszene „Monumenta“. Einmal im Jahr soll dabei ein international renommierter Künstler die monumentale Glaskuppel des Grand Palais künstlerisch ausfüllen. Kiefer darf als „großer Ehrengast“ das Programm des Louvre mitbestimmen. Im Herbst hält er dann mit der Auftragsarbeit „Sternenfall“ Einzug in die ständige Sammlung des Louvre-Museums. Eine Ehre, die zuletzt Georges Braque 1954 zuteil wurde.

„Rodin, der japanische Traum“

Wie Monet, Clemenceau oder Mirbeau erlag auch Rodin Ende des 19. Jahrhunderts der Japan-Begeisterung. Die Ausstellung im Pariser Rodin-Museum gibt bis zum 9.9. Einblicke in Rodins japanisches Universum: Zeichnungen, Skulpturen, Kunstgegenstände, Fotografien, Aufzeichnungen von Zeitzeugen, seine Begegnung mit der Schauspielerin Hanako und jungen japanischen Künstlern sowie die Zusammenarbeit mit Bildhauer Kichizo Inagaki stehen im Mittelpunkt.

Ein Museum für die Banlieue

„Entreprises singulières“ von acht eingeladenen Künstlern erwartet die Besucher des „MAC/VAL“ bis zum 26.8. Das vor einem Jahr in Vitry-sur-Seine bei Paris eröffnete erste Museum für zeitgenössische Kunst in einer Banlieue feiert damit 165 000 Besucher und eine Kunstsammlung, die gleichermaßen regional, national und international ausgerichtet ist.

Annette Messenger

darf vom 6.6. bis 17.9. die heiligen Hallen des Centre Pompidou mit ihren Botschaften aus Formen und Materien verzaubern. „Les messagers“ versammelt in nicht chronologischer Reihenfolge Werke der international renommierten Künstlerin von ihren Anfängen 1970 bis zu einer „spektakulären“ Auftragsarbeit für die Einzelschau.

Camille Corot

Zeichnungen des Meisters sind bis zum 27.8. im Louvre-Palast zu bewundern. Gelegenheit für ein umfassendes Wiedersehen mit außergewöhnlichen Landschaften, Porträts und vorimpressionistischen Tendenzen des Künstlers.

Métro-Kunst

Die neue Métro-Linie B in Toulouse, die am 30. Juni eröffnet wird, wurde von zahlreichen prominenten Künstlern bereits in der Bauphase mitkonzipiert. Sie haben jeweils eine der 20 Haltestationen gestaltet: von Sophie Calle und Pierrick Sorin, bin hin zu Roman Opalka und Ange Leccia ... Vom 29.6. bis 26.8. präsentiert das Musée d'art moderne et contemporain von Toulouse, „Les Abattoirs“, dann in „Ligne B“ Werke rund um die Métro-Kunst.

Philippe Borderieux

Das Musée des Beaux-Arts in Caen zeigt 110 Gemälde, Zeichnungen und Keramiken Borderieux' aus den Jahren 2004–2007: rätselhafte Figuren, Kuriositäten-Kabinette, Werke rund um die Eitelkeit beschwören eine originelle Ästhetik Anfang des 21. Jahrhunderts (22.6.–31.8.).

René Char

100 Jahre nach der Geburt des Dichters (1907–1988) ehrt die Französische Nationalbibliothek den surrealistischen Aktivist und Widerstandskämpfer. Seine Korrespondenz mit Paul Eluard, André Breton, Georges Bataille, Albert Camus, aber auch mit vielen Malern lassen ein Stück französischer Geschichte auferstehen (12.6.–2.9.).

* Siegfried Forster arbeitet in Paris als Journalist mit den Schwerpunkten Kultur, Umwelt und Wissenschaft.

Theater-Festival von Avignon 2007

Die künstlerischen Leiter Hortense Archambault und Vincent Baudriller setzen dieses Jahr unter anderem auf namhafte Größen wie Frédéric Fisbach, Valère Novarina, Frank Castorf, das Théâtre du Soleil von Ariane Mnouchkine, Ludovic Lagarde/Peter Verhelst oder Sasha Waltz (6.–27.7.).

Chorégies d'Orange

Bei den ältesten französischen Festspielen stehen in diesem Sommer vom 7.7. bis 3.8. auf dem Programm: Puccinis „Madame Butterfly“ unter der musikalischen Leitung von Yutaka Sado, inszeniert von Mireille Larroche; „Il Trovatore“ von Verdi, dirigiert von Gianandrea Noseda unter der Regie von Charles Roubaud; ein Konzert der Sopranistin Renée Fleming unter der musikalischen Leitung von Kazushi Ono und außerdem ein Klavierkonzert von Nikolai Lugansky.

Deutsche Oper in Montpellier

Vom 11. bis 28.7. empfängt das Sommerfestival von Radio France erstmals die Deutsche Oper Berlin mit „Germania“ von Alberto Franchetti und Carl Orffs „Carmina Burana“ von Götz Friedrich. In Anwesenheit von Francis Ford Coppola wird dessen Filmmusik aufgeführt.

Kurt Masur feiert seinen 80. Geburtstag angemessen mit dem Orchestre Philharmonique de Radio France am Nationalfeiertag 14.7. mit „Opéra Berlioz/Le Corum“, der Ouvertüre von Wagners „Meistersinger von Nürnberg“ sowie der 7. Symphonie von Anton Bruckner.

Ebenfalls in Montpellier gastieren das Orchestre de l'Opéra National de Lyon, das Basler Kammer-Orchester, Europa Galante, das Rundfunk-Orchester aus Lettland und das gastgebende Orchestre National de Montpellier Languedoc Rousillon.

Pina Bausch

gastiert vom 5. bis 24.6. im Pariser Théâtre de la Ville mit „Bandonéon“ und ihrer „création 2006“.

Das Théâtre Les Abbesses ehrt den indischen Tanz mit „La Face cachée“ von Bhârata-Natyam-Tänzerin Maria-Kiran (12.–16.6.) und der Choreographie „Gamaka“ von Kuchipudi-Tänzerin Shantala Shivalingappa (19.–23.6.).

„Le Verfügar aux enfers“

Das Théâtre du Châtelet zeigt diese Uraufführung am 2./3.6. als „Operetten-Revue in Ravensbrück“ nach einem Text von Germaine Tillion. Die Widerstandskämpferin hatte die „verrückte Komödie“ im Herbst 1944 in Ravensbrück verfasst, Regie führt Bérénice Collet.

An gleicher Stelle präsentiert vom 11. bis 14.6. das Ballett von Monte-Carlo Tschaikowskis „La Belle“ in einer Choreographie von Jean-Christophe Maillot.

Pelléas et Mélisande

Bernard Haitink dirigiert das Orchestre National de France für Claude Debussys Werk im Théâtre des Champs-Élysées (14.–22.6.). Regie führt Jean-Louis Martinoty, es spielen Magdalena Kozena (Mélisande), Jean-François Lapointe (Pelléas) und Yuri Kissin (Arzt).

Am 11.7. gastieren dort Natalie Dessay und Paul Groves mit dem Orchestre National de Belgique und präsentieren Auszüge aus „Manon“, „La Damnation de Faust“, „L'Élixir d'Amore“, „La Fille du Régiment“ und „La Traviata“.

Semyon Bychkov dirigiert an der Pariser Bastille-Oper vom 4.6. bis 4.7. „Ein Maskenball“ von Giuseppe Verdi mit Marcelo Alvarez (Riccardo), Ludovic Tézier (Renato), Angela Brown (Amelia) und Elena Manistina (Ulrica).

„Wagner Dream“ in Nanterre

Die Oper von Jonathan Harvey nach einer Vorlage von Jean-Claude Carrière erweckt „einen Traum, den Wagner nie geträumt hätte“. Richard Wagners Traum einer buddhistisch inspirierten Oper („Die Sieger“) lebt in Harveys Werk weiter, dessen Handlung im Moment einer Herzattacke Wagners in Venedig beginnt. Nach der Uraufführung in Luxemburg lassen Dirigent Martyn Brabbins, die Ensembles Ictus und Vocal sowie das IRCAM nun für die französische Premiere das Werk zwischen Theater und Musik, Wort und Gesang, historischen und erträumten Augenblicken auferstehen (23./24.6., Agora Festival, Théâtre Nanterre-Amandiers).

Kultur-Vorschau

Frankreich in Deutschland

Zusammengestellt von Silke Stammer

Berlin

NEUE NATIONALGALERIE: „Französische Meisterwerke des 19. Jahrhunderts aus der Sammlung des Metropolitan Museum of Art New York zu Gast in Berlin“ (1.6.–7.10.)

Aachen

DFKI: „Art 10“ (10 Künstler aus Aachen und Reims), Ausstellung zum 40-jährigen Jubiläum der Städtepartnerschaft Aachen–Reims (bis 21.6.) / Autorenlesungen: Christiane Dénes (14.6., 19h); Christophe Nicolas (11.6., 19h; 12.6. CCFF Freiburg) / „La place de l'école dans la société“, Vortrag und Diskussion mit Prof. Jacques Pain, Paris X (30.5., 16h, Rhein-Maas-Gymnasium) / „Die faszinierende Bilderwelt des Alexanderromans: Miniaturen aus mittelalterlichen Handschriften“, Vortrag von Prof. Angelica Rieger, RWTH Aachen (19.6., 19h)

Bonn

DFG: „Quo vadis Frankreich nach den Präsidentschaftswahlen und den Wahlen zur Nationalversammlung?“, Vortrag von Prof. Henri Ménudier, Paris III (19.6., 19.30h, IRS)
IRS: Autorenlesung Rachid Boudjedra (5.6., 19.30h) / „Co-existence et affrontements dans le monde méditerranéen“, Vortrag von Prof. Christian Bromberger, Université de Provence (11.6., 19.30h; 15.6. im Deutschen Orient Institut Hamburg)

Essen

CCFA: „Un grand XXe siècle de géographie française“, Dokumentarausstellung (12.6.–5.7.) / Vorträge im Rahmen der „Langen Nacht der Wissenschaften“: „Jean-Paul Sartre: Krieg, Engagement und Freiheit“, Prof. Dr. Roland Galle sowie „Die 'Affaire Fouquet' – oder von den Schattenseiten des Sonnenkönigs Ludwig XIV.“, PD Dr. Volker Steinkamp (beide 9.6.)

Freiburg

CCFF: Ausstellung „Renaud Regnery: Letzte Bilder schwarz“, Gemälde (12.6.–28.7.)
FZ: „Koloniale Vergangenheiten – (post-)imperiale Gegenwart“, Vortragsreihe, u.a. Dr. Stephan Malinowski „Losing an Empire, Finding a Role – 'Entwicklungshilfe' als Fortsetzung

kolonialer Hegemonie? Großbritannien und Frankreich im Vergleich“ (21.6.), Prof. Jörn Leonhard „Die longue durée des Abschieds: Dekolonialisierung in Frankreich und Großbritannien als Krisengeschichte der Nachkriegsphase“ (19.7., je 20h, HS 3044) / „Der Wiederaufbau der Universität Freiburg nach 1945 im Kontext der französischen Kulturpolitik der Besatzungszeit“, Vortrag von Prof. Joseph Jurt (23.6., 11h, Aula)

Hamburg

INSTITUT FRANÇAIS: Ausstellung „Immanence: Canelle Tanc und Frédéric Vincent“ (27.6.–12.7., Künstlerhaus Frise) / „La fin de la méritocratie: die Bildungswege der Mittel- und Oberschicht in Frankreich“, Vortrag von Agnès Van Zanten, CNRS (14.6.; 12.6. im IF Stuttgart)

Karlsruhe

CCFA: „Marion Galut, photographies et dessins“ sowie „Yi-Nian Lin: Cuisine & Sens“, Installationen (jeweils bis 29.6.) / Französische Woche (22.6. bis 14.7.): „Les Juifs des deux rives du Rhin“, Vortrag von Freddy Raphael (26.6., 19h); Ausstellung Tomi Ungerer (ab 28.6.); Gilles Buscot – Chansons (13.7., 18h); Konzert von Jean Poinsignon (17.6., 17h) uvm.
STAATLICHE KUNSTHALLE: „Französische Plastik des 19. Jahrhunderts von Houdon bis Rodin“ (bis 26.8.)

Ludwigsburg

DFI: „50 Jahre V. Republik“, 23. Jahrestagung (28.–30.6.), Programm & Kontakt unter www.dfi.de

Stuttgart

WÜRTTEMBERGISCHER KUNSTVEREIN: Ausstellung „Landschaft (Entfernung)“, mit Werken von Valérie Jouve (bis 10.6.)
IZKT: „Ein Museum für die Banlieue – das MAC/VAL, Musée d'art contemporain du Val de Marne“, Vortrag von Georges Knaebel, Paris XII (14.6., 19.30h, Stadtbücherei) / „Burgfriede“, 'Union sacrée' und die Kriegsziele Deutschlands und Frankreichs 1914–1918: zwischen Sendung und republikanischen Werten?, Vortrag von Prof. Georges-Henri Sotou (29.6., 19.30h, Stadtbücherei)

Tübingen

ICFA: Autorenlesungen: Sylvie Germain (15.6., 19h; 12.6. im CCFA Essen), Hedi Kaddour (16.6., 15h), Patrick Wald-Lasowski (17.6., 13h) / „Réalisme français et bürgerlicher Realismus 1848–1890“, Vortrag von Prof. Jacques Le Rider, EHESS (26.6., 18h, Neuphilologikum) / „D'ici et d'ailleurs: Biographies de femmes autour de la Méditerranée“ (Interkulturelles Symposium 28.–30.6., Programm auf Anfrage)

„Standhalten, sich widersetzen“

André Glucksmann: 70 Jahre und kein bisschen milder

Medard Ritzenhofen*



Der wichtigste Vertreter der „nouveaux philosophes“ hält auch mit 70 Jahren an seinem elementaren, antiideologischen Anliegen fest: tabulos hinterfragen, wachsam bleiben für die Bedrohung von Demokratie und Menschenrechten, die Gefahren im Guten erkennen und das Böse beim Namen nennen.

Es war der erste Frühling nach dem Krieg. An einem sonnigen Maitag fand auf Schloss Ferrières, das die Familie Rothschild als Heim für geretete jüdische Kinder bereitgestellt hatte, ein kleiner Empfang statt. Der Baron und die Baronin kamen, um die neue Wohnstatt für junge Heimatlose zu begutachten: „Die Erwachsenen im Sonntagstaat und die sauber herausgeputzten Heimkinder stellten sich in respektvollem Abstand im Kreis um die erlauchten Besucher. Unter einem wolkenlosen Himmel waren alle in der Wiedersehensfreude miteinander vereint. Es war schön, alle waren fröhlich. Diese nette Stimmung wurde zerstört, als plötzlich ein jämmerlicher Irre, nämlich ich, angerannt kam, um sich genau in die Mitte des Kreises zu stellen. Heftig keuchend stieß er unverständliche Wörter hervor und schnürte seinen linken Schuh auf, um ihn mit aller Kraft und möglichst viel Getöse nach den Wohltätern zu werfen.“

Eine unbedeutende, infantile Szene. Doch André Glucksmann hat sie zum Titel seiner im letzten Jahr erschienenen, nun auch auf Deutsch vorliegenden Erinnerungen inspiriert: „Wut eines Kindes, Zorn eines Lebens“. Mit seinem trotzigem Protest gegen die harmonische Idylle antizipiert der kleine André das hartnäckige Engagement des großen Glucksmann. Nichts wird diesem Intellektuellen so suspekt sein wie Selbstzufriedenheit. „Ne faites donc pas comme si tout allait bien!“, lautet sein erster bis heute immer wieder varii-

ter Warnruf. Nur weil der Krieg vorbei und Frankreich befreit war, war die Welt nicht wieder in Ordnung. Die Abgründe der Menschheit, die sich mit dem Faschismus aufgetan hatten, erlaubten keine reibungslose Rückkehr zur Normalität. Das, was ein kleiner Junge instinktiv gefühlt und spontan zum Ausdruck gebracht hatte, machte der Philosoph später zum Dreh- und Angelpunkt seines Denkens: Sich nicht von den Fassaden humanen Fortschritts täuschen lassen, wachsam bleiben für die Bedrohung von Demokratie und Menschenrechten, den Finger in die Wunden selbst weit entfernter Barbarei zu legen, die Gefahren im Guten zu erkennen und das Böse beim Namen zu nennen, darin sieht Glucksmann seine elementaren Aufgaben als Intellektueller, denn, so seine bittere Einsicht, die Welt hat aus Auschwitz nichts gelernt.

Aus dieser Grundannahme hat André Glucksmann, der am 19. Juni seinen 70. Geburtstag feiert, in rund 20 Büchern und zahllosen Artikeln einen radikalen Skeptizismus entwickelt. Seinem Namen im Sinne des Glücksbringers ist er damit nicht gerecht geworden, wobei dieser allein schon eine Ironie des Schicksals birgt. Den Namen nämlich verdankten seine Eltern als österreichische Staatsbürger einem „gutgelaunten Beamten“, der damit betraut war, „die nicht sesshafte jüdische Bevölkerung zu erfassen und den Menschen ordentliche Namen zu geben, damit man sie besser kontrollieren konnte. Es genügte nicht mehr, sich

* Medard Ritzenhofen lebt als freier Journalist in Straßburg.

als Sohn seines Vaters (Ben irgendwer) vorzustellen. Man musste die Identität angeben, die einem die Obrigkeit nach ihrem Gutdünken gewährt hatte.“

Die nun vorliegenden Erinnerungen sind André Glucksmanns persönlichstes Buch. Sie lassen die Prägung seiner Kinder- und Jugendjahre deutlich hervortreten. Der Junge, der 1937 im französischen Boulogne geboren wurde, wohin seine Eltern ein Jahr zuvor von Wien immigriert waren, wächst ohne festes Zuhause auf. Rasch wechselnde Wohnsitze gehören zum Alltag. Mit drei Jahren verliert er seinen Vater, der bei der Überfahrt von Dover nach Calais ertrinkt, als das Schiff bombardiert wird. Umso größer ist der Einfluss seiner Mutter Martha, einer resoluten Frau des Widerstandes. Doch als diese nach dem Krieg wieder in ihre alte Heimat Österreich zurückkehrt, will ihr der 10-jährige Sohn nicht folgen. „Zum ersten Mal entschied ich mich für Frankreich. Das entwurzelte Kind beschloss, sich französische Wurzeln und eine französische Geschichte zu erfinden.“

Dieser unbedingte Wille, als Franzose in Frankreich zu leben, versteht Glucksmann auch als Fingerzeig an die heutige Jugend mit anderen kulturellen Wurzeln, für die die Identifizierung mit Frankreich längst nicht mehr selbstverständlich ist. Doch ist auch der Lyoner Vorort Vaux-en-Velin, in dem Glucksmann seine Schulzeit verbrachte, heute ein weitaus prekäreres Immigranten-Pflaster ethnischer Konzentration. Insofern mutet es fast frivol an, wenn Glucksmann in einem Zwischenruf seine Entwicklung mit dem später dieselbe Schule besuchenden Khaled Kelkal vergleicht, der als islamistischer Terrorist von der Polizei erschossen wurde. Wenn sich auch Glucksmann als Pariser Philosophiestudent im militanten Protest gegen Staat und Gesellschaft übte, so stellte diese militante Sozialisation einer ganzen Generation Frankreich doch nie grundsätzlich infrage.

Im legendären Mai '68 macht André Glucksmann zum ersten Mal von sich reden. Als aktives Mitglied der maoistischen Linken zählt er zu den Wortführern der Studentenrevolte. Umso größeres Aufsehen erregt der Gesinnungswandel, den er 1974 in seinem Buch „La Cuisinière et le mangeur

d'homme“ („Köchin und Menschenfresser“) vollzieht. Unter dem tief greifenden Eindruck der Gulag-Bücher Alexander Solschenizyns schreibt Glucksmann eine fulminante Anklage gegen den Kommunismus und dessen repressive Großmacht, die Sowjetunion. Stalinismus, Staatsterror und Konzentrationslager seien alles andere als ein historischer Betriebsunfall, sondern die unvermeidliche Konsequenz des Marxismus. Lange bevor Mitte der 1980er Jahre der so genannte „Historikerstreit“ über die Vergleichbarkeit von Nationalsozialismus und Bolschewismus in der Bundesrepublik die Gemüter erhitzt, setzt sich Glucksmann in seiner grundsätzlichen Ächtung totalitärer Gesellschaftsentwürfe kaltblütig über jede historische Nuancierung hinweg.

„Die Hölle bin ich selbst.“

In dem damals noch ständig unter Dampf stehenden Pariser Kochtopf politischer Ideen und kultureller Projekte ist ein griffiges Etikett schon die halbe Schlagzeile. Nachdem die Aufbruchstimmung der Linken verfliegen und mit Sartre kein Antikommunist mehr hinter dem Ofen hervorzulocken ist, schlägt die Stunde der „nouveaux philosophes“. André Glucksmann wird ihr wichtigster Vertreter. In den Medien groß raus kommen die „Neuen Philosophen“ vor allem dank des Publizisten Bernard-Henri Lévy („BHL“), dessen Name mit dem von Glucksmann oft in einem Atemzug genannt wird. Doch während Lévy zunächst als eleganter Tabubrecher und Schaumschläger besticht, um sich später als Mandarin im Pariser Kultur- und Medienbetrieb zu etablieren, bleibt Glucksmann der frei schwebende Intellektuelle, der sein antiideologisches Denken konsequent weiter entwickelt.

Von Buch zu Buch hat Glucksmann seine Kritik an utopischen Heilerwartungen und gesellschaftlichen Großentwürfen fortgeschrieben. Von der Demaskierung des Kommunismus als „der größten Lüge des Jahrhunderts“ führt seine Methode allseitiger kritischer Hinterfragung zur ständigen Versuchung des Westens zum bequemen Selbstbetrug. So sehr Glucksmann den Zusammenbruch der Sowjetunion begrüßte, so wenig

war er bereit, darin einen demokratischen Sieg auf der ganzen Linie zu erkennen. Menschenrechte, so sein *Ceterum censeo*, werden auch weiter rund um den Globus mit Füßen getreten, im Kosovo genauso wie in Afghanistan, Somalia, Ruanda oder Tschetschenien. Auf so gut wie allen Bürgerkriegsschauplätzen hat Glucksmann seine Stimme für unterdrückte Minderheiten erhoben. Unruhe ist ihm die erste Bürgerpflicht.

Die Frage, ob mit der Mischung aus skeptischer Weltsicht, permanenter Protestbereitschaft und dringlichem Engagement tatsächlich „la nouvelle philosophie“ formuliert wurde, ist im Grunde zweitrangig. Nachdem die ideologischen Generalstabspläne für optimale Gesellschaftsstrukturen durch den Faschismus und Kommunismus diskreditiert worden waren, suchte eine Reihe von desillusionierten französischen Meinungsmachern intellektuelle Zuflucht bei einer asketisch-skeptischen Reflexion. An die Stelle des Systemdenkens trat der humanitäre Zwischenruf. Wenn Glucksmann die „Ehrenbezeichnung Philosoph“ deshalb auch nur widerstrebend für sich gelten lassen will, weil, wie er sagt, „die Träger dieses ruhmvollen Titels sich mit Platon, Aristoteles, Descartes, Kant, Hegel an einer Hand abzählen lassen“, so bedient er sich sehr wohl der sokratischen Methode des tabulösen Hinterfragens. Den cartesianischen Zweifel radikalisierte Glucksmann zu dem negativem Credo: „Nichts Unmenschliches sei mir fremd.“ Die Hölle sind nicht, wie Sartre glaubte, die Anderen, die Hölle steckt in mir selbst. Glucksmann fordert zu radikaler Selbstüberprüfung auf: „Sich fragen, wie Hitler möglich war, heißt, Europa zu befragen, das ihn möglich gemacht hat. Das heißt uns selbst. Was bedeutet es, als Philosoph Hitler zu betrachten? Es bedeutet, dass man sich schließlich zuflüstert mit einer Überzeugung, die kein Leugnen duldet: Ich bin die Möglichkeit Hitlers, ich bin Hitler.“

Aus diesem geradezu pathetischen Pessimismus erwächst ein neuer Humanismus, dem es weniger um die Ideale der Menschlichkeit als um deren Risiken geht. Insofern steht Glucksmann in der großen Tradition der französischen Moralisten von Montaigne über La Rochefoucauld und Pas-

cal bis hin zu Camus. Nicht nur knüpft er an deren Problematisierung der *Condition humaine* an, er pointiert auch deren Formulierungskunst in der originär französischen Form des Essays. Philosophische und politische Themen, literarische Inspiration und eigene stilistische Ambition gehen dabei in eins. Glucksmann bedient sich der dem Essay eigenen Sprunghaftigkeit in der Analyse. So kommt er von Platon auf Proust zu sprechen, reißt ideengeschichtliche Horizonte auf, um geostrategische Herausforderungen plausibel zu machen, kreuzt filigrane Argumentationen mit provokanter Polemik.

Deutschland im Blick

Glucksmanns ebenso profunde wie pointierte Analysen, die sich aus einer kritischen Bestandsaufnahme der Tagesaktualität ergeben, sind ein geradezu klassisches Beispiel für jene Form von Esprit, mit der sich deutsche Geistesgrößen seit jeher schwer getan haben. Abschätzig befand Thomas Mann in seinen „Betrachtungen eines Unpolitischen“, dass der französische Esprit ein Produkt des politischen Engagements von „Literaten“ sei – denen er den „Dichter“ gegenüberstellte –, wogegen der deutsche Geist die Werte der Seele und der „Kultur“ wahre. Gilt in deutschen Seminaren abstrakte Unverständlichkeit als Ausweis von Tiefsinn, wird an der Aktualität orientiertes Denken à la française als „Modephilosophie“ verunglimpft.

Es überrascht deshalb kaum, wenn man auf deutscher Seite André Glucksmann mit einer gewissen Geringschätzung begegnet ist. „Die Verfolgung und Ermordung Karl Heinrich Marx dargestellt durch die Schauspielergesellschaft der Nouvelle Philosophie zu Paris unter Anleitung des Herrn Glucksmann“, spottete Fritz Raddatz 1977. Andere deutsche Kritiker kanzelten den einstigen Maoisten, der sich als Marxismuskritiker hervortat, als Renegaten ab. Gerne wird Glucksmann in Deutschland auch spöttisch als „Starintellektueller“ apostrophiert. Dies vor allem, seitdem es ihm am 26. Juni 1979 gelungen war, die beiden verfeindeten Berühmtheiten Jean-Paul Sartre und

„Er fordert zu radikaler Selbstüberprüfung auf.“

Raymond Aron zu einem gemeinsamen Auftritt im Elysée-Palast zugunsten der Rettung der vietnamesischen Boat People zu bewegen – wobei er selbst keineswegs in den Hintergrund trat.

Die Herablassung gegenüber Glucksmann ist umso unangebrachter, als sich kein anderer zeitgenössischer französischer Denker so intensiv mit Deutschland auseinandergesetzt hat. Auch wird man schwerlich einen aktuellen französischen Intellektuellen finden, dessen sämtliche Bücher ins Deutsche übersetzt wurden. Bereits in seiner Doktorarbeit beschäftigte sich Glucksmann unter Anleitung seines Mentors Raymond Aron mit dem in Frankreich kaum bekannten deutschen Militärstrategen Clausewitz. In seinem Buch „Les maîtres penseurs“ erweiterte er 1977 seine Marxismuskritik zu einer Ablehnung jeglichen Systemdenkens, wobei die deutschen „Meisterdenker“ Hegel, Fichte und Nietzsche als Steigbügelhalter repressiver Staatsideologie dargestellt wurden. Noch mehr Unverständnis rief Glucksmanns Pamphlet „La Force du Vertige“ hervor, das 1983 mit der Blauäugigkeit der Friedensbewegung scharf ins Gericht ging. Dass ein französischer Linker einer „Philosophie der Abschreckung“ das Wort redete, wollte den deutschen Gegnern der Nachrüstung nicht in den Kopf. Dabei teilte Glucksmann durchaus die düstere Weltsicht der Pazifisten, doch zog er einen waffenstarrenden Frieden der moralischen Kapitulation vor. Anders als die Öko-Pazifisten, die Hiroshima gegen einen drohenden Atomkrieg ins Feld führten, hatte er die Lektion aus dem Münchner Abkommen 1938 nicht vergessen. Um „das glanzlose Wohlwollen“, das die Nachbarn am Rhein in jüngster Zeit kultivieren, gegen den Strich der Freundschaftsroutine zu bürsten, verfasste Glucksmann 1997 einen deutsch-französischen Briefwechsel unter dem Titel „Le Bien et le Mal“. Diese bildungsgesättigte Tour d’horizon zwischen Grimm und Perrault, Diderot und Leibniz, Hölderlin und Hugo wollte Anstoß geben zu einem „deutsch-französischen Geistespakt ohne blaue Blume und Kränze des Gedenkens.“

Wer, wie Glucksmann, weite assoziative Bögen mit stilistischer Finesse schlägt, darf auch als Philosoph behaupten: „Glücklich, wer wie Odysseus die Erde bewohnt“. In der Tat muten seine mäandernden Reflexionen durch antike Mythen, klas-

sische Literatur und aktuelle Politik zuweilen wie die Irrfahrten des listigen Helden von Ithaka an. Wie dieser aber verliert auch Glucksmann sein Ziel nicht aus den Augen: Die Freiheit, angefangen mit der des Denkens, gegen Nihilismus und Naivität, gegen idealistische Schönredner und notorische Schwarzmalzer zu verteidigen. Nicht umsonst lässt Glucksmann seine Erinnerungen ausklingen mit dem Diktum: „Standhalten, sich widersetzen“.

Erstaunliches Plädoyer für Sarkozy

Umso größer war das Erstaunen, als der Dissident vom Dienst sich im Wahlkampf auf die Seite von Nicolas Sarkozy schlug. Dieser, so ließ Glucksmann in *Le Monde* verlauten, sei der einzige Kandidat, der das humanitäre Erbe Frankreichs hochhalte, „la France de cœur“. Dass Sarkozy in seinen Wahlkampfreden das Unrecht an Tschetschenien nicht unerwähnt ließ – was Glucksmann besonders am Herzen liegt – mag zu dessen Unterstützung wesentlich beigetragen haben. Trotzdem war gerade in der deutschen Presse das Befremden über diese Positionierung mit Händen zu greifen.

Dass Glucksmann sich einiges darauf zugute hält, „bei der Entmarxung der französischen Intelligenz eine nicht ganz unbedeutende Rolle gespielt zu haben“, gibt er freimütig zu. Dass er die Militärintervention der USA im Irak guthieß, ließ sich mit seiner vitalen Ablehnung jeglicher Despotie erklären. Indem er aber für einen Konservativen, dem das Image des robusten Law-and-Order-Mannes anhängt, Partei ergriff, schien er den Rechtsbogen überspannt zu haben. Allen Gläubigen der Parteipolitik aber hat Glucksmann in seinem Sarkozy-Plädoyer ins Stammbuch geschrieben: „Wählen bedeutet nicht, einer Religion beizutreten, sondern für das Projekt zu stimmen, das den eigenen Überzeugungen am nächsten ist.“

Auch ein zorniger Denker weiß, wann Gelassenheit geboten ist. In der allgemeinen Wahllysterie, die Frankreich erfasst hatte, wurde André Glucksmann so doch noch seinem Anspruch des einsamen Mahners gerecht, der gegen den Strom schwimmt und sich dabei zwischen alle Stühle setzt.

„La vie en rose“ ... et gris

Olivier Dahans filmische Hommage an Edith Piaf

Catrin Corell*

» » „La Môme“, eine Verneigung vor der französischen Chansonlegende, überzeugt vor allem dank der beeindruckenden Leistung von Hauptdarstellerin Marion Cotillard – und vermittelt die Einheit von Edith Piafs Leben, Lieben und Liedern.

Biopics, darunter Filme über Musikstars, haben seit einiger Zeit Hochkonjunktur auf den internationalen Kinoleinwänden, und so scheint es nur konsequent, dass sich nun ein weiterer Filmemacher vor der kleinen, künstlerisch jedoch ungemein großen Edith Piaf verneigt, dem „Spatz von Paris“. Als hätte die Cineastenwelt auf dieses Filmepos gewartet¹, wurde Olivier Dahans sechster Kinofilm „La môme“ (deutscher Titel „La vie en rose“, F 2006) von Dieter Kosslick zum Eröffnungsfilm der 57. Berlinale auserkoren. Die Kritik reichte von „Auftakt nach Maß“ (*Spiegel Online*) über „emotional, stilsicher und intelligent“ (*Die Welt*) und „Non, rien de rien, es gibt an diesem Kinobesuch nicht zu bereuen“ (*Neue Züricher Zeitung*) bis hin zur Charakterisierung des Films als „magerer Spatz“ mit „wirrer Struktur“ (*Frankfurter Rundschau*) beziehungsweise als „musikalische Überwältigungsmaschine“ (*Tageszeitung*).

Wie man es von einer cineastischen Hommage an eine Musiklegende erwarten kann, beginnt der Film mit der Piaf auf der Bühne, auf dem Höhepunkt ihrer Karriere, 1958 bei einem Konzert in New York: Sie singt, interpretiert, lebt das Chanson in der ihr eigenen kraftvollen Art, bis sie ganz plötzlich mitten im Titel einen Zusammenbruch erleidet. Dieser Auftakt fasst Edith Piafs Leben bereits zusammen, auch das jenseits der Bühne.

Der 39-jährige Regisseur Olivier Dahan – dem deutschen Publikum allenfalls bekannt durch „Les rivères pourpres 2“/ „Die purpurnen Flüsse 2“ (F/I/ GB 2004) – interessiert sich vor allem für ihr Leben hinter den Kulissen. Edith Piaf wächst größtenteils bei ihrer Großmutter väterlicherseits auf, die ein Bordell in der Normandie betreibt. Hier erhält die kleine Edith zum ersten Mal Einblicke in das Treiben vor und hinter verschlossenen Türen und Vorhängen. Gleichzeitig wird sie aber auch rührend umsorgt von Titine, einer Prostituierten (gespielt von Emmanuelle Seigner, bekannt aus Roman Polanskis „Bitter Moon“, GB/F 1992), die sich des verwahrlosten, kränkelnden Mädchens annimmt, als wäre es ihre eigene Tochter.

Die erste schmerzhaft Trennung – es sollten im Laufe ihres Lebens noch viele folgen – erlebt Edith, als ihr Vater, ein Straßenakrobat (gespielt von Jean-Paul Rouve, bekannt als Postbote in Jean-Pierre Jeunets „Un long dimanche de fiançailles / Mathilde – eine große Liebe“, F 2004), sie im Alter von etwa sieben Jahren aus dem Bordell abholt und mit auf Reisen nimmt: Das kleine Mädchen verliert damit seine erste positive Bezugsperson. Nachdem ihr Vater, der an Publikum verliert, sie aufgefordert hat, seine Akrobatik mit der „Marseillaise“ zu beenden, singt sie beinahe trotzig – mit überwältigendem Erfolg: Aus der zuvor spärlichen Zuschauerschaft wird eine beachtliche

* Catrin Corell promovierte im Fachbereich romanistische Medienwissenschaft an der Universität Mannheim und arbeitet derzeit in der Medien-/Filmbranche bei NBC Universal in München.

Menschenmenge. Die klare, durchdringende Stimme des kleinen Mädchens verzaubert die Passanten – ihr Talent ist entdeckt, der Lebensunterhalt des Vater-Tochter-Duos zunächst gesichert.

Ein Filmepos über Musikstars lebt natürlich nicht zuletzt von der Inszenierung einzelner Lieder. Olivier Dahan lässt sich für Piafs Durchbruch vor großem Publikum – insbesondere in Bezug auf die Charakterisierung und Wirkkraft der „môme“ – etwas Überraschendes einfallen: Anstatt den Zuschauer ihren Titel als Originaleinspielung hören zu lassen, legt er eine ruhige Filmmusik über seine Einstellungen. Bilder, die sich zunächst voll und ganz der beeindruckenden Gestik und Mimik der zukünftigen Musiklegende widmen, um nach einiger Zeit deren überwältigende Wirkung auf das Pariser Publikum einzufangen – ein cineastischer Kunstgriff, der die immense Präsenz der kleinen Person auf den Brettern der Musikwelt eindringlich erfahrbar macht.

Cotillard – eine würdige Piaf

Dies gelingt vor allem aufgrund der beeindruckenden schauspielerischen Leistung der jungen französischen Schauspielerin Marion Cotillard, die zuletzt in Ridley Scotts Weinbauer-Romanze „A good year / Ein gutes Jahr“ (USA 2006) Russell Crowe den Kopf vor südfranzösischer Kulisse verdreht und in Frankreich vor allem durch ihre Rollen in Luc Bessons Boxoffice-Hits der „Taxi“-Trilogie (F 1998, 2000, 2003) bekannt wurde. Cotillards glänzende Verkörperung der Piaf – zumindest in diesem Punkt ist sich die Kritik einig – trägt ganz entscheidend zum Gelingen des gesamten Films bei: „Marion Cotillard ist 31, aber im Film ist sie alles, von der 18-jährigen Göre bis zum 47-jährigen Wrack.“ (*Die Welt*). „Regisseur Dahan macht zunächst einmal etwas Entscheidendes richtig. Er fand in Marion Cotillard ein nahezu unbekanntes Gesicht, das man auch mit geöffnetem Mund noch ansehen möchte – auch wenn sie aus unerfindlichen Gründen nur die ersten Lieder selber singen darf und dann zu einem Gesangsdoublé die Lippen bewegt.“ (*Frankfurter Rundschau*). Für die Piaf-Rolle musste Marion Cotillard die „grande dame de la chanson françai-

se“ derart intensiv studieren, dass sie nach den Dreharbeiten lange brauchte, um wieder zu sich zurück zu finden: „Je ne connaissais pas vraiment sa vie. [...] je savais qu'elle chantait toujours en petite robe noire et qu'elle faisait beaucoup de gestes pour accompagner ses histoires. C'est tout ce que je savais d'elle. [...] La première fois que je me suis sentie réellement moi-même, c'est quelques semaines après la fin du tournage. Ça a mis plus du temps que pour les autres films.“²

Mit einem weiteren sehr wirkungsvollen Einfall überrascht der Regisseur den Zuschauer in dem wohl tragischsten Moment im Leben von Edith Piaf, als ihre große Liebe, der Box-Weltmeister Marcel Cerdan, bei einem Flugzeugabsturz ums Leben kommt. Systematisch bereitet Dahan den Zuschauer darauf vor: Während Piafs Entourage (angeführt von Pascal Greggory in der Rolle des Louis Barrier) sich mit versteinerten Minen zu beraten scheint, werden wir in das Bewusstsein der Chansonikone einbezogen – sie träumt von der Ankunft ihres Liebsten, den gemeinsamen Stunden voller Leidenschaft. Nachdem ihr die Nachricht vom Tod des Geliebten überbracht wurde, vermittelt Dahan ihre Verzweiflung, aber auch ihre Art, damit umzugehen, auf eindrucksvolle Weise: Schockiert vom jähen Verlust der Liebe ihres Lebens – mit ihm war sie „heureux, heureux à en mourir“ (Textzeile aus „La vie en rose“) – fällt die Sängerin jammernd und völlig entkräftet zu Boden, taumelt durch flurartige Innenräume, bis sie sich schließlich von einem Zimmer zum nächsten schleppt und dann auf der Bühne vor einem Mikrofon zum Stehen kommt und, noch bedeutsamer, wieder singt: Musik als Ventil und Lebenselixier, ein erfahrbarer „Bezug zwischen Leben, Leid und Lied“ (*Frankfurter Allgemeine Zeitung*).

Die Leidenschaft des Stars für die Musik, die Notwendigkeit der Musik für sie als Künstlerin verdeutlicht der Regisseur in einer weiteren intensiven Sequenz: Als „la môme“, bereits von ihrer Krebskrankheit geschwächt und mit Medikamenten „vollgepumpt“, während eines fulminanten Auftritts wie in der Eröffnungssequenz einen plötzlichen Zusammenbruch erleidet und sofort in die Garderobe getragen wird, setzt sie sich mit Tränen und Hartnäckigkeit einmal mehr gegen

die besorgten Einwände ihrer Begleiter durch – wenige Minuten nach dem Vorfall steht sie wieder, mit lediglich wackeligen Beinen, aber einer ebenso kraftvollen Stimme wie zuvor, auf den Brettern im Scheinwerferlicht: „Mais la chose qui m'a frappée, c'est son jusque-boutisme, le fait que quoi qu'il arrive, elle entre sur scène le soir.“ (Marion Cotillard).

Dass Musik, vielmehr die richtige Komposition der von ihrem Krebsleiden gezeichneten Chansonnière nochmals Lebensfreude und Energie einzuhauchen vermag, inszeniert Dahan geschickt am Ende seines Filmes und vermittelt so die Sinn-tiefe eines der bekanntesten Lieder der Künstlerin: „Non, je ne regrette rien“ – ein Lied, das der älteren Piaf auf den Leib geschrieben ist und von ihr erstmals im „Olympia“ vor der Crème de la crème des französischen Chansons trotz Krankheit mit unnachahmlicher Eindringlichkeit, Vitalität und erschütternd-versöhnender Authentizität vorgetragen wird. Der Zuschauer

versteht und glaubt ihr in diesem Moment, wenn sie singt, sie bereue nichts, „ni le bien qu'on m'a fait, ni le mal tout ça m'est bien égal [...], c'est payé, balayé, oublié, je me fous du passé!“ Auch Marion Cotillard empfand diese Sequenz als eine der intensivsten des gesamten Filmes: „C'est un des moments les plus fort du tournage. [...] C'est un moment de sa vie très important, qui correspond à une véritable résurrection. [...] Elle l'a toujours dit, si elle ne pouvait plus chanter, elle ne pouvait plus vivre.“

Erst am Sterbebett erfährt Piafs Entourage, ebenso wie das Publikum, von einem weiteren Schicksalsschlag, den die zierliche Person verkraf-

ten musste: Ihre einzige Tochter war im Alter von zwei Jahren an Hirnhautentzündung gestorben – ein bis kurz vor ihrem Tod gehütetes Geheimnis. Als Edith Piaf, nachdem sie am 11. Oktober 1963 ihrem Krebsleiden erlegen war, zu Grabe getragen wurde – Tod und Beerdigung spart Dahan aus –, säumten Hunderttausende die Straßen von Paris, der Trauerzeremonie auf dem Friedhof Père Lachaise wohnten 40 000 Menschen bei.

Dem Publikum dies- und jenseits des Rheins scheint das filmische Epos gefallen zu haben, insbesondere im Vaterland der Chansonlegende: Über fünf Millionen Franzosen sahen das Biopic, das damit zur erfolgreichsten einheimischen Produktion des ersten Quartals 2007 wurde. Hierzulande lockte der Film immerhin knapp eine halbe Mil-

lion Besucher in die Kinos.

Gewissermaßen rückblickend sei angemerkt, dass sich Regisseur und Dreh-

„Dahan konzentriert sich auf für ihn Wesentliches, auf einzelne Figuren.“

buchautor Olivier Dahan in seiner filmischen Verneigung vor der großen Dame des französischen Chansons auf – für ihn – Wesentliches, auf einzelne Figuren konzentriert hat. Weitere Lieb-schaften der Piaf, ihre Résistance-Aktivitäten, ihre freundschaftlichen Beziehungen zu anderen Künstlern, Musikern und Literaten ihrer Zeit wurden ausgespart – und man wünschte sich beinahe, der Regisseur würde sich dieser sicherlich ebenso spannenden Begebenheiten und Begegnungen in einem weiteren Film annehmen – Sequels sind schließlich, insbesondere im amerikanischen Blockbuster-Kino, derzeit hoch im Kurs.³

1 Die bisherigen Verfilmungen von Claude Lelouch „Edith et Marcel“ (F 1983 mit Evelyne Bouix) sowie von Guy Casaril „Piaf“ (F 1984 mit Brigitte Ariel) liegen immerhin über 20 Jahre zurück.

2 Dieses und alle weiteren Zitate Marion Cotillards sind abrufbar unter www.allociné.fr.

3 Vgl. „Harry Potter“, „Fluch der Karibik“, „Spiderman“ oder „Shrek“, deren jeweils jüngster Teil diesen Sommer die deutschen Kinos belagern wird.

Kuba, Jazz, World und Chanson

In der Pariser Musikszene fusionieren die Stile

Martina Zimmermann*

» Neben der vielfältigen kubanischen Musikszene dauert in Paris auch der Jazz-Boom an, während das klassische französische Chanson in der Interpretation junger Künstler eine unverhoffte Renaissance erfährt.

In der kubanischen Musikszene wimmelt es von Talenten, von den Alten vom „Buena Vista Social Club“ bis hin zu „jungen“ Stars wie Raul Paz. Für alle diese Künstler ist Paris eine wichtige Drehscheibe, so auch für Omar Sosa. Der Pianist hat bereits fünf Alben und drei Live-Alben herausgebracht und wird in der französischen Hauptstadt heiß verehrt. Sein aktuelles Live-Album ist eine Aufnahme beim Radio-France-Sender FIP. Sosa lernte ursprünglich Percussion, er begann mit acht Jahren auf dem Konservatorium in einer Provinzstadt Kubas und studierte dann an der Musikhochschule von Havanna. Schließlich wurde jedoch das Klavier zu seinem Lieblingsinstrument, das Spiel brachte er sich selbst bei: „Für mich ist ein Klavier wie 88 Trommeln. Vielleicht spiele ich Klavier wie ein Trommler, mit vielen Rhythmen. Aber das Piano ist ein tolles Instrument, ich liebe es.“

In den 1980er Jahren arbeitete Omar Sosa mit kubanischen Popsängern, 1993 wanderte er nach Ecuador aus, wo er begriff, dass auch der Jazz und die Musikstile der Karibik ihren Ursprung in Afrika haben. Später lebte er in Spanien, auf Mallorca und in San Francisco. Zum Star wurde Omar Sosa aber erst, als der französische Chefredakteur von Radio Nova, Remy Kolpa-Kopoul, in Paris zufällig ein Album von ihm entdeckte, das Freunde aus den USA mitgebracht hatten. Die Fusion aller Musikstile und verschiedener musikalischer Kulturen kam in Paris besonders gut an. „Métisse“

heißt auch ein Titel seines jüngsten Albums, es ist das französische Wort für „Mischling“ oder „Vermischung“: „Ich mache Musik, ich komponiere, weil ich alles mischen will, was um mich herum ist. Deshalb nannte ich den Song 'Métisse', weil er afrikanische Kultur, afro-amerikanische und Jazz-elemente enthält. Wir haben einen Drummer aus England, einen afrikanischen Bassisten und Sänger aus Maputo (Mosambik), einen kubanischen Percussionisten – und das kommt dabei heraus.“

Der kubanische Percussionist ist Anga Diaz. „Muevete en D“ ist ein Duo mit dem Musiker, der mit zahlreichen Jazzgrößen gespielt hat und am 9. August 2006 verstarb. Diaz war erst 45, und es ist die einzige Aufnahme, die Omar Sosa mit seinem Freund und Landsmann hat, obwohl er fast zwei Jahre lang mit ihm durch die Welt tourte. Auch Miguel Anga Diaz war ein Kind der Pariser Szene. Mit seinen explosiven Solos auf fünf Kongas zählte er zur Weltspitze. „Anga“ ist ein Spitzname, den er von seinem Vater übernommen hat. Diaz gehörte sieben Jahre lang zur legendären kubanischen Gruppe „Irakere“, man hörte ihn bei den „Afro Cuban All Stars“, er arbeitete mit Ibrahim Ferrer, Omara Portuondo und fast sämtlichen kubanischen Topstars. Sein erstes Soloalbum mit dem Titel „Echu Mingua“ wurde auch sein letztes. Benannt hat er es nach einem Heiligen der Yoruba-Religion in Kuba: „Es ist eine Begegnung von Musikern, die auf demselben spirituellen Weg sind.“ Das Album vereint prominente Musiker

* Martina Zimmermann ist freie Hörfunkkorrespondentin für die öffentlich-rechtlichen Anstalten und lebt in Paris.

aus verschiedenen Kontinenten und Stilen, so zum Beispiel Baba Sissoko aus Mali, den Jazz-Flötisten Magic Malik, den französischen DJ Dee Nasty und den Kubaner Cachaito Lopez am Bass.

Anhaltender Jazz-Boom

Omar Sosa trat im Herbst gemeinsam mit vielen anderen Pariser Musikern zu Ehren von Anga Diaz im „New Morning“ auf. Wenn es in der Pariser Musikszene etwas zu feiern oder zu betrauern gibt, dann findet die Hommage in diesem Club statt, einem der berühmtesten Jazzclubs der Welt (siehe auch *Dokumente 1/2006*). Mit Legenden und jungen Talenten aus dem Jazz aber auch aus der Weltmusik feierte der Club vom Herbst 2006 bis in den Januar 2007 hinein sein 25-jähriges Bestehen. Auf dem aktuellen Programm stehen Archie Shepp, Randy Weston, Al Di Meola, Monty Alexander, Didier Lockwood, Africando ...

Das „New Morning“ ist neben den Konzerten unter freiem Himmel eine Säule der großen Pariser Jazzszene, während des Festivals „Banlieues bleues“ spielen Stars aus aller Welt auch in den Vororten. Und der Jazz-Boom hält an: „Ich glaube, es bewegt sich was. Es wird viel experimentiert, es gibt Elektro-jazz, Jazzfusion und Hardbop. Ich finde das sehr interessant“, meint Manu Katché, einer der Großen am Pariser Jazzhimmel. „Die Leute sind ständig auf der Suche, um die Sache voranzutreiben.“ Katché wurde 1958 im Villenort Saint-Maur-des-Fossés geboren. Sein Vater stammt aus der Elfenbeinküste, seine Mutter ist Französin. Mit fünf Jahren erhielt er Klavierunterricht, mit 14 lernte er Schlagzeug und studierte später klassische Percussion an der Pariser Musikhochschule. Tagsüber lernte er Klassik, nachts spielte er in den Pariser Clubs Jazz. Schnell gehörte Manu Katché, der Klassik, Jazz und afrikanische Rhythmen zu einem eigenen Beat mixt, zu den Schlagzeugern, die im internationalen Showgeschäft sehr gefragt sind. Mitte der 1980er Jahre ging er mit Sting und Peter Gabriel auf Tournee, dann mit dem norwegischen Saxofonisten Jan Garbarek. „Als ich mit Ausländern arbeitete, war

ich für die eine Art Marsmensch“, erinnert sich Katché an seine internationalen Anfänge: „Ein Typ, der Jazz, Rock und Klassik mischt, hat sie überrascht. Das war etwas Neues, vor allem für die Angelsachsen. Ich glaube, das macht die Kraft von Paris und die Stärke dieses Landes aus: Hier mischen sich alle Stile. Europa hat ein gemeinsames musikalisches Erbe, aber jedes Land hat dann doch seine Besonderheit. In Paris leben viele afrikanische Musiker, Paris ist ein Ort der Begegnungen.“

Auch der Trompeter Eric Truffaz ist ein gefragter Musiker in der Pariser Jazzszene. Auf seinem neuen Album „Face à face“ sind Ausschnitte aus Live-Konzerten in Mexiko, Sankt Petersburg, Madrid, Bombay, Lausanne und Paris zu hören. Truffaz hat ebenfalls keine Berührungsgängste mit anderen Musikstilen. So ist seit dem Album „Dawn“, mit dem der Trompeter 1998 bekannt wurde, regelmäßig der Rapper Nya an seiner Seite. Einen musikalischen Dialog zwischen Orient und Okzident wagt er zudem mit dem Tunesier Mounir Troudi. Wie Manu Katché tourt auch Eric Truffaz die meiste Zeit durch die Welt, Paris bleibt aber

„Manu Katché mixt Klassik, Jazz und afrikanische Rhythmen zu einem eigenen Beat.“

der feste Wohnsitz. „Heute reise ich viel, arbeite mit ganz verschiedenen Leuten und habe weniger Zeit, in Clubs zu gehen und Musik zu hören“, erzählt Katché. „Aber als wir noch in den Clubs herumhingen, gab es in Paris extrem viele musikalische Stile. Wir hatten das Glück, dass es hier nord- und westafrikanische oder keltische Musik gab, wir hatten Schlager, Rock, Jazz, kubanische und Latino-Musik. Man musste nur die Ohren aufmachen und an die richtigen Orte gehen, um das alles zu hören. Damals spielte ich sogar Musik aus der algerischen Kabyle!“

An der Vielfalt der Szene hat sich nichts geändert; es sind ein paar neue Orte hinzugekommen, aber vor allem gibt es heute viel mehr Musiker, meint der Schlagzeuger Louis Moutin: „In den 1960er Jahren konnte man die Zahl der Jazzmusiker in Frankreich fast an fünf Fingern abzählen. Heute gibt es Tausende und auch das Publikum ist viel größer geworden.“ Moutin erinnert sich an die Anfänge mit seinem Zwillingbruder, dem

Bassisten François Moutin: „Als wir anfangen, waren viele Musiker Autodidakten, wie wir selbst. Wir beherrschten unser Instrument und schrieben unsere Musik in Noten auf, aber wir hatten uns das selbst beigebracht. Damals ging es den meisten Musikern so. Heute ist das ganz anders. Viele junge Musiker kommen mit einer enormen Technik und viel Wissen, weil sie Jazzschulen besucht haben, die es zu unserer Zeit gar nicht gab. Heute gibt es sogar eine Jazzklasse am Pariser Konservatorium, und in allen Musikschulen kleiner und mittlerer Städte kann man heute Jazz lernen!“

Gemeinsam mit seinem Bruder spielt Louis Moutin im „Moutin Reunion Quartett“, das die Brüder im Jahr 2000 gründeten. 2005 bekam das Quartett den französischen „Django Reinhardt“-Jazzpreis und war für den Victoire du Jazz 2006 nominiert. Seit drei Jahren sind „Moutin Reunion“ auf allen Preisverleihungen im französischen Jazz dabei. Bis die Zwillingbrüder in Frankreich auch von der Kritik gefeiert wurden, dauerte es allerdings einige Jahre. Der lange Weg zum Ruhm führte von Paris über New York: „Louis und ich waren mehrere Jahre lang Sideman, wir spielten mit Jean-Marie Machado, Antoine Hervé, Martial Solal“, erinnert sich François Moutin. „Aber als wir unsere eigenen Projekte machten, ging nichts voran.“ Das erste Album der Brüder Moutin hatte 1991 keinen nachhaltigen Eindruck hinterlassen. Als François nach New York auswanderte, blieb Louis mit Frau und Kindern in Frankreich. Beide gingen wie bisher mit französischen Künstlern auf Tournee, erst im Jahr 2000 kam in Frankreich ein neues Album von ihnen heraus. Seither unternimmt das „Moutin Reunion Quartett“ regelmäßig Tourneen in den USA und zwei weitere Alben entstanden. Der „Umweg“ über die USA brachte auch in Frankreich den Durchbruch.

„Es geht nicht um die Qualität der Musik“, analysiert Louis Moutin. „Gute Musiker gibt es überall. Aber als französische Musiker waren wir 15 Jahre lang in Frankreich wie eingesperrt. Da können Sie fragen, wen Sie wollen: Wie talentiert französische Musiker auch immer sein und wie viel Erfolg sie hier in Frankreich auch haben mögen, sie haben es sehr schwer, über die Grenzen hinauszukommen. An der Musik und am Pu-

blikum liegt es nicht, eher an der Art, wie das Business funktioniert.“ Mit Jazz ist in Frankreich nicht das große Geld zu verdienen. In Paris gilt es bereits als Erfolg, wenn 15 000 Alben verkauft werden – das ist wenig im Vergleich zur Pop- oder Chansonindustrie.

Weltmusik: Sally Nyolo und Biyouna

Sally Nyolo ist eine der erfolgreichen Frauen zwischen Weltmusik und Chanson. Die Sängerin, Musikerin und Komponistin aus Kamerun lebt in Frankreich, seit sie 12 Jahre alt ist, und gehört zu der Generation von Pariser Musikern, die die musikalischen Traditionen ihrer Heimat weiterverarbeiten. Ihr fünftes Album heißt „Studio Cameroon“. Es wurde diesmal im Studio der Künstlerin in Kameruns Hauptstadt Yaoundé aufgenommen, mit den besten Bands des Landes. Viele euro-afrikanische Musiker träumen davon, in ihrem Herkunftsland ein eigenes Studio einzurichten und damit die einheimischen Künstler zu unterstützen. Nur wenige, wie der Senegalese Youssou N'Dour, haben den Traum verwirklicht. Und Sally Nyolo: „Meine Muse ist schon immer der Traum, die Vorstellung von der Welt, die ich hinter mir gelassen habe in Kamerun.“

Nyolo begann ihre Karriere in Frankreich. Doch bereits auf ihrem ersten Solo-Album, das vor zehn Jahren erschien, sang sie in ihrer Muttersprache Eton. Das Album „Tribu“ war eine musikalische Rückkehr zu ihren eigenen Wurzeln und den Bikutsi-Rhythmen ihrer Heimat. Das zweite Album „Multiculti“ bedeutete dann eine Öffnung auf die Pariser Szene. „Wir kamen vom Urwald in den städtischen Dschungel“, erklärt Sally voller Humor: „Das ist wie der Markt im 18. Arrondissement, wo ich lange gewohnt habe. Das Viertel sieht afrikanisch aus, aber in Wirklichkeit ist es total pariserisch, und im Sound europäisch. Mit 'Multiculti' wollte ich zeigen, dass sich der Bikutsi von seinen afrikanischen Wurzeln entfernen und mit anderen Musikstilen eine Brücke bauen kann.“

Ihr neues Album „Studio Cameroon“ ist ein Sampler mit 14 Songs mit den gefragtesten Künstlern der Kameruner Szene. Als Sally 1998 mit

„Multiculti“ in Kamerun ihre ersten Konzerte gab, fragten sie die dortigen Künstler: Was tust du für uns? Woraufhin Sally das Studio in Kameruns Hauptstadt Yaoundé kaufte. So oft wie möglich fliegt sie von Paris dorthin: „Ich musste mich wieder an mein eigenes Land gewöhnen, denn ich wohnte ja nicht mehr da. Nun reichte der Traum nicht mehr aus. Da musste ich konkret sein, mich jeden Tag damit auseinandersetzen, es ist hart, wenn man etwas auf die Beine stellen will. Das war nicht leicht für mich, auch nicht für mich als Frau.“ Die Hälfte der Kameruner Musiker auf dem Album sind Sängerinnen und Musikerinnen, die Texte drehen sich um die Kraft der Frauen: „Ich bin eine Frau und ich mag meine Schwestern. Die Künstler, die auf diesem Album mitmachen, sind mir ähnlich.“

Ein zweites Beispiel für die erfolgreichen Frauen in der Worldmusic ist die in Algerien als Schauspielstar bekannte Biyouna. „Blonde dans la Casbah“ heißt ihr Album, das Anfang des Jahres auch in Deutschland auf den Markt kommt. In Paris steht Biyouna derzeit mit Jane Birkin in „Elektra“ auf der Theaterbühne, nachdem sie zuvor unter der Regie von Jérôme Savary in der Opéra Comique zu sehen war. Seit 2001 zeigt sie, dass sie auch singen kann: „Was andere leise sagen, sage ich laut.“ Biyouna könnte einem Film von Pedro Almodóvar entsprungen sein, in einer algerischen Variante. Mit ihren tiefen, rauhen Stimme singt sie auf Algerisch und Französisch. Denn sie wuchs zur französischen Kolonialzeit mitten in Algerien auf. Berühmte Franzosen wie der Komponist Joseph Racaille und der Sänger Didier Wampas wirkten an ihrem Album mit ebenso wie namhafte Algerier wie Djamel Laroussi oder Guerouabi, der verstorbene Meister des Chaabi, der Volksmusik aus Algerien. Die Texte sind oft humorvoll, die Musik modern und nostalgisch zugleich.

1999 kam der algerische Komödientstar zum ersten Mal nach Frankreich, und erst hier wurde ihr tragisches Potenzial entdeckt, in den Filmen von Nadir Mokneche wie auf der Theaterbühne. In Frankreich wurde Biyouna auch zur Sängerin, mit einem ersten elektro-orientalischen Album 2001. Die Chansons auf dem neuen Album hat sie selbst ausgewählt, kompromisslos: „Okay, wir mögen das Geld, aber es steht nicht an erster Stelle“,

erklärt Biyouna. „Wenn mir eine Person in einem Film nicht gefällt, dann spiele ich die Rolle nicht, selbst für alles Geld der Welt. Und wenn mir ein Lied nicht gefällt, singe ich es nicht.“ Begonnen hat Biyouna ihre Karriere übrigens als Tänzerin in den Cabarets von Algier, damals ein Skandal. Der Mama, die bis zu ihrem Tod mit 84 Jahren kokett auftrat und Biyouna immer unterstützte, ist übrigens der Titelsong des Albums gewidmet, sie ist die „Platinblonde aus der Kasbah“.

Das Chanson lebt

Neben kubanischer Musik, Jazz und World erlebt das Chanson eine neue Blüte: „Das klassische Repertoire des französischen Chansons wird von der jungen Generation in Rock, Pop und Rap nicht mehr als ‚Alteisen‘ betrachtet“, freut sich *Le Monde*. Beweis: Immer mehr junge Künstler singen die Songs der alten, immer mehr alte singen im Duo mit jungen Musikern oder arbeiten mit jungen Arrangeuren. Juliette Gréco spielte ihr jüngstes Album in Zusammenarbeit mit Miossec ein. Françoise Hardy brachte auf „(Parenthèses)“ Duette mit Arthur H., Maurane und anderen mehr oder weniger jungen Chansonniers. Die Zeiten sind vorbei, als jede Generation etwas Neues bringen und mit der vorherigen brechen musste. Für Bertrand Dicale, Kritiker beim *Figaro* und Autor des Buches „La Chanson Française pour les Nuls“, ist das goldene Zeitalter des Chansons angebrochen, weil die Moden nicht mehr aufeinander folgen, sondern eine Summe ergeben.

So galt zum Beispiel Joe Dassin, verstorben am 20. August 1980, als völlig out – bis ihm 18 zeitgenössische Chansonniers eine Hommage erwiesen: Jean-Louis Murat singt „Marie-Jeanne“, Daniel Darc „Champs-Élysées“, Pascal Comelade und Philippe Katerine „L'été indien“ etc. Die junge Generation in Rock, Pop und Rap kennt die Klassiker und nutzt sie: Georges Brassens wird von Grand Corps Malade oder Olivia Ruiz gesungen und gar von Kristo Numpuby afrikanisiert („Brassens en Afrique“). Jacques Brel's Chansons werden von Raphaël auf dessen Konzerten interpretiert. Und Joe Dassin dreht sich lächelnd im Grab um.

Französisch für die ersten Klassen

Die deutsch-französische Kinderzeitschrift „Filou“

Cornelia Frenkel*

» Zum 40. Jahrestag des Elysée-Vertrags wurde 2003 die Zeitschrift „Filou“ für 8–12-Jährige ins Leben gerufen. Sie kann den Unterricht der Partnersprache in den ersten Klassen begleiten. Fantasievolle Impulse bleiben hier wichtig, denn zunehmend artikuliert sich in jüngster Zeit Kritik und Desinteresse am frühen Sprachunterricht.

Kinder sollen möglichst früh anfangen Sprachen zu lernen, befindet die Wissenschaft, für jüngere Kinder sei dies leichter als für ältere. Weiterhin ist man sich einig, dass Kindern eine fremde Sprache zunächst ebenso nahe gebracht werden soll, wie es beim Erwerb der Muttersprache geschieht: Durch Nachsprechen, Zuhören, mittels Spielen, kleinen Geschichten und Musik. Liest ein Kind bereits, kann auch eine zweisprachige Lektüre förderlich sein.

Deshalb wurde die deutsch-französische Kinderzeitschrift *Filou – La revue franco-allemande des 8–12 ans* ins Leben gerufen. Sie orientiert sich an den Interessen von Kindern zwischen 8 und 12 Jahren, die zweisprachig aufwachsen oder im deutschen und französischen Sprachraum jeweils die Sprache des anderen Landes lernen. Erstmals erschien *Filou* in Form einer Sonderausgabe zum 40. Jahrestag des Elysée-Vertrags am 22. Januar 2003. Herausgegeben wird die Zeitschrift vom Goethe-Institut in Nancy und vom Verlagshaus Family Media; sie erscheint vier Mal im Jahr mit einem 48 Seiten starken Heft. Den Umgang mit Französisch und Deutsch kraft Anschaulichkeit und Spannung zu fördern, ist das Anliegen dieses Juniorblatts. Dabei spricht es nicht nur die Zielgruppe an, sondern macht sich auch zur Fundgrube für Lehrerinnen und Lehrer, die beide Sprachen in der Grundschule oder in bilingualen Klassen unterrichten.

Filou ist üppig mit bunten Bildern ausgestattet. Mit der Visualisierung seiner Themen Kindern und Heranwachsenden entgegenzukommen, gehört zum Konzept. Um der gesamten Altersgruppe von 8–12 Jahren etwas zu bieten, haben die Texte verschiedene Schwierigkeitsgrade und Längen. Doch keine identischen Texte, die gänzlich in die eine oder andere Zielsprache übersetzt wurden, sind vorhanden, vielmehr wechseln innerhalb der Geschichten und Berichte deutsche und französische Passagen einander ab. Angestrebt wird somit ein fröhliches Jonglieren mit beiden Sprachen.

In jeder Ausgabe gibt es ein zentrales Thema, das kann die Lebensgeschichte Mozarts sein oder Grundlageninformationen zu unserem Sonnensystem. Daneben gibt es feste Rubriken: Sport, Rätsel, Tierreich, Sachkunde und Weltwissen, zudem aktuelle Literatur-, Film-, Comic- und Musiktipps. Auch Bastelvorschläge sowie einfache Koch- und Backrezepte dürfen nicht fehlen. Darüber hinaus wird mit naturwissenschaftlichen Beobachtungen vertraut gemacht: Wie etwa schwimmt Holz in Salz- und Süßwasser und warum unterschiedlich?

Neben Dinosauriern vermögen auch Fotos von Igel, Marienkäfern und Vögeln zu beeindrucken, vor allem wenn gleichzeitig vermittelt wird, was diese Tiere essen und welche Spuren sie hinterlassen. Zahlreiche Sinnesreize bietet auch die

* Dr. phil. Cornelia Frenkel lebt als freie Autorin und Übersetzerin in Freiburg.



Landeskunde, verbunden mit Reisetipps. So wurden etwa die Burgen, Höhlen und Mühlen in der Fränkischen Schweiz vorgestellt oder der Grand Canyon du Verdon in der Provence mit seinen Wassersport-Möglichkeiten. Eingestreut sind überall pfiffige Suchbilder, Rätsel und Detektivgeschichten, zudem Sprichwörter, kleine Gedichte, Selbsttests und praktische Hinweise.

Gegen Ende eines jeden Heftes befinden sich zwei Rubriken, die dem Wunsch nach Kontakt und Austausch entgegenkommen: „Cherche correspondant“ und „Question à Marie-France“. Dort kann man die Psychologin Marie-France Schaefer befragen: Warum bin ich so schüchtern? Wie soll ich mich im Umgang mit Klassenkameraden verhalten, die arm sind und nicht an allem teilnehmen können? Warum die lästigen Hausaufgaben? Auf der Seite „Cherche correspondant“ wird jeweils das Gesuch nach einer Brieffreundschaft veröffentlicht und man kann ein Formular ausfüllen, um die eigene Suche anzumelden. Das Goethe-Institut in Nancy hilft bei der Vermittlung.

Mit ansprechenden Themen den Lerneifer und die Neugierde der Heranwachsenden zu wecken, anstatt auf Grammatik zu insistieren, ist das Ziel der Zeitschrift, die überall nützlich sein kann, wo Kinder Deutsch und Französisch lernen. Auf dem Gebiet der Lern- und Unterrichtsmittel erfinderrisch zu bleiben, ist im Übrigen äußerst wichtig. Denn momentan bezweifeln immer mehr Eltern, ob man mit Französisch schon in den ersten Klassen anfangen muss. Insbesondere entlang der deutschen Seite des Oberrheins, wo diesen Herbst erstmals Schüler ins Gymnasium kommen, die in ihrer gesamten Grundschulzeit Französisch gelernt haben. Hartnäckig ist an Elternabenden von Kindern zu hören, denen die Sprache nach vier Klassen verleidet sei. Die Qualität der ersten Französischstunden, denen es um das Sprachbad, das „Einhören“ geht, lasse zu wünschen übrig. Die Lehrerinnen und Lehrer bedienen sich der immer gleichen Lieder, es fehle an methodologischem Repertoire. Trotzdem bleibt unbestritten, dass die frühe Beschäftigung mit anderen Sprachen eine gute Basis für den späteren Erwerb weiterer Sprachen sein kann. Deshalb kämpfen auf der linken Seite der Grenzregion, im Elsass und in Lothringen, zahlreiche Vereine für die Zweisprachigkeit. Dort existieren bilinguale deutsch-französische Schulklassen, in denen der Fremdsprachenunterricht nicht von den Sachfächern getrennt ist. Der gesamte Fächerkanon darf zur Hälfte in beiden Sprachen unterrichtet werden; doch auch hier gibt es rückläufige Tendenzen.

In den ersten Ausgaben des *Filou* gab es Kästchen mit Vokabeln, nach einigen Heften fielen sie leider weg, wenn vielleicht auch nur vorübergehend, da sie die Herstellungskosten der Zeitschrift in die Höhe trieben. Dem Projekt ist weiterhin das nötige Durchhaltevermögen zu wünschen, die 14. Ausgabe ist Anfang April erschienen.

Zu einem Jahresabonnement-Preis von 20 Euro ist „Filou“ unter folgenden Adressen zu bestellen: www.goethe.de/filou und www.filoumagazin.de.

Rezensionen

Frankreich-Diskurse bei Heinrich und Klaus Mann

Chantal Simonin: Heinrich Mann et la France. Une biographie intellectuelle. Presses Universitaires du Septentrion, Villeneuve d'Asque 2005, 423 S., 21,50 Euro

Fredric Kroll / Klaus Täubert: Klaus-Mann-Schriftenreihe. Herausgegeben von Fredric Kroll. Band 4: 1933–1937. Repräsentant des Exils. Teilband II: 1935–1937. Zeichen der Volksfront. Hamburg, Männerschwarm Verlag 2006, 695 S., 72 Euro

Veit Johannes Schmidinger: Klaus Mann und Frankreich. Eine Untersuchung dieser Beziehung. Tectum Verlag, Marburg 2005, 315 S., 29,90 Euro

Ders.: „Wo freilich ich ganz daheim sein werde ...“. Klaus Mann und Frankreich. Männerschwarm Verlag, Hamburg 2006, 237 S., 19 Euro

Die Auseinandersetzung mit Frankreich nimmt im Leben und Werk von Heinrich Mann (1871–1950), seinem Bruder Thomas Mann (1875–1955) und dessen – wie ihr Vater und ihr Onkel ebenfalls schriftstellerisch und publizistisch tätigen – Söhnen Klaus Mann (1906–1949) und Golo Mann (1909–1994) breiten Raum ein. Insbesondere für Heinrich und für Klaus Mann sind ihre lebenslangen Diskurse mit Frankreich von großer Bedeutung für ihre Biographien und ihre Schriften.

Als „biographie intellectuelle“ bezeichnet die französische Germanistin Chantal Simonin ihre Untersuchung über „Heinrich Mann et la France“, die erste umfangreichere monographische französischsprachige Studie zu diesem Thema, das vor allem deutsche Germanisten und Heinrich-Mann-Forscher schon mehrmals ausführlich behandelt haben. Im Zentrum dieser älteren Studien standen entweder die vielfältigen persönlichen Beziehungen Heinrich Manns zu französischen Autoren (zum Beispiel sein umfangreicher Briefwechsel mit dem französischen Germanisten Felix

Bertaux), seine Exiljahre in Frankreich, seine zahlreichen Essays zur französischen Literatur, seine „Henri IV.“-Romane oder ganz allgemein sein Frankreichbild. Simonin, die an der Universität Lille Germanistik doziert, hat sich bereits durch mehrere einschlägige Publikationen als Heinrich-Mann-Spezialistin ausgewiesen, im Jahr 2002 gab sie unter dem Titel „L'écrivain dans son temps. Essais sur la littérature française (1780–1930)“ eine französische Übersetzung von Essays Heinrich Manns zur französischen Literatur heraus.

In ihrer erstmals auch Heinrich Manns persönliche Bibliothek französischer Autoren und Bücher zu französischen Themen mit einbeziehenden Untersuchung beschäftigt sich Chantal Simonin nun aus mehreren Blickwinkeln mit seinem Frankreich-Diskurs. Sie weist zum einen in positivistischer Manier durch einschlägige Lektüren und durch persönliche Kontakte bedingte Einflüsse französischer Autoren auf Heinrich Manns intellektuelle Entwicklung und auf sein publizistisches und schriftstellerisches Schaffen nach. Zum anderen widmet sie sich ausführlich mehreren Fällen, die ihr für seinen produktiven, das heißt in Veröffentlichungen Ausdruck findenden Frankreich-Diskurs paradigmatisch scheinen. So zum Beispiel Manns großer Zola-Essay von 1915, der den Anlass für das Zerwürfnis zwischen ihm und seinem Bruder Thomas bildete. Thomas Mann beschimpfte seinen Bruder Heinrich, der sich nicht nur in seinem Zola-Essay für die Ideale der Aufklärung, der französischen Revolution und ein gleichermaßen von Rationalität und Humanität bestimmtes Verhältnis zwischen den vermeintlichen „Erbfeinden“ Deutschland und Frankreich aussprach, in seinen deutschnationalen „Betrachtungen eines Unpolitischen“ (1918) und mehreren anderen Texten verächtlich als Beispiel eines „Zivilisationsliteraten“, der die „deutsche Kultur“ verrate. Das nicht zuletzt den unterschiedlichen Frankreichbildern geschuldete Zerwürfnis zwischen den Brüdern wurde erst gekittet, als Thomas Mann sich nach einem Umdenkprozess ostentativ zur Weimarer Republik bekannte und sich seinem mit der SPD und der KPD liebäugelnden Bruder politisch annäherte.

Weitere Bezugspunkte Heinrich Manns zu Frankreich, die Chantal Simonin in ihrer leider

nicht sehr sorgfältig lektorierten Studie, in deren Literaturverzeichnis es von Tippfehlern nur so wimmelt, untersucht, sind unter anderem die Einflüsse Paul Bourgets und Jules Michelets auf den frühen Heinrich Mann, die Dreyfus-Affäre und die im französischen Exil geschriebenen beiden Romane über den von ihm als Verkörperung der Ideale von Toleranz und Humanität portraitierten französischen König Henri IV. Eine gelungene Überblicksdarstellung ist die „Chronologie“ am Ende des Buches, in der Simonin die Biographie Heinrich Manns unter besonderer Berücksichtigung seines Frankreich-Diskurses zusammenfasst.

Zeit seines Lebens im Schatten seines berühmten Onkels und seines noch berühmteren Vaters stand Klaus Mann, Thomas Manns ältester Sohn, der sich 1949 im Alter von gerade 42 Jahren im südfranzösischen Cannes das Leben nahm und dort auch seine letzte Ruhestätte fand. Klaus Mann, so bemerkte der Literaturkritiker Marcel Reich-Ranicki einmal treffend, war ein „dreifach Geschlagener“: er war homosexuell, er war drogensüchtig, und er war der Sohn Thomas Manns. Nach dem Selbstmord schrieb sein Vater in einem Nachruf: „Wie viele Raschheiten und Leichtigkeiten seinem Werk abträglich sein mögen, ich glaube ernstlich, dass er zu den Begabtesten seiner Generation gehörte, vielleicht der Allerbegabteste war.“ Diesem Urteil schließt sich allmählich auch die Literaturwissenschaft an, die sich erst Jahrzehnte nach seinem Tod ernsthaft für das trotz seines kurzen Lebens sehr umfangreiche Werk des zunächst in deutscher und nach seiner Einbürgerung in die USA in englisch-amerikanischer Sprache schreibenden Kosmopoliten zu interessieren begann. Besondere Meriten erwarb sich hierbei der amerikanische Germanist Fredric Kroll, der 1976 den ersten Band einer von ihm herausgegebenen und maßgeblich mitverfassten „Klaus-Mann-Schriftenreihe“ vorlegte, deren sechster und letzter Band erst im letzten Jahr erschien und minutiös Klaus Manns Leben während der Jahre 1934 bis 1937 nachzeichnet. Jene Jahre also, als der engagierte Antifaschist und Exilant unter anderem die Romane „Symphonie Pathétique“ und „Mephisto“ schrieb und 1935 in Paris Schriftsteller aus aller Welt zu einem Kongress versammelte, um mit ihnen angesichts der Bedrohung durch

den europäischen Faschismus und vor allem den deutschen Nationalsozialismus über Möglichkeiten zur „Verteidigung der Kultur“ zu diskutieren.

Aus seiner Liebe zu Frankreich hat Klaus Mann nie einen Hehl gemacht. Mit der Kultur, Literatur und Sprache von Deutschlands großem Nachbarn im Westen und mit den Franzosen selbst verband Klaus Mann ein lebenslanges, sehr enges Verhältnis. Viele französische Landschaften und Orte, insbesondere die Metropole Paris waren Klaus Mann aus eigener Erfahrung von vielen Reisen her bekannt. Mit der französischen Sprache und mit der französischen Kultur und Literatur seiner Zeit war er bestens vertraut, zu vielen französischen Autoren hatte er engen persönlichen Kontakt und pflegte Freundschaften mit ihnen: Insbesondere zu Jean Cocteau, dessen Roman „Les Enfants terribles“ er 1930 unter dem Titel „Geschwister“ dramatisierte, oder zu René Crevel und vor allem André Gide, den Klaus Mann zutiefst bewunderte und verehrte und über den er 1943 im amerikanischen Exil das Buch „André Gide and the Crisis of Modern Thought“ schrieb.

Klaus Mann veröffentlichte außerdem unzählige Zeitungsartikel und Essays zu französischen Themen. Und auch in seinen vielfach autobiographisch gefärbten Romanen, Erzählungen und Dramen sowie erst recht in seinen autobiographischen Schriften sind Erfahrungen mit Frankreich beziehungsweise mit Franzosen oft entweder direkt greifbar oder spielen zumindest als Subtext eine Rolle, wie der junge Germanist Veit Johannes Schmidinger jetzt in gleich zwei Büchern schlüssig nachweist. 2005 legte der 1972 geborene Schmidinger unter dem Titel „Klaus Mann und Frankreich. Eine Untersuchung dieser Beziehung“ beim Tectum Verlag die Buchfassung seiner an der Universität München eingereichten Dissertation vor. Im Herbst 2006 veröffentlichte er beim auf homosexuelle Literatur spezialisierten Männerschwarm Verlag mit dem umfangreichen Essay „Wo freilich ich ganz daheim sein werde ...“. Klaus Mann und Frankreich“ eine populärwissenschaftliche, vor allem auf einen ausführlichen Anmerkungsapparat verzichtende Bearbeitung seiner Dissertation. Das Thema „Klaus Mann und Frankreich“ dürfte mit Schmidingers auch bislang unveröffentlichte Archiv-Materialien berücksichtigen-

den beiden Büchern erschöpfend behandelt sein. Zumal der Autor, der seine Untersuchungen ausdrücklich auch als Beitrag zur homosexuellen Literatur- und Kulturwissenschaft verstanden wissen will, nicht nur Klaus Manns Frankreich-Diskurs unter die Lupe nimmt, sondern sich auch mit der Rezeption des Autors in Frankreich beschäftigt.

Es wäre sicher eine lohnenswerte Aufgabe für die Germanistik, die Zeitgeschichtsforschung und die deutsch-französische Komparatistik, die Frankreich-Diskurse von Heinrich, Thomas, Klaus und Golo Mann einmal ausführlich miteinander zu vergleichen. Einzelstudien zum Verhältnis von Thomas, Heinrich und Klaus Mann zu Frankreich, zu ihrem Frankreichbild und zu ihrer Rezeption in Frankreich liegen bereits vor, für Golo Mann und seine historischen, publizistischen und autobiographischen Schriften mit Frankreichbezug stehen solche Untersuchungen noch aus. Signalwirkung für weitere Forschungen könnten die vorgestellten Neuerscheinungen und ein längst überfälliges wissenschaftliches Kolloquium über „Die Familie Mann und Frankreich“ haben. Interessierte Teilnehmer und Beiträger für ein solches Kolloquium gäbe es gewiss zu Genüge.

Horst Schmidt

Ein Blick hinter die Kulisse

Christian Feit: Fussnoten zu unserer Geschichte 1920–2001 – Ein etwas anderes Buch. Books on Demand 2006, 247 Seiten, 28,80 Euro.

Diese Aufzeichnungen über ein sich über drei Jahrzehnte hinziehendes Diplomatenleben enthalten keine mehr oder weniger sensationellen Enthüllungen. Der Verfasser will, wie schon sein Buchtitel andeutet, nur einen Beitrag zum besseren Verständnis des diplomatischen Alltags leisten. Im Mittelpunkt steht seine Tätigkeit als Leiter der politischen Abteilung der Deutschen Botschaft in Paris während einer der Schlüsselperioden der deutsch-französischen Zusammenarbeit von 1969 bis 1974. Er erlebte dabei nicht nur Höhenflüge, sondern auch allerlei Reibungen, meis-

tens bedingt durch menschliche Empfindlichkeiten und Kleingeist. Die in historischer Perspektive schließlich erzielten Fortschritte sind in nicht geringem Maße das Ergebnis der nicht immer leichten und nicht unbedingt befriedigenden Kleinarbeit der diplomatischen Handwerker. Christian Feit liefert in diesem Sinne einen nützlichen Beitrag zur Geschichte unserer Zeit und insbesondere der deutsch-französischen Beziehungen.

Er widmet sich dieser Aufgabe bescheiden, ohne seine Person ins Rampenlicht zu rücken. Während seiner gesamten Karriere bewahrt er inneren Abstand gegenüber jeglichem Kastengeist und dem noch in vielen Ländern anzutreffenden diplomatischen Dünkel. Gewiss, seine „Fußnoten“ sind von dem verständlichen Wunsch inspiriert, seinen notwendigerweise bescheidenen Beitrag zur europäischen Entwicklung in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts für das große Buch der Zeitgeschichte festzuhalten, aber er präsentiert sich selbst wohl bewusst viel mehr als Beobachter und Chronist, denn als Akteur.

Es handelt sich um ein sehr persönliches Buch. Der Autor vermittelt ein Bild der Welt gewissermaßen durch seine eigene Brille. Er berichtet über seine persönlichen Eindrücke, mehr oder weniger aus subjektiver Sicht, und verspricht kein abwägendes Urteil des Historikers. Sein ungnädig hartes Urteil über den früheren Außenminister Hans-Dietrich Genscher verdient daher, mit etwas Skepsis registriert zu werden, ebenso wie seine sehr positiven Worte über Sigismund von Braun, den langjährigen deutschen Botschafter in Paris, dessen Taktlosigkeiten wiederholt ein gewisses Ärgernis ausgelöst hatten. Man hätte auch gerne etwas erfahren über das Nichtverhältnis zwischen Willy Brandt als Außenminister und Bundeskanzler und dem französischen Staatschef Georges Pompidou, der intern über die geistige Armut seiner Gespräche mit dem deutschen Partner klagte. Etwas weniger diplomatische Diskretion hätte dem Bericht Christian Feits gutgetan. Man kann ihm aber nicht übelnehmen, dass es ihm offenbar schwer gefallen ist, über die Schranken seines stets um Vertraulichkeit bemühten Charakters zu springen.

Alfred Frisch

Paradigmenwechsel im Kultur- und Kunsttransfer

Martin Schieder: Im Blick des Anderen. Die deutsch-französischen Kunstbeziehungen 1945–1959. Deutsch-französische Kunstbeziehungen. Kritik und Vermittlung, Band 12. Passagen / Passages, Deutsches Forum für Kunstgeschichte / Centre Allemand d'Histoire de l'Art. Akademie Verlag, Berlin 2005, 499 S., 49,80 Euro

„Und ich sah zum ersten Mal Galerien mit zeitgenössischer Kunst, von Malern, die nur wenig älter waren als ich. Ich lief durch die Straßen wie ein Kind, das zum ersten Mal in der Spielzeugabteilung eines großen Warenhauses sich befindet und aus dem Staunen nicht herauskommt über all das Wunderbare, das es da zu sehen gibt“ (S. 241) erinnert sich der Maler Winfried Gaul anlässlich seines „Bilderrauses“ in Paris, das von den meisten deutschen Künstlern nach dem Ende des zweiten Weltkrieges als Mekka der internationalen Avantgarde wahrgenommen, aber auch idealisiert wurde.

Mehr als 50 Jahre später mögen diese Blickwinkel in Zeiten des internationalisierten, ökonomisierten und unter dem „Guggenheim“-Effekt stehenden Kunst(metropolen)-Marktes verwundern, da sich die europäischen Grenzen zumindest hier längst verwischt haben und gerade auch französische Kunstinstitutionen wie der Louvre und das Centre Pompidou jüngst und nicht unumstritten mit außereuropäischen Expansionsstrategien liebäugeln, um ihr „Label“ ästhetisierend und gewinnbringend auf dem Weltmarkt zu platzieren. Staatliche Kunstinstitutionen, Galerien und Künstler bewegen sich dementsprechend längst wie Nomaden grenzenlos durch die Welt, um sich an den wechselnden Standorten mit unterschiedlichen Strategien in Szene zu setzen.

Umso interessanter erscheint Schieders im Rahmen des deutschen Forums für Kunstgeschichte in Paris entstandene Studie, in der er den Leser zu deutschen und französischen Schauplätzen zurückführt, um den Neubeginn der Kunstbeziehungen beider Länder fast jenseits ökonomischer Fragen detailliert zu vermessen.

Der Autor operiert dabei methodisch im Sinne der von Michel Espagne und Michael Werner vorangetriebenen interkulturellen Transferforschung, indem er „Im Blick des Anderen“ die doppelte Ebene der Fremd- und Selbstwahrnehmung untersucht. Er lenkt das Interesse auf die Frage, inwieweit die jeweilige Fremdwahrnehmung im Dienste der Selbstbetrachtung steht beziehungsweise mit der Selbstbetrachtung nicht auch Abgrenzungsmechanismen verbunden sind, die zur Projektion eines Anti-Bildes des Gegenüber führen und somit stereotype Deutungsmuster fort-schreiben.

Schieders Ergebnisse verblüffen: „Das Klassische und das Romantische, die Form und das Geistige, das Ideale und das Autonome, Tradition und Erneuerung – in vielem folgte die deutsch-französische Kunstrezeption nach 1945 den alten Interpretationsmodellen der Kunstgeschichte, der ewigen ‚Querelle des anciens et des modernes‘“ (S. 327), wobei sich durch die schnell wachsende Internationalisierung, Paris wird Mitte der 1950er Jahre von New York als Kunstmetropole abgelöst, erst zu Beginn der 1960er Jahre die nationalen Perzeptionsmuster verflüchtigen.

Damit setzen sich die mit Abstraktionsästhetiken (Tachismus) operierenden deutschen Maler wie Schumacher, Sonderberg, Thieler und Götz (Quadriga-Gruppe) zu einem Zeitpunkt künstlerisch durch, wo der Stern der Ecole de Paris (abstraction géométrique, abstraction lyrique, tachisme) zu verlöschen beginnt und Galeristen wie Daniel Cordier oder Pierre Wilhelm und Manfred de la Motte (Galerie 22) ihr Glück in Deutschland versuchen, um dort französische und deutsche Künstler wie Wols, Dubuffet, Michaux, Ponge, Schultze, Hoehme, Götz auszustellen. Der Erfolg der aufsteigenden Künstlergruppierungen wie „ZEN49“, die „Gruppe 52“ oder der „Junge Westen“ belegt zudem signifikant, dass die deutschen Künstler die Moderne überwunden haben, auf internationales Interesse stoßen und keineswegs als „Filiale“ der Ecole de Paris zu verstehen sind und auch die Aufmerksamkeit ihrer amerikanischen Kollegen wie Pollock, Riopelle, Rothko, Francis, de Kooning und Kelly erlangen, die es zunehmend nach Europa zieht. Spätestens 1959 lässt sich dementsprechend auf der von den ame-

rikanischen Künstlern dominierten zweiten *documenta* in Kassel ein ästhetischer 'turn' feststellen, der die europäischen Grenziehungen der Kunstlandschaft folgenreich öffnet. Schieder setzt hier, wie der Kunsthistoriker und ehemalige Leiter des Centre Pompidou Werner Spiess im Vorwort bemerkt, konsequent eine Zäsur.

In Form von direkten Werkvergleichen lenkt er immer wieder das Interesse auf die Frage, wo das „Fremde wirkt und das Eigene beginnt“ und unterstreicht die Forderung nach spezifischen Einzelanalysen, welche die ästhetischen Schnitträume der deutschen und französischen Kunstgeschichte aufgrund der Internationalisierung und des Formenpluralismus noch stärker gewichten. Grundsätzlich plädiert er aber auch für eine Fokussierung der Träger des interkulturellen Austausches, der, so ein weiteres Ergebnis, vor allem auch von privaten Vermittlern geleistet wurde, die somit als das „eigentliche Gerüst“ beziehungsweise als „Unterbau der transnationalen Kulturkontakte“ (S. 91) zu verstehen sind und deren Engagement und Einfluss bis heute zu wenig Aufmerksamkeit erfahren. Hierzu zählt Schieder neben (privaten) Ausstellungsmachern insbesondere auch Kunsthistoriker, -kritiker und Sammler, die sich in ehrgeizigen und idealistischen Projekten für den deutsch-französischen Kunsttransfer einsetzten, nach 1945 zuerst überraschend schnell für eine Kontinuität der kulturellen und künstlerischen Beziehungen durch Anknüpfungen an die Zeit vor 1933 sorgten, um schließlich gemeinsam die im Zeichen der Freiheit stehende und den Nationalismus endgültig überwindende abstrakte klassische Moderne ästhetisch voranzutreiben.

Die Lektüre fällt aufgrund der oftmals springenden zahlreichen Schauplätze und der Vielzahl der Protagonisten, die grenzüberschreitende Netzwerke knüpfen, nicht immer leicht aus. Sie fasziniert jedoch in dem Sinne, dass es dem Autor gelingt, in verdichteten Spiegelungen glückliche sowie tragische Schicksale der einzelnen „Grenzgänger“ zu analysieren, die in der „Fremde“ fremd bleiben oder dort Fuß fassen, die sich in beiden Ländern künstlerisch durchsetzen können (Hans Hartung) oder wie Francis Bott bei dem Versuch, in die alte Heimat als „Allemand de l'Extérieur“ zurückzukehren künstlerisch „draußen vor der

Türe“ bleiben, damit zwischen zwei Ländern stehen und unter ästhetisch divergierende Bewertungsmaßstäbe fallen.

Der Kunstkritiker Will Grohmann, der als Auslandskorrespondent für die von Christian Zervos 1926 gegründete und damals einflussreichste Kunstzeitschrift *Cahiers d'Art* arbeitet, unterstreicht in einem Brief an Willi Baumeister das wieder gestiegene Bewusstsein der Verständigungsnotwendigkeit: „Alle diese Publikationen haben nur einen Sinn, wenn sie gleichzeitig das Ausland interessieren“ (S. 134). Die für die Exil- und Transferforschung höchst interessante deutsch-jüdische Kunsthistorikerin und -kritikerin Herta Wescher (1899–1971), die 1957 zu den Gründungsmitgliedern des Freien Deutschen Künstlerbundes gehört, schafft dagegen mit der von ihr ab 1955 ins Leben gerufenen *Avantgarde-Zeitschrift Cimaires* eine deutsch-französische Plattform für informelle abstrakte Ausdruckformen und versteht sich damit speziell als „Anwältin“ der emigrierten Künstler, deren eigene Kultur sie für die fremde Kultur empfänglich machen möchte.

Auf französischer Seite hebt Schieder vor allem den kosmopolitischen surrealistischen Dichter, Maler und Kunstschriftsteller Edouard Jaguer hervor, der nicht nur als Redakteur für *CoBra* schreibt, sondern auch zu einer wahren französisch-deutschen Künstleranlaufstelle in Paris wird und die Rixes- beziehungsweise Phases-Gruppe mitbegründet. Zur etwa gleichen Zeit konzipiert er durch die erste französische Übersetzung von Kandinskys „Über das Geistige in der Kunst“ bekannt gewordene Kunsthändler René Drouin (1905–1979) im Cercle Volney die Ausstellung „Peintures et sculptures non-figuratives en Allemagne d'aujourd'hui“, welche Schieder als eine der Schlüsselereignisse in der Geschichte der deutsch-französischen Kunstbeziehungen im 20. Jahrhundert bewertet und damit im Gegensatz zu Werner Haftmann, der im selben Jahr die erste *documenta* in Kassel leitete, wirklich zeitgenössische Kunstformen aus beiden Ländern miteinander konfrontierte.

Der Weg stellte sich jedoch trotz der schnell aufgetretenen Kontinuität im deutsch-französischen Kunsttransfer wiederholt als steinig dar, was Schieder im ersten Teil („Kunst und Politik“) de-

tailreich illustriert. Entgegen bisherigen Ansätzen verlegt er die „Stunde Null“ in den Beginn der 1950er Jahre und skizziert das geistige Klima unmittelbar nach Kriegsende in Deutschland: „Kulturpolitik und ästhetischer Diskurs kreisten um sich selbst oder um die Rehabilitierung der in der Zeit des Nationalsozialismus verfeimten Moderne. Eine emotional und ideologisch ausgerichtete Debatte über den angeblichen Verlust der Mitte, über die Gegenständlichkeit und Abstraktion sowie über das Menschenbild der Zeit lähmte Kreativität und Innovation“ (S. 238). Kunst, so Schieder weiter, spielte als „Instrument der moralischen Reorientierung“ und zum „Wiederaufbau einer demokratischen Gesellschaft“ im französischen Sektor eine außergewöhnliche Rolle, wobei ein Paradigmenwechsel und damit die künstlerische „Stunde Null“ zunächst auf sich warten ließ. Herrschte nach 1945 aus der Sicht der „grande nation“ das Prinzip des „rayonnement culturel“ vor, indem Frankreich im Zuge der Entnazifizierung auf die „rééducation“, die „diffusion de la pensée française“ und die „propagation de la langue française“ setzt und damit das „Dominationsprinzip“ der „civilisation française“ gegenüber Deutschland im Vordergrund steht, so wächst schrittweise die Einsicht, dass eine wirkliche Wiederannäherung beider Länder nur über den Weg der Integration beziehungsweise eines bilateralen Kulturtransfers jenseits des Unilateralismus zu erreichen ist.

War die deutsche Bevölkerung durch französische Ausstellungsprojekte zunächst wieder an die klassische Moderne herangeführt worden, die ganz im Zeichen französischer Künstler des Impressionismus, des Pointilismus, Fauvismus und Kubismus als Nationalkultur inszeniert wurde, erhalten nun einerseits deutsche Museen eine größere Autonomie, um im eigenen Land deutsche Künstler wie Hartung, Beckmann, Dix, Kirchner, Nay, Hofer etc. auszustellen. Andererseits kommt es im Zuge der Internationalisierung 1948 zur Aufhebung des Ausstellungsverbotes deutscher Künstler in Frankreich, wobei der erste Pariser Generalkonsul unter der Regierung Adenauer, Wilhelm Hausenstein – der zudem gelernter Kunsthistoriker war – eine zentrale Vermittlerrolle einnimmt. 1949 werden in Freiburg erstmalig

wieder ein französischer und deutscher Künstler (Fernand Léger, Paul Klee) gemeinsam präsentiert. Weitere folgenreiche Schritte folgen kurz darauf gleich dreifach in Paris, wo „Les Primitifs Allemands“, „Les Chefs d'œuvre des musées de Berlin“ und „Impressionistes et romantiques français dans les musées allemandes“ gezeigt werden, wobei insbesondere das zuletzt genannte Projekt die deutsche Wertschätzung gegenüber der französischen Kunst zum Ausdruck bringt und die Notwendigkeit unterstreichen soll, im Prozess der Verständigung gerade auch Kulturgüter der anderen Nation zu sammeln.

Damit leisten die aufgeführten und eine Vielzahl weiterer Ausstellungen einen entscheidenden Beitrag, die Betonung des Trennenden sowie die nationale Ausrichtung des ästhetischen Diskurses (Leitkultur) im Frankreich der Nachkriegszeit zu überwinden. Der Beginn, so das zentrale Ergebnis der Untersuchung, stand jedoch ganz im Zeichen der Kontinuität, die einen radikalen Neubeginn der deutsch-französischen Kunstbeziehungen und somit auch aus deutscher Sicht eine künstlerische „Stunde Null“ verhinderte, da jeweils zunächst „fortgesetzt wurde, was unterbrochen worden war“ und somit auf „kulturmorphologische Perzeptionsmuster und nationale Abgrenzungsbeziehungsweise Vereinnahmungsdiskurse der Zeit vor 1933/1939“ (S. 378) zurückgegriffen wurde.

Auf den ersten Seiten des Buches weist Schieder auf eine bis heute folgenreiche französisch-deutsche Transaktion hin: Raymond Schmittlein überreichte in einem feierlichen Akt am 20. Oktober 1948 als Chef der Division de l'Education Publique im Freiburger Institut Français der Karlsruher Kunsthalle eine Graphikensammlung mit Werken unter anderem von Chagall, Braque, Gris, Matisse, Masson, Léger und Picasso und erhielt als Gegenschenkung von deutscher Seite ein Bild von Willy Baumeister, welches für das Musée National d'Art Moderne in Paris bestimmt war. „Jour heureux“, so der kurzfristig umbenannte Titel des Werkes, verschwand jedoch alsbald im Depot des französischen Museums, in dem es bis heute auf den glücklichen Tag seiner Hängung wartet, was diesem nicht nur als symbolische Geste zu wünschen wäre.

Stefan Tigges

Interregionalität – nein danke?

Annette Kliever: Unterricht entgrenzen – Interregionale Ansätze in Pfalz und Elsass. Landauer Schriften zur Kommunikations- und Kulturwissenschaft. Knecht Verlag, Landau 2005, 184 S., 14,80 Euro

„Wenig Deutsch an Schulen im Elsass“, so titelte die *Stuttgarter Zeitung* vom 24. Oktober 2006 und zitierte den Bürgermeister von Ingersheim, Gérard Cronenberger: „Die Zweisprachigkeit ist auf dem Rückzug, als wäre Deutsch immer noch die Sprache des Feindes“. Auf der anderen Seite des Rheins sieht es nicht viel besser aus. „Wachsender Widerstand gegen Französisch“ (*Reutlinger Generalanzeiger*, 17.1.2007), „Französisch? Bitte nicht!“ (*Süddeutsche Zeitung*, 5.2.2007), das sind Schlagzeilen aus den letzten Wochen, die den erbitterten Widerstand der Eltern gegen Französisch als erste Fremdsprache an Gymnasien der Rheinschiene formulieren. Von „verordneter Freundschaft“ ist die Rede, denn, nachdem seit 2003 Französisch in der Grundschule Pflicht ist, soll nun auch an Gymnasien in Klasse 5 ausschließlich Französisch gelehrt werden, und dagegen wehren sich die Eltern vehement. Schon allein diese wenigen Artikel zeigen, wie prekär die Situation in der Grenzregion immer noch ist.

In diesem Zusammenhang ist ein Buch aktuell, das sich mit grenzüberschreitender Kommunikation als Aufgabe der Schule befasst. Zentrum und Ausgangspunkt der Untersuchung von Annette Kliever ist eine Umfrage an grenznahen Schulen in der Südpfalz und im nördlichen Elsass. Befragt wurden 158 Schüler der 10. Klasse in Deutschland und 109 Schüler der Seconde in Frankreich. Zum Vergleich wurde der Fragebogen auch 116 Erwachsenen, meist Eltern von Schülern, vorgelegt. Die Fragen bezogen sich auf die Einstellung der Jugendlichen beziehungsweise Erwachsenen zu ihrer Region, zum Nachbarn jenseits der Grenze, zu Fremdsprachenkenntnissen und zum Dialekt. Wie steht es mit der Suche nach der eigenen Identität und der Abgrenzung gegenüber dem Anderen? Hat die Öffnung der Grenzen zu einer Destabilisierung des Selbstbildes geführt, und welche Rolle spielt die europäische Einigung? Das heraus-

zufinden war Ziel der Befragung, denn aufgrund der Ergebnisse sollte für die deutschen grenznahen Schulen ein didaktisches Konzept erstellt werden. Aus den Ergebnissen der Umfrage entwickelt die Autorin „Acht Thesen zur regionalen Identität von Jugendlichen in der Region“, aus denen sie im dritten Teil des Buches acht Thesen für den Unterricht ableitet. Um es gleich vorwegzunehmen: Die Ergebnisse der Befragung sind durchweg negativ, oder zumindest negativ interpretiert.

Zusammengefasst ergibt sich etwa folgendes Bild: Eine Kommunikation über die Rheingrenze hinweg ist kaum möglich, weil man die Sprache des Nachbarn gar nicht oder unzureichend beherrscht – das ist jedenfalls die Selbsteinschätzung der Befragten. Erschwerend kommt hinzu, dass auch der (germanische) Dialekt im Elsass zurückgeht. Das hat sich gegenüber der vorigen Generation deutlich verschlechtert. Auch die Kontakte zum Nachbarland, die Besuche, sind stark zurückgegangen („eher selten“ bis „selten“). Auf die Frage, ob sie sich vorstellen könnten, in Frankreich beziehungsweise in Deutschland zu leben, antwortete die überwiegende Mehrheit auf beiden Seiten mit „nein, niemals“. Auch hier lagen die Werte bei den Erwachsenen etwas besser. Das ist ein erstaunliches Ergebnis, denn eine Umfrage, die die Verfasserin dieser Rezension selbst bei Deutschen und Franzosen gemacht hat (allerdings nicht im Grenzgebiet) brachte jüngst ganz andere Ergebnisse.¹ Offenbar sind die Vorbehalte in den Grenzregionen größer als in den anderen Landesteilen. Das Wissen über die eigene Region ist gering, eine grenzüberschreitende regionale Identität existiert kaum. In der Regel fühlen sich die Jugendlichen dem Nationalen eher verpflichtet als dem Regionalen. Auf die Frage, ob sie sich eher als Bewohner der PAMINA-Region (Pfalz, Mittlerer Oberrhein, Nordelsass), als Pfälzer/Elsässer, als Deutsche/Franzosen, als Europäer oder als Weltbürger (S. 53) fühlen, antworteten die meisten, sie fühlten sich am ehesten als Franzosen, beziehungsweise Deutsche. Bei den Elsässern ist der Stolz auf die nationale Identität noch deutlicher zu spüren als bei den Pfälzern. Erstere gaben aber auch an, sich als Europäer zu fühlen, während die pfälzischen Schüler gegenüber der EU und dem Euro sehr kritisch eingestellt sind.

Interessant ist die Tatsache, dass viele Befragte eine Antwort auf die Frage nach Stereotypen verweigerten. Dabei sollten sie Elsässern, Pfälzern, Franzosen und Deutschen je drei aus zehn vorgegebenen Begriffen zuordnen. Dass dieses Vorgehen problematisch ist, thematisiert die Autorin selbst. Auch hier stellt sie fest, dass bei denen, die sich doch zu einer Antwort durchgerungen hatten, in der Fremd- und Selbstbeschreibung nationale, nicht regionale Stereotypen genannt werden.

Es gibt, so lautet das Fazit Kliewers, kein grenzüberschreitendes Zusammengehörigkeitsgefühl. Die Zusammenarbeit beschränkt sich auf politische und wirtschaftliche Bereiche. Eine Öffnung der Grenze auf emotionaler Ebene sei, so ihre These, Aufgabe der Schulen auf beiden Seiten. Die didaktischen Konsequenzen ergeben sich fast zwangsläufig aus den aus der Umfrage gewonnenen Erkenntnissen: Förderung der Kommunikationsfähigkeit, Auseinandersetzung mit der Region in Geschichte und Gegenwart, Sensibilisierung für eine Kultur der Vielfalt, Unterstützung der Jugendlichen bei der Herausbildung ihrer regionalen und nationalen Identität, Erziehung zur Europakompetenz.

Bevor sie sich den Unterrichtsbeispielen zuwendet, widmet die Autorin ein kurzes Kapitel den möglichen Methoden. So sollen die Schülerinnen und Schüler lernen, Eigenes und Fremdes stärker wahrzunehmen, „Alphabetisierung der Sinne“ nennt sie das. Sie sollen produktorientiert arbeiten, verschiedene Medien und außerschulische Lernorte sollen berücksichtigt werden. Vor allem letzteres ist natürlich speziell im Fall der Rheinschiene sinnvoll, denn vom Kino bis zu Gedenkstätten sind die kulturellen Manifestationen des Nachbarn leicht erreichbar.

Bei der Umsetzung ihrer Thesen in konkrete Unterrichtsvorschläge betont Kliewer, wie wichtig es ist, zu erkennen, dass nicht nur die Fremdsprachen für die Entwicklung grenzüberschreitender Kommunikation zuständig sind. An 15 mehr oder weniger ausgearbeiteten Unterrichtsvorschlägen

von verschiedenen Lehrern zeigt sie, dass sich nahezu alle Schulfächer beteiligen können. Diese Beispiele machen deutlich, dass es nicht an engagierten Lehrern und interessanten Projekten fehlt. Die Schwierigkeiten liegen also offenbar nicht am guten Willen der Schulen, sondern am Widerstand der Betroffenen. Es hat an Bemühungen diesseits und jenseits des Rheins in den letzten Jahren nicht gefehlt: Einführung der Sprache des Nachbarn in der Grundschule, bilinguale Züge und bilingualer Sach-Fachunterricht. Im Elsass gibt es im Collège das Fach „Enseignement de Culture Régionale“; da es freiwillig ist, wird es jedoch kaum gewählt. Was also tun, wenn die Schüler die Angebote nicht annehmen? Die Antwort der Autorin ist klar: „Wenn didaktische Planung allein auf der Basis des Lustprinzips beruhte, dann wäre nicht nur das Thema ‘Interregionalität’ entbehrlich. Es befände sich in guter Gesellschaft mit den Themen ‘NS-Vergangenheitsbewältigung’ oder ‘Geschlechterdifferenzierung’, die SchülerInnen und auch LehrerInnen ebenso wenig vermissen.“ (S. 77). Gerade die geringe Akzeptanz, so meint sie, zeige, wie notwendig das Thema ist. Ob aber eine Festschreibung im Lehrplan die richtige Lösung ist, sei dahingestellt.

In der Untersuchung scheint insgesamt eine gewisse Diskrepanz zu herrschen zwischen den doch als geglückt beschriebenen Unterrichtseinheiten und den schlechten Ergebnissen der Umfrage. An den Schulen scheint es demnach nicht zu liegen. Doch es handelt sich bei der Interregionalität um ein hochpolitisches Thema, das die Bevölkerung auch außerhalb der Schulen bewegt. Hier wäre zu fragen: Wie konnte es dazu kommen, dass die Eltern, die angeben, die Sprache des Nachbarn zu beherrschen und Kontakte jenseits des Rheins zu pflegen, nun für ihre Kinder Französisch als erste Fremdsprache ablehnen, und wie kommt es, dass diese Kinder so wenig Interesse am Nachbarland zu haben scheinen? Warum hat sich die Situation so stark verändert? Aber das wäre Thema eines anderen Buches.

Renate Overbeck

1 Renate Overbeck / Gabriele Padberg: Regards croisés. Was Deutsche und Franzosen voneinander denken und wissen. In: *Dokumente* 2/2006, S. 51. Auf die Frage, ob sie sich vorstellen könnten, für längere Zeit im anderen Land zu leben, antworteten hier 50 Prozent der Deutschen und 33 Prozent der Franzosen mit „ja“.

„Je serai le Président de tous les Français“

Rede von Nicolas Sarkozy, Paris, 6. Mai 2007¹

Nicolas Sarkozy, von den französischen Wählern mit 53 Prozent der Stimmen zum künftigen Staatspräsidenten gewählt, sprach am Abend des 2. Wahlgangs der Präsidentschaftswahlen 2007 in der Salle Gaveau in Paris zu seinen Anhängern. Wir veröffentlichen seine Rede in voller Länge.

„Meine lieben Landsleute, wenn ich mich heute abend an Sie wende, in diesem Moment der, wie jeder verstehen wird, außergewöhnlich im Leben eines Mannes ist, empfinde ich große Emotionen.

Ich empfinde seit meiner frühen Jugend den unsagbaren Stolz, einer großen, alten und schönen Nation anzugehören: Frankreich. Ich liebe Frankreich, so wie man uns teure Menschen liebt, die uns alles gegeben haben. Nun bin ich an der Reihe, ihm alles zu geben.

Heute abend sind meine Gedanken bei den Millionen von Franzosen, die mir heute ihr Vertrauen ausgesprochen haben. Ich will ihnen sagen, dass sie mir die größte Ehre erwiesen haben, die in meinen Augen darin besteht, mich für würdig zu befinden, die Geschicke Frankreichs zu leiten.

Meine Gedanken sind bei all denen, die mich in diesem Wahlkampf begleitet haben. Ich will ihnen meinen Dank und meine Zuneigung ausdrücken.

Meine Gedanken sind bei Madame Royal. Ich will ihr sagen, dass ich Respekt für sie und ihre Ideen empfinde, in denen sich so viele Franzosen wiedergefunden haben.

Meine Gedanken sind bei all den Franzosen, die nicht für mich gestimmt haben. Ich will ihnen sagen, dass es jenseits der politischen Debatte, jenseits der Meinungsunterschiede für mich nur ein Frankreich gibt.

Ich will ihnen sagen, dass ich der Präsident aller Franzosen sein werde, dass ich für jeden unter ihnen sprechen werde. Ich will ihnen sagen, dass dies heute abend nicht der Sieg eines Frankreichs gegen ein anderes Frankreich ist. Es gibt für mich

heute abend nur einen einzigen Sieg, den der Demokratie, den der Werte, die uns vereinen, den des Ideals, das uns zusammenführt. Mein vorrangiges Ziel wird es sein, alles zu tun, damit die Franzosen stets Lust haben, miteinander zu sprechen, sich zu verstehen, zusammen zu arbeiten.

Das französische Volk hat seine Meinung zum Ausdruck gebracht. Es hat entschieden, mit den Ideen, den Gewohnheiten und den Verhaltensweisen der Vergangenheit zu brechen. Ich will die Arbeit rehabilitieren, die Autorität, die Moral, den Respekt, die Leistung. Ich will der Nation und der nationalen Identität wieder zur Ehre verhelfen. Ich will den Franzosen den Stolz zurückgeben, Franzose zu sein. Ich will die Reue beenden, die eine Form des Selbsthasses ist, und die Konkurrenz der Erinnerungen, die den Hass auf andere nährt.

Das französische Volk hat den Wandel gewählt. Diesen Wandel werde ich in die Tat umsetzen, weil das das Mandat ist, das ich vom Volk erhalten habe und weil Frankreich diesen Wandel braucht. Aber ich werde dies mit allen Franzosen gemeinsam tun. Ich werde dies in einem Geist der Einheit und der Brüderlichkeit tun. Ich werde dies tun, ohne dass jemand sich ausgeschlossen oder außer Acht gelassen fühlt. Ich werde dies tun mit dem Willen, dass jeder seinen Platz in unserer Republik finden kann, dass jeder sich in ihr anerkannt und in seiner Bürger- und Menschenwürde respektiert fühlt. Alle jene, die am Leben zerbrochen sind, die das Leben abgenutzt hat, sollen wissen, dass sie nicht sich selbst überlassen werden, dass ihnen geholfen wird, dass sie unterstützt werden.

¹ „Intervention de Nicolas Sarkozy, élu président de la République française, Salle Gaveau, second tour de l'élection présidentielle, 6 mai 2007.“ Quelle: Union pour un Mouvement Populaire, veröffentlicht am 7.5.2007 unter http://www.u-m-p.org/site/index.php/ump/s_informer/discours. Übersetzung: Silke Stammer.

Diejenigen, die das Gefühl haben, dass Sie sich, ganz gleich, was Sie tun, nicht aus ihrer Lage befreien können, sollen sicher sein, dass sie nicht beiseite gelassen werden und dass sie die gleichen Chancen wie die anderen haben werden.

Ich rufe alle Franzosen auf, jenseits ihrer Parteien, ihrer Überzeugungen, ihrer Herkunft, sich mir anzuschließen, damit Frankreich wieder in Bewegung kommt.

Ich rufe jeden dazu auf, sich nicht in der Intoleranz und dem Sektierertum einschließen zu lassen, sondern sich den anderen gegenüber zu öffnen, denen, die unterschiedliche Ideen haben, denen, die andere Überzeugungen haben.

Ich will einen Appell an unsere europäischen Partner richten, an die unser Schicksal geknüpft ist, um ihnen zu sagen, dass ich mein ganzes Leben lang Europäer gewesen bin, dass ich an die europäische Einigung glaube, und dass heute Abend Frankreich zurück in Europa ist. Aber ich bitte sie inständig, die Stimme der Bevölkerungen zu hören, die geschützt werden wollen. Ich bitte sie, für die Wut der Bevölkerungen nicht taub zu sein, die die Europäische Union nicht als Schutz, sondern als trojanisches Pferd sämtlicher Bedrohungen wahrnehmen, die die Veränderungen in der Welt mit sich bringen.

Ich will einen Appell an unsere amerikanischen Freunde richten, um ihnen zu sagen, dass sie auf unsere Freundschaft zählen können, die in den Tragödien der Geschichte, denen wir gemeinsam gegenübergetreten sind, geschmiedet wurde. Ich will ihnen sagen, dass Frankreich immer an ihrer Seite sein wird, wenn Sie es brauchen werden. Aber ich will ihnen auch sagen, dass Freundschaft bedeutet, zu akzeptieren, dass die eigenen Freunde anders denken können, und dass eine große Nation wie die Vereinigten Staaten die Pflicht hat, dem Kampf

gegen den Klimawandel nicht im Wege zu stehen, sondern im Gegenteil diesen Kampf anzuführen, denn die Zukunft der gesamten Menschheit steht auf dem Spiel.

Ich will einen Appell an die Bevölkerungen des Mittelmeerraumes richten, um ihnen zu sagen, dass sich im Mittelmeerraum alles entscheidet, und dass wir jede Art von Hass überwinden müssen, um einen großen Traum von Frieden und Zivilisation an seine Stelle treten zu lassen. Ich will ihnen sagen, dass die Zeit gekommen ist, gemeinsam eine Mittelmeer-Union aufzubauen, die das Bindeglied zwischen Europa und Afrika sein wird.

Ich will an alle Afrikaner einen brüderlichen Appell richten, um ihnen zu sagen, dass wir ihnen helfen wollen, Krankheit, Hunger und Armut zu besiegen und in Frieden zu leben. Ich will ihnen sagen, dass wir gemeinsam über eine kontrollierte Integrationspolitik und über eine ehrgeizige Entwicklungspolitik entscheiden werden.

Ich will einen Appell an all jene richten, die in der Welt an die Werte der Toleranz, der Freiheit, der Demokratie und des Humanismus glauben, an all jene, die von Tyranneien und Diktaturen verfolgt werden, an alle Kinder und an alle Frauen, die in dieser Welt leiden, um ihnen zu sagen, dass Frankreich an ihrer Seite steht, dass sie auf es zählen können.

Meine lieben Landsleute, wir werden gemeinsam ein neues Kapitel unserer Geschichte schreiben. Ich bin sicher, dass es groß und schön sein wird, und aus tiefstem Herzen sage ich Ihnen:

Es lebe die Republik!

Es lebe Frankreich!"

Chronologie

März/ April*

März

2.3. In einem Interview mit *Le Monde* kündigt der zentristische Präsidentschaftskandidat François Bayrou (UDF) für den Fall seiner Wahl die Bildung einer Regierung der nationalen Einheit an, deren Mitglieder die verschiedenen „Sensibilitäten“ des Landes repräsentieren sollen. Noch vor den Wahlen zur Nationalversammlung im Juni wolle er zudem eine „große demokratische Partei“ gründen.

3.3. Die sozialistische Präsidentschaftskandidatin Ségolène Royal (PS) gibt bekannt, dass sie das Verteidigungsbudget, das derzeit bei zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) liegt, für den Fall ihres Wahlsieges aufrechterhalten werde. Sie betont die Bedeutung der nuklearen Abschreckung als Garant der Freiheit der Franzosen und spricht sich für eine Verbesserung der europäischen Verteidigung sowohl im operationellen wie auch im Forschungsbereich aus. Sie werde sich dafür einsetzen, dass sich die NATO nicht zu einer Art „Weltpolizei“ entwickle und die UNO zu ersetzen versuche.

5.3. Premierminister Dominique de Villepin erklärt, dass der französische Staat bereit sei, sich an einer Kapitalerhöhung bei der Muttergesellschaft EADS des Flugzeugherstellers Airbus zu beteiligen. Am Vortag hatte sich bereits Präsidentschaftskandidatin Ségolène Royal für eine stärkere Beteiligung des Staates an EADS ausgesprochen. Auch der konservative Präsidentschaftskandidat Nicolas Sarkozy (UMP) unterstützt diese Idee, nachdem er sich wenige Tage zuvor noch kritisch zu Eingriffen des Staates in die Managementaufgaben eines Unternehmens geäußert hatte. Die beiden Großaktionäre Lagardère und DaimlerChrysler, die 29,95 beziehungsweise 22,47 Prozent des Kapitals halten, wollen sich künftig auf ihre Kerngeschäfte Medien und Autos konzentrieren.

5.3. Im Fernsehsender France 3 kündigt Präsidentschaftskandidat Nicolas Sarkozy an, dass er sich dafür einsetzen wer-

de, dass der Vorsitzende des rechtsextremen Front National, Jean-Marie Le Pen, und der Trotzlist Olivier Besancenot bei der Wahl um das Amt des Präsidenten antreten können. Beide haben die für eine Kandidatur notwendigen 500 Unterschriften von Mandatsträgern bisher noch nicht beisammen. Valérie Pécresse, Sprecherin der UMP, hatte bereits zuvor von einer „demokratischen Notwendigkeit“ gesprochen, dass alle Kandidaten bei der Wahl antreten können.

6.3. Die Präsidentschaftskandidatin Ségolène Royal trifft in Berlin mit Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) zusammen. Im Mittelpunkt ihres Gesprächs steht die Krise des Flugzeugbauers Airbus, der vor kurzem den Abbau von insgesamt 10 000 Stellen – darunter 4 300 in Frankreich und 3 700 in Deutschland – angekündigt hatte. Nach dem Gespräch betont Royal, dass Europa seine Luftfahrtsparte verteidigen müsse. Sie sei sich mit Angela Merkel einig, dass der Ausbau der Forschung in diesem Bereich von besonderer Bedeutung sei. Beide Politikerinnen sähen zudem die Notwendigkeit einer europäischen Industriepolitik, so Royal.

7.3. Der aus dem Chirac-Lager stammende UMP-Abgeordnete Patrick Ollier wird zum neuen Präsidenten der Nationalversammlung gewählt. Er tritt damit die Nachfolge von Jean-Louis Debré (UMP) an, der von Staatspräsident Chirac zum Präsidenten des Verfassungsrats ernannt worden war.

7.3. Der Aufsichtsratsvorsitzende des französischen Einzelhandelskonzerns Carrefour, Luc Vandeveld, tritt zurück. Kurz zuvor hatten der Vorstandsvorsitzende des Luxusgüterkonzerns LVMH, Bernard Arnault, und der US-Fonds Colony Capital überraschend bekannt gegeben, dass sie 9,1 Prozent der Aktien von Carrefour erworben haben. Nachfolger des scheidenden Aufsichtsratsvorsitzenden Vandeveld wird ein Mitglied der Carrefour-Gründerfamilie, Robert Halley. Die Familie Halley verfügt über 13 Prozent der Aktien und rund 20 Prozent der Stimmrechte.

* Zusammengestellt vom Programm Frankreich / deutsch-französische Beziehungen der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP), Berlin.

9.3. Die von dem konservativen Präsidentschaftskandidaten Nicolas Sarkozy am Tag zuvor in France 2 für den Fall seines Wahlsieges angekündigte Errichtung eines „Ministeriums für Einwanderung und nationale Identität“ stößt auf heftige Kritik von Seiten der linken Parteien und der Zentristen. Der Vorsitzende der Sozialisten, François Hollande, erkennt in dem Vorschlag des amtierenden Innenministers eine starke Annäherung an die Thesen des rechtsextremen Front National.

11.3. In einer Fernsehansprache erklärt Staatspräsident Jacques Chirac, dass er nach seiner zwölfjährigen Amtszeit bei den Präsidentschaftswahlen im April nicht mehr kandidieren werde. Laut Chirac sei der Moment gekommen, Frankreich „anders zu dienen“. Bereits im Januar hatte Chiracs Partei UMP ihren Vorsitzenden Nicolas Sarkozy zum Kandidaten des bürgerlichen Lagers ernannt. Ob Sarkozy bei den Präsidentschaftswahlen mit der Unterstützung Chiracs rechnen kann, bleibt weiterhin offen.

11.3. Zwei Jahre nach dem gescheiterten EU-Referendum geben 71 Prozent der befragten Franzosen in einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts CSA an, sie seien stolz, Europäer zu sein. Die überzeugtesten Europäer sind demnach die jungen Franzosen unter 25 Jahren sowie die leitenden Angestellten. Zurückhaltender äußern sich vor allem Landwirte und kleine Händler. 91 Prozent aller Befragten geben an, sie seien stolz, Franzosen zu sein.

15.3. Vier Jahre nachdem Dominique de Villepin sich als Außenminister im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen gegen einen Irak-Krieg ausgesprochen hatte, trifft er in New York mit dem neuen UN-Generalsekretär Ban Ki-Moon zusammen. Im Mittelpunkt der Gespräche steht die französische Beteiligung an internationalen Militäreinsätzen. Sowohl im linken als auch im rechten französischen Parteienlager waren in der letzten Zeit Forderungen aufgekommen, über eine Veringering der französischen Auslandseinsätze nachzudenken.

15.3. Nach einer Bauzeit von fünf Jahren wird die neue TGV-Eisenbahnstrecke zwischen Paris und Straßburg eröffnet. Reisende können die Strecke ab dem 10. Juni nutzen. Die Fahrzeit von Paris nach Straßburg wird dann nur noch 2 Stunden und 20 Minuten betragen. Der Streckenabschnitt von Paris nach Straßburg ist die erste Etappe der geplanten europäischen Hochgeschwindigkeitstrasse von Paris nach Budapest, die bis zum Jahr 2020 fertig gestellt werden soll.

15.3. Im ersten französischen Sterbehilfeprozess wird die wegen Giftmords angeklagte Ärztin Laurence Tramois vom Schwurgericht in Périgueux zu einer einjährigen Bewährungsstrafe verurteilt. Die mitangeklagte Krankenschwester Chantal Chanel wird freigesprochen. Tramois und Chanel hatten im Jahr 2003 einer an Krebs erkrankten Patientin auf deren Wunsch Medikamente verabreicht und ihr so – nach französischem Recht auf illegale Weise – beim Sterben geholfen. Begleitet worden war der Prozess von zahlreichen Demonstrationen von Ärzten und Krankenschwestern, die die Zulassung der aktiven Sterbehilfe in Frankreich fordern.

16.3. Nach fünfwöchiger Gefangenschaft wird der in Nigeria entführte Franzose Gérard Laporal freigelassen. Der für den französischen Ölkonzern Total arbeitende Laporal war Anfang Februar von einer nigerianischen Gruppe gefangen genommen worden. Es war das erste Mal, dass ein Franzose in der Region verschleppt worden war.

18.3. Präsidentschaftskandidatin Ségolène Royal (PS) spricht sich vor 4 000 Mandatsträgern ihrer Partei für eine VI. Republik aus, über die sie die Franzosen in einem Volksbegehren entscheiden lassen wolle. Die neue Republik solle, so Royal, auf einer parlamentarischen, sozialen, partizipativen und territorialen Demokratie basieren. Neben dem Ende der Mandatshäufungen kündigt sie für den Fall ihrer Wahl weitere Schritte in der Dezentralisierung an. Genauere Angaben zu einer möglichen Reform der Institutionen macht sie jedoch nicht. Der zentristische Präsidentschaftskandidat François Bayrou hatte sich bereits im Vorfeld für eine neue Verfassung ausgesprochen.

18.–20.3. Der thüringische Ministerpräsident Dieter Althaus ist zu Besuch in der französischen Partnerregion Picardie. Im Zentrum der Konsultationen mit dem Regionalpräsidenten Claude Gewerc steht die Unterzeichnung einer Gemeinsamen Erklärung, in der beide Politiker den Ausbau ihrer Kooperation in den Bereichen Wirtschaft, Forschung, Bildung und Tourismus vereinbaren.

19.3. Im Rahmen ihrer Asienreise trifft Verteidigungsministerin Michèle Alliot-Marie in Peking zu Gesprächen mit dem chinesischen Präsidenten Hu Jintao und dem chinesischen Verteidigungsminister, General Cao Gangchuan, zusammen. Sie fordert die chinesische Regierung auf, die für 2007 angekündigte Erhöhung des Verteidigungsbudgets um 17,8 Prozent auf insgesamt 45 Milliarden US-Dollar genauer zu beleuchten. Eine größere Transparenz in diesem Bereich würde, so Alliot-Marie, die internationalen Partner beruhigen

und mögliche Zweifel über die Verwendung der zusätzlichen Militärausgaben beseitigen. Bereits im Jahr 2006 waren Chinas Ausgaben für das Militär um 14,6 Prozent gestiegen. Neben den Vereinigten Staaten hatten vor allem Japan und Indien Befürchtungen angesichts des steigenden chinesischen Verteidigungsbudgets geäußert.

19.3. Der Verfassungsrat veröffentlicht die Liste der offiziellen Kandidaten für die französischen Präsidentschaftswahlen. Neben den Favoriten Nicolas Sarkozy (UMP), Ségolène Royal (PS) und François Bayrou (UDF) haben neun weitere Kandidaten die Voraussetzungen für eine Teilnahme an den Wahlen Ende April erfüllt. Dazu gehören der Vorsitzende des rechts-extremen Front National, Jean-Marie Le Pen, der nationalkonservative Philippe de Villiers (MPF), die Trotzlisten Olivier Besancenot (LCR) und Arlette Laguiller (LO), die Kommunistin Marie-George Buffet (PCF), der Globalisierungsgegner José Bové und die Kandidatin der Grünen, Dominique Voynet.

21.3. Der Vorstandsvorsitzende des französischen Ölkonzerns Total, Christophe de Margerie, wird wegen Korruptionsverdacht von der französischen Justiz vernommen. Er steht unter dem Verdacht, im Jahr 1997 Entscheidungsträger in Iran mit Schmiergeldzahlungen bestochen zu haben, um sich die Nutzung eines iranischen Gasfeldes zu sichern. De Margerie war zu dem Zeitpunkt bei Total für das Geschäft im Mittleren Osten zuständig. Neben dem Vorstandsvorsitzenden werden der Total-Finanzvorstand Castaigne und der Chef des Gasgeschäftes Boisseau verhört. Gegen de Margerie läuft bereits ein Untersuchungsverfahren im Zusammenhang mit dem „Öl-für-Lebensmittel-Programm“ und der Umgehung des von den Vereinten Nationen festgeschriebenen Embargos gegen den Irak.

26.3. Präsidentschaftskandidat Nicolas Sarkozy (UMP) tritt von seinem Amt als Innenminister zurück, um sich ausschließlich dem Präsidentschaftswahlkampf widmen zu können. Ebenso verlässt der bisherige Gesundheitsminister und Wahlkampfesprecher Sarkozys, Xavier Bertrand (UMP), die Regierung. François Baroin (UMP), der bis dato das Amt des Ministers für die französischen Überseegebiete innehatte, tritt Sarkozys Nachfolge im Innenministerium an. Xavier Bertrand wird als Gesundheitsminister durch den UMP-Abgeordneten Hervé Mariton ersetzt.

27.3. In der Pariser Gare du Nord kommt es nach der Festnahme eines Schwarzfahrers zu mehrstündigen Ausschreitungen zwischen einigen Hundert Jugendlichen und der Polizei.

Nach Angaben der Polizei habe der Schwarzfahrer zwei Kontrolleure geschlagen. Daraufhin sei die Situation eskaliert. Zwei Mitarbeiter der Verkehrsbetriebe werden bei den Zusammenstößen verletzt, mindestens sieben Personen werden festgenommen. Ségolène Royal kritisiert daraufhin die Arbeit der Regierung, die das Thema Sicherheit bereits 2002 ins Zentrum des Wahlkampfes gestellt hatte. Sie unterstreicht, dass Nicolas Sarkozy, der bis zum Vortag noch das Amt des Innenministers innehatte, auf „ganzer Linie versagt“ habe. Ebenso äußert François Bayrou Kritik an der Politik der UMP, warnt aber zugleich vor einer zu „laxen“ Vorgehensweise der Sozialisten im Bereich der Sicherheit.

30.3. In einer von *Le Figaro* in Auftrag gegebenen Umfrage sind 39 Prozent der befragten Franzosen der Meinung, dass es mit einem Präsidenten Sarkozy weniger gewaltsame Ausschreitungen geben würde. 19 Prozent trauen dies einem Präsidenten Bayrou zu. Ségolène Royal erhält in diesem Zusammenhang lediglich das Vertrauen von 17 Prozent der Befragten. 38 Prozent gehen davon aus, dass der Vorsitzende des rechtsextremen Front National, Jean-Marie Le Pen, als Präsident zu einer Verringerung der gewaltsamen Vorfälle beitragen würde.

2.–3.4. Der Außenminister der neu gebildeten palästinensischen Einheitsregierung, Ziad Abou Amr, trifft in Paris zu Gesprächen mit seinem französischen Amtskollegen Philippe Douste-Blazy und Premierminister de Villepin zusammen. Er wolle mit seinem Besuch, so Ziad Abou Amr, Missverständnisse über die palästinensische Position aufklären und hoffe, dass die Europäische Union in Zukunft mit der gesamten Einheitsregierung in Palästina zusammenarbeiten werde. Die EU-Außenminister hatten zuvor Zusammenkünften zwischen Vertretern der EU-Mitgliedstaaten mit palästinensischen Regierungsmitgliedern nur unter der Voraussetzung zugestimmt, dass diese nicht der radikalen Hamas angehörten.

3.4. Der französische Hochgeschwindigkeitszug TGV bricht auf der neu gebauten Trasse von Metz nach Paris mit einer Geschwindigkeit von 574,7 km/h den Weltrekord für die jemals erreichte Geschwindigkeit eines schienenbetriebenen Zuges und erhält damit einen Eintrag in das Guinnessbuch der Rekorde.

5.4. Beim Aufprall eines Regionalzuges auf einen Prellbock in der Pariser Gare de l'Est verletzen sich 71 Fahrgäste, die meisten von ihnen leicht. Unklar ist noch, ob der Unfall auf einen technischen Defekt oder einen Fehler des Lokführers zurückzuführen ist.

5.4. Der französische Luxusgüterkonzern PPR, zu dem unter anderem die Marken Gucci und Yves-Saint-Laurent gehören, unterbreitet den Aktionären des deutschen Sportartikelherstellers Puma ein freundliches Übernahmeangebot von 330 Euro pro Aktie und einem Gesamtwert von 5,3 Milliarden Euro. PPR hatte zuvor bereits 27 Prozent der Puma-Anteile erworben. Puma ist hinter Nike und Adidas weltweit das drittgrößte Unternehmen auf dem Sportartikelmarkt.

11.4. Der umstrittene Bau des von Siemens und Framatome entwickelten Nuklearreaktors EPR („European Pressurized Reactor“) wird durch die Veröffentlichung eines Dekrets im *Journal officiel* genehmigt. Den Bau dieses ersten auf Wasserdruck basierenden Reaktors der dritten Generation im nordfranzösischen Flamanville, in der Nähe der Wiederaufbereitungsanlage La Hague, übernimmt der Stromkonzern EDF. Die Inbetriebnahme des Reaktors ist für das Jahr 2012 geplant, weitere Kraftwerke könnten ab 2015 gebaut werden. Die damit zunächst besiegelte Fortführung der französischen Kernenergiepolitik stößt vor allem bei Umweltschützern auf scharfe Kritik.

11.4. Einen Tag nach den Terroranschlägen einer aus dem Maghreb stammenden Unterorganisation der terroristischen Vereinigung Al-Quida in Algier lässt der französische Innenminister François Baroin im Hinblick auf die näher rücken den Präsidentschaftswahlen die Sicherheitskontrollen im Umkreis der Wahlkampfzentralen und Veranstaltungsorte des Wahlkampfes noch einmal verstärken. Bereits eine Woche zuvor hatte er auf die gestiegene Terrorgefahr hingewiesen. Bei den Anschlägen in Algerien waren 33 Menschen ums Leben gekommen.

11.4. Mit dem Heranrücken der Wahlen verschärft sich der Ton zwischen den Kandidaten im rechten Lager. So bezeichnet der Vorsitzende des rechtsextremen Front National, Jean-Marie Le Pen, seinen bürgerlichen Konkurrenten Nicolas Sarkozy öffentlich als einen der Anführer des „politischen Gesindels“. Sarkozy hatte bereits zuvor für den Fall eines Wahlsieges die Einbindung des Front National in die Regierungsbildung ausgeschlossen. Laut einer in *Le Figaro* veröffentlichten Umfrage des Meinungsforschungsinstituts TNS-Sofres erhielt Sarkozy im ersten Wahlgang 30 Prozent der Stimmen, gefolgt von Royal mit 26 Prozent. Der zentristische Kandidat Bayrou könnte mit 17 Prozent den dritten Platz vor dem rechtsextremen Le Pen mit 12 Prozent behaupten.

19.4. Präsidentschaftskandidatin Ségolène Royal erhält bei ihrem letzten öffentlichen Auftritt vor den Wahlen in Toulouse die Unterstützung des spanischen Ministerpräsidenten Zapatero. In ihrer Rede kritisiert Royal ihren konservativen Mitstreiter Sarkozy für seine „unverantwortlichen Äußerungen“ über das „Rätsel des Holocaust“, mit denen er Deutschland und die deutsch-französische Freundschaft beleidigt habe. Sarkozy hatte seit Ende März mehrmals öffentlich betont, dass Frankreich sich daran erinnern müsse, dass es keinen Völkermord begangen und die Endlösung nicht erfunden habe, nicht alle Franzosen während des Krieges Pétain-Anhänger gewesen seien und es die Helden der Résistance gegeben habe.

22.4. Aus dem ersten Wahlgang der französischen Präsidentschaftswahlen geht der konservative Präsidentschaftskandidat Nicolas Sarkozy mit 31,2 Prozent der Stimmen als Sieger hervor. Neben ihm kann sich die sozialistische Kandidatin Ségolène Royal mit 25,9 Prozent der Stimmen für den am 6. Mai stattfindenden zweiten Wahlgang qualifizieren. Der Zentrist François Bayrou erhält 18,6 Prozent der Stimmen und belegt damit Platz drei vor dem Vorsitzenden des rechtsextremen Front National, Jean-Marie Le Pen (10,4 Prozent). Die anderen Kandidaten bekommen mit Ausnahme des Trotzlisten Olivier Besancenot (4,1 Prozent) und des nationalkonservativen Philippe de Villiers (2,2 Prozent) weniger als 2 Prozent der Stimmen. Bemerkenswert an diesem ersten Wahlgang ist – insbesondere im Vergleich zu 2002 – die sehr hohe Wahlbeteiligung, die knapp unter 85 Prozent liegt.

25.4. Bei einer Pressekonferenz in Paris gibt der im ersten Wahlgang unterlegene François Bayrou bekannt, dass er für den zweiten Wahlgang keine Wahlempfehlung zugunsten Ségolène Royals oder Nicolas Sarkozys abgeben werde. Seine Kritik an den beiden Präsidentschaftskandidaten gilt vor allem Sarkozy, dessen Nähe zur Geschäftswelt und den Medien er für bedenklich halte. Bayrou wiederholt seine Absicht, noch vor den Wahlen zur Nationalversammlung eine große demokratische Partei zu gründen.

26.4. Der Automobilkonzern PSA Peugeot Citrofin kündigt für das laufende Jahr den Abbau von 4 800 Stellen an. Nach Angaben des Autoherstellers soll es nicht zu Entlassungen oder Werksschließungen kommen. Vielmehr werde auf das freiwillige Ausscheiden von Mitarbeitern gesetzt. Zudem sollen in Rente gehende Mitarbeiter nicht mehr ersetzt werden. Bereits im Herbst 2006 hatte der Vorgänger von Konzernchef Christian Streiff, Jean-Martin Folz, den Abbau von 10 000 Stellen angekündigt. 7 000 Stellen sind seitdem schon gestrichen

worden. Mit dem zusätzlichen Abbau wird das Ziel der 10 000 Stellen nun überschritten. PSA begründet den Stellenabbau mit dem fallenden Absatz und dem hohen Kostendruck. Insgesamt beschäftigt PSA knapp 210 000 Menschen, rund 126 000 davon in Frankreich.

28.4. Die für den zweiten Wahlgang qualifizierte sozialistische Präsidentschaftskandidatin Ségolène Royal und der im ersten Wahlgang unterlegene Zentrist François Bayrou treffen in einer von den Sendern BFM TV und RMC organisierten fast zweistündigen Fernsehdebatte aufeinander. Neben Gemeinsamkeiten in Bezug auf die Reform der Institutionen werden auch klare Unterschiede zwischen den Programmen der beiden Politiker deutlich, insbesondere in Wirtschaftsfragen, in denen die Sozialisten dem Staat traditionell eine größere Rolle zuschreiben als die liberalen Zentristen. Im Vorfeld der Debatte hatten sowohl Royal als auch Bayrou den konservativen Präsidentschaftskandidaten Nicolas Sarkozy beschuldigt, Druck auf die Medien ausgeübt zu haben, um ihr Aufeinandertreffen im Fernsehen zu verhindern. Sarkozy, der die gegen ihn erhobenen Vorwürfe entschieden zurückweist, kritisiert die wahltaktische Annäherung zwischen Royal und Bayrou.

28.4. Nach dreiwöchiger Gefangenschaft wird die in Afghanistan festgehaltene Französin Céline Cordelier freigelassen.

Cordelier, die für die Nichtregierungsorganisation „Terre d'enfance“ in Afghanistan arbeitet, war Anfang April von Taliban-Kämpfern entführt worden. Ihr französischer Arbeitskollege Eric Damfreville sowie drei ebenfalls für die Hilfsorganisation arbeitende Afghanen befinden sich weiterhin in den Händen der Taliban. Als Gegenleistung für die Freilassung ihrer Geiseln fordern die Taliban den Abzug der französischen Truppen aus Afghanistan. Die Freilassung von Céline Cordelier wird als Reaktion auf die Äußerungen des französischen Außenministers Douste-Blazy interpretiert, der am Tag zuvor einen möglichen Rückzug der französischen Truppen aus Afghanistan in Aussicht gestellt hatte.

29.4. Der ehemalige Premierminister Alain Juppé (UMP) und der Vorsitzende der Sozialistischen Partei, François Hollande, verdeutlichen in der Fernsehsendung „Grand Jury – RTL – Le Monde – LCI“ ihre unterschiedlichen Ansichten im Bereich Wirtschaft und Soziales und verteidigen die Programme ihrer Präsidentschaftskandidaten. Während Juppé betont, dass mehr Arbeit zu einem größeren Wirtschaftswachstum führe, unterstreicht Hollande, dass nur dann mehr gearbeitet werden könne, wenn es ein größeres Wachstum gäbe. Nach Ansicht von Hollande müsse vor allem die Nachfrage der Haushalte gestärkt werden. Er kritisiert die von Nicolas Sarkozy für den Fall seiner Wahl angekündigten Steuersenkungen.



actuel

3/07

**Bulletin der Vereinigung Deutsch-Französischer Gesellschaften in
Deutschland und Frankreich e.V. (VDFG) in Zusammenarbeit mit der
Fédération des Associations Franco-Allemandes pour l'Europe (FAFA)**

**50 Jahre Partnerschaft Rheinland-Pfalz /
Burgund, Dijon 1.–4. März 2007**

Wolfgang Linckelmann

**François Rebsamen, Bürgermeister von
Dijon, zur Eröffnung**

**50ème anniversaire du jumelage
Bourgogne / Rhénanie-Palatinat**

Stefan Kordasch, Deutsche Botschaft

Herausgeber:

VDFG, Schillerstr. 11,

D-55116 Mainz

Tel.: (0 61 31) 22 65 32

Fax: (0 61 31) 23 29 25

Internet: www.vdfg.de

50 Jahre DFG

Ravensburg-Weingarten e.V.

Hans Peter Gindele

V.i.S.P./Redaktionsanschrift:

Dr. Wolfgang Linckelmann

Platanenweg 4,

D-53619 Rheinbreitbach

Tel.: (0 22 24) 35 68

Fax: (0 22 24) 7 86 13

E-Mail: wf.linckelmann@t-online.de

50 Jahre Partnerschaft Rheinland-Pfalz / Burgund

Dijon 1.–4. März 2007

Wolfgang Linckelmann*

Es gibt sicher keine zweite regionale Partnerschaft zwischen Deutschland und Frankreich und darüber hinaus in Europa, die so aktiv und mit prallem Leben gefüllt ist wie die Partnerschaft Rheinland-Pfalz / Burgund. Zu Recht hatten die Veranstalter ihre Jubiläumsveranstaltung zum 50-jährigen Bestehen vom 1.–4. März 2007 in Dijon unter das Motto gestellt „eine Partnerschaft fürs Leben im Herzen Europas“. Um über die Teilnehmer aus Burgund und Rheinland-Pfalz einen größeren Kreis von Interessierten an den Erfahrungen dieser exemplarischen Arbeit teilhaben zu lassen, waren Vertreter der FAFA und der VDFG zu den Feierlichkeiten sowie einem gleichzeitig stattfindenden Forum der deutsch-französischen Zivilgesellschaft eingeladen, in dem die Partnerschafts-Akteure beider Seiten ausführlich zu Wort kamen.

Auf den Empfängen des Bürgermeisters von Dijon, François Rebsamen, des Präsidenten des Regionalrates von Burgund, François Patriat und des Präsidenten des Generalrates der Côte d'Or, eines der vier Departements der Region Burgund, Louis de Broissia wurde das hohe Lied der regionalen Freundschaft und Zusammenarbeit gesungen und den Vätern dieser Partnerschaft gedacht. Darüber hinaus wurden einzelne Mitglieder für ihre besonderen Verdienste mit der Veleihung der eigens gechaffenden Jubiläumsmedallie gewürdigt. In diesem Rahmen wurden eine Reihe bemerkenswerter Reden gehalten, darunter von Bürgermeister Rebsamen und dem Vertreter der deutschen Botschaft in Paris Stefan Kordasch.

Zu den Höhepunkten der Feierlichkeiten gehörte ein Gala-Abend im Schloss Clos de Vougeot, einem besonder Ort burgundischer Wein- sowie kulinarischer Kultur, und zum Abschluss ein gemeinsames Pontifikalamt im Dom von Dijon mit dem Bischof von Dijon und dem Weihbischof von Mainz, das mit dem Austausch der Osterkerzen endete.

Die Partnerschaft Rheinland-Pfalz / Burgund zeichnet sich in dreifacher Hinsicht besonders aus:

1. Sie wird getragen von dem politischen Willen aller politisch Verantwortlichen auf beiden Seiten, namentlich von den jeweiligen Ministerpräsidenten und Landtagspräsidenten auf rheinland-pfälzischer Seite und den jeweiligen Präsidenten des Regionalrates und der vier Generalräte auf burgundischer Seite, sowie dem besonderen Engagement der Partnerschaftsvereine und ihrer Vorsitzenden (zur Zeit Christoph Grimm auf deutscher und Maurice Thieffent mit dem Ehrenvorsitzenden General Jean-Louis Brette auf französischer Seite).

2. Eine großzügige Förderung des Regionalrates von Burgund einerseits und des Landtages Rheinland-Pfalz andererseits erlaubt es, eine für eine Regionalpartnerschaft einmalige Infrastruktur, nämlich das Haus Burgund in Mainz und das Maison Rhénanie-Palatinat in Dijon zu erhalten zur effizienten Koordinierung und Durchführung von deutsch-französischen Wochen, Kultur- und Jugendaustausch einschließlich der Förderung der Partnersprache (in Dijon neben Sprachkursen und dem DeutschMobil auch die originelle Ver-

* Wolfgang Linckelmann ist Präsident der DFG Bonn und Rhein-Sieg und Vizepräsident der VDFG.

anstellung eines „train pour l'Allemand“ mit acht Haltepunkten in den vier Departements), Vorträgen, Wirtschaftsmessen, zur Vermittlung von Praktika (seit 1998 wurden insgesamt 818 Praktikanten zu meist mehrmonatigen Aufenthalten nach Burgund beziehungsweise Rheinland-Pfalz vermittelt und gefördert) und Unterstützung neuer Kommunalpartnerschaften (jährlich 2–3) sowie vieler Projekte der Zusammenarbeit. Das Maison Rhénanie-Palatinat in Dijon wird zur Zeit von dem Deutschen Till Meyer geleitet, der zugleich Honorarkonsul ist.

3. Eine ungewöhnliche Dichte lebendiger Partnerschaften zwischen Kommunen (zur Zeit 145), mehr als 15 Vereinen auf allen Ebenen, insbesondere dem Landessportbund Rheinland-Pfalz und den burgundischen Sportvereinen, zwischen den Industrie- und Handelskammern, den Hand-

werkskammern, zwischen allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen und Hochschulen, insbesondere der Universität Mainz und der Universität in Dijon mit mehreren binationalen integrierten Studiengängen, die zu einem in beiden Ländern anerkannten Abschluss führen.

Bemerkenswert ist, dass die beiden Partnerschaftsverbände Burgund und Rheinland-Pfalz über ihre bilaterale Zusammenarbeit hinaus inzwischen in einer formell besiegelten Vierer-Allianz mit der polnischen Woiwodschaft Oppeln und der tschechischen Region Nord-Böhmen eine Vierer-Partnerschaft ins Leben gerufen haben und zum Beispiel auch polnische und tschechische Jugendliche in ihren Praktikantenaustausch einbeziehen. Man darf gespannt sein, wie sich dieser europäische Verbund weiterentwickelt.

François Rebsamen, Maire de Dijon, à l'ouverture des journées du 50ème anniversaire du partenariat Bourgogne / Rhénanie-Palatinat

Après avoir souhaité la bienvenue à Dijon à l'importante délégation allemande et les personnalités présentes il continue: „Nous sommes réunis pour sceller de nouveau une histoire d'amitié qui dure depuis 1957. Depuis 50 ans, la Bourgogne entretient des relations privilégiées avec le Land de Rhénanie-Palatinat. Un jumelage entre régions, unique par sa durée et son intensité, qui reflète l'amitié entre nos deux pays.

'Plus jamais ça!'. Les jumelages sont nés de cette volonté. Parce qu'au lendemain des années noires, alors que la seconde guerre mondiale n'était plus que ruines, une poignée d'hommes prit conscience de cette nécessité toujours réaffirmée et jeta les bases de la réconciliation. Ainsi les années 50 virent la floraison des jumelages: entre communes,

grandes ou petites, entre provinces. Ce furent autant de liens tissés pour la paix, autant de petites pierres posées pour la construction de l'Europe. De tous ces jumelages, bien peu ont survécu aux vicissitudes du temps, s'étiolant souvent au fil de quelques échanges vite réduits à quelques visites de courtoisie.

C'est l'une des grandes particularités du jumelage de Bourgogne-Rhénanie-Palatinat que d'avoir réussi à surmonter ces difficultés et, grâce notamment aux comités de jumelage de localités et aux groupements départementaux qui le soutiennent puissamment, d'avoir magnifié l'amitié de part et d'autre du Rhin. Un travail de 50 ans! Ces 50 ans de jumelage, ce sont 50 ans de rapports de plus en plus étroits entre la Bourgogne et le Palatinat, en-

tre Dijon et Mayence qui ont fait de ce rapprochement un des jumelages les plus exemplaires en Europe.

Ce sont également 50 années qui ont marqué la renaissance et le développement de l'Europe dont l'amitié franco-allemande constitue la pierre angulaire. En 50 années, la réconciliation franco-allemande a été une histoire exemplaire. Surmontant les obstacles et les hésitations, la coopération entre nos deux pays est devenue une réalité chaque jour plus dense. Et en 50 années, chaque étape décisive en Europe a été franchie grâce à cette force motrice que constituent l'Allemagne et la France. Ces deux pays ont en effet une responsabilité particulière qui tient à l'action des Pères fondateurs de l'Europe, Jean Monnet et Robert Schuman, et à l'entente créée par le général de Gaulle et le chancelier Adenauer (Traité de l'Élysée du 22 janvier 1963).

Les problèmes que rencontrent nos sociétés, les défis qu'elles doivent affronter ne pourront être résolus que par une grande détermination et une forte volonté collective. Aujourd'hui, cette Europe, plus riche de sa diversité mais aussi plus hétérogène, aura besoin plus que jamais du moteur franco-allemand. Ce vaste ensemble de 450 millions d'habitants sera confronté à des risques et des défis pour sa cohésion et pour son équilibre. Il devra se trouver un centre de gravité. Et plus que jamais nos deux pays doivent être, dans l'Union, bien davantage que deux simples partenaires. La voix du couple franco-allemand doit s'élever pour proposer, pour innover, pour ouvrir un chemin à cette nouvelle Europe.

Comment ne pas avoir une pensée reconnaissante pour les précurseurs de ce jumelage unique qui ont scellé les premières pierres d'une amitié profonde et durable. Je pense au docteur Peter Altmeier, fondateur en septembre 1956 du 'Freundschaftskreis Rheinland-Pfalz / Burgund' (dénommé aujourd'hui 'Partnerschaftsverband Rheinland-Pfalz / Burgund' que préside M. Christoph Grimm). Sa création donna par la suite naissance en février 1957 à l'Amicale Bourgogne Rhénanie-Palatinat' fondée par le Chanoine Kir qui est devenue 'Union pour la coopération Bourgogne Rhénanie-Palatinat' qui préside M. Maurice Thieffenat. Comment ne pas citer les inlassables

acteurs du resserrement des liens entre nos deux régions que furent Max Schröder, Camille Pelletret, Michel Marty, le docteur Volkert et plus près de nous l'ancien président de l'Amicale le général Brette et son actuel président M. Maurice Thieffenat?

Aujourd'hui, nous leur rendons hommage. Nous mesurons le chemin parcouru. Et vous voulez, sur leur exemple, aller plus loin, élargir le périmètre des jumelages à d'autres partenaires européens, si possible polonais ou tchèques, la construction européenne se réalisant aussi sur le terrain dans la société civile.

Il n'existe entre aucun Land et aucune région française un réseau aussi dense de partenariats dynamiques qu'entre la Bourgogne et le Rhénanie-Palatinat. Je voudrais exprimer ma gratitude aux membres des comités de jumelage et des quatre groupements départementaux. Ce sont eux qui, en marge des manifestations officielles, font vivre au quotidien nos jumelages. Rien ne serait possible sans le dévouement de leurs bénévoles qui, par leur motivation et leur enthousiasme, contribuent pleinement à rendre plus forts, plus authentiques et plus vivants les liens qui existent au niveau des communes, au plan départemental et au plan régional. Les contacts réguliers entre écoles, universités, chambres consulaires, associations, donnent à chaque citoyen de Rhénanie-Palatinat et de Bourgogne la possibilité d'apprendre la langue du voisin, de connaître sa culture.

Depuis 1994 est organisé le seul concours de lecture en langue allemande qui a vu cette année la participation de 56 collèges. Depuis 1995, un séminaire annuel des écoles primaires de Bourgogne et de Rhénanie-Palatinat a lieu en deux sessions en partenariat avec le Rectorat. Depuis 1997, un forum annuel 'jeunes' rassemble des jeunes des deux régions, alternativement en Bourgogne et en Rhénanie-Palatinat. Les 2/3 des échanges scolaires bourguignons se font avec L'Allemagne et à 2/3 en Rhénanie-Palatinat.

Ce jumelage jusqu'à ce jour, n'a jamais arrêté de fleurir et de se développer tant sur le plan officiel que sur le plan amical en sport, comme en culture, dans les établissements scolaires, universitaires, les associations, les organismes socio-professionnels, les chambres consulaires.

L'Europe ne doit pas être une abstraction: c'est le rapprochement des peuples dans la vie quotidienne qui fera naître une Europe des citoyens. La construction européenne ne peut en effet se limiter à une simple zone de libre-échange. Il faut qu'elle affecte de façon perceptible ce que les habitants d'une même cité ont en commun. Pour faire progresser la conscience de l'identité européenne, il ne suffit pas d'intensifier les échanges humains. Il faut aussi que l'Europe s'incarne dans les projets, des événements et des créations qui sont autant de symboles.

La réussite d'un jumelage, ne dépend pas uniquement, tant s'en faut, de liens protocolaires et formels, mais bien d'une volonté commune de faire aboutir ensemble des projets concrets, de mettre en œuvre des actions réciproques, d'associer réellement la population dans ses divers catégories socio-professionnelles, dans ses diverses tranches d'âge. Nous avons la chance de pouvoir bénéficier du dynamisme des responsables de la maison Rhénanie-Palatinat (M. Till Meyer) et de la mai-

son de Bourgogne à Mayence (directrice Mme Melita Soost) qui favorisent ce désir profond de rapprochement et d'action commune entre nos deux peuples. La présence de ces deux maisons ouvertes respectivement en 1990 et en 1994 a donné une nouvelle dimension à la coopération entre nos deux régions.

Ainsi, on peut dire que notre jumelage a été utile non seulement entre nos deux régions et à l'amitié entre la France et l'Allemagne, mais qu'il a été en quelque sorte une contribution à l'Europe de demain. C'est en grande partie grâce à des actions communes, exemplaires comme le jumelage Bourgogne-Rhénanie-Palatinat que le grand rêve européen a pu se concrétiser.

C'est notre devoir et notre responsabilité que de léguer en héritage aux générations futures ce message pour l'avenir: cette amitié de 50 ans, elle nous a été confiée comme une chance majeure pour l'Europe et pour le monde.

Je formule des vœux de longue vie à notre union et je vous remercie de votre attention."

50ème anniversaire

du jumelage Bourgogne / Rhénanie-Palatinat à Dijon

Stefan Kordasch,
Conseiller Affaires politiques, Ambassade de la République fédérale d'Allemagne

„M. le Maire, M. le représentant du ministre-président, Mes. les Présidents et les Présidents d'honneur de l'Union pour la Coopération Bourgogne-Rhénanie-Palatinat, du Partnerschaftsverband, du VDFG et de la FAFA, M. le Consul général, M. le Consul, Monseigneur, Mes. les élus, Mesdames et Messieurs,

M. l'Ambassadeur Neubert m'a demandé de transmettre ses meilleurs vœux et de demander en même temps votre compréhension que les respon-

sabilités supplémentaires qu'il exerce actuellement comme représentant de la présidence allemande de l'UE en France l'ont empêché de venir aujourd'hui. A sa place, je voudrais faire quelques remarques sur l'état des relations franco-allemandes.

50 ans d'échanges entre la Bourgogne et la Rhénanie-Palatinat, ce sont 50 ans de construction d'amitié. Ce partenariat fait partie d'une histoire à succès sans précédent, dont nous pouvons tous être fiers: de la réconciliation franco-alleman-

de après la guerre. Cette réconciliation a changé notre monde, a permis de construire une Europe où les peuples du Vieux Continent vivent en paix et dans la prospérité. Cette réconciliation est le fruit de l'engagement de citoyens et des multiples contacts et échanges qu'ils ont établis. Le signal politique que de Gaulle et Adenauer ont donné en 1963 avec le traité de l'Elysée a été préparé et rendu possible par le rapprochement des citoyens et les partenariats qu'ils ont fondés. Tout ceux qui ont participé à cette œuvre et tout ceux qui continuent à y contribuer méritent notre gratitude et notre hommage.

Vos deux régions font partie d'un réseau de plus de 2000 jumelages municipaux et régionaux – le réseau de relations le plus dense au monde entre les sociétés civiles de deux pays. Ces jumelages permettent la rencontre directe entre les citoyens, à l'endroit où ils vivent, sur la base d'intérêts communs pour le sport, la musique, des engagements sociaux, ou la viticulture (surtout dans vos deux régions). Dans cette fonction, ils restent indispensables pour renouveler constamment la compréhension mutuelle entre nos deux peuples.

Après 50 ans, on se connaît, on est devenus amis, et on peut se permettre de dire que les relations franco-allemandes – aussi excellentes qu'elles soient – ne sont pas sans problèmes. Quelques-uns de ces problèmes sont même – paradoxalement – la suite du succès inouï de la réconciliation d'après-guerre. Le renouvellement des jumelages qui sont au cœur de notre entente n'est pas toujours acquis dans une période où la réconciliation franco-allemande et le bon voisinage en Europe sont devenus normalité et ne paraissent plus nécessiter des efforts – surtout aux yeux de la jeune génération. En tant que représentants de la société civile, vous connaissez les difficultés que rencontrent beaucoup de jumelages avec le départ de la génération fondatrice. L'intérêt des nos élèves pour la langue du partenaire est en baisse.

Nous sommes parvenus à enrayer cette baisse avec des mesures prises par nos gouvernements, mais nous sommes encore loin de remonter la pente. Nous avons bien vu une intensification sans précédent de nos relations bilatérales lors de l'anniversaire du traité de l'Elysée en 2003. J'ai moi-même travaillé pendant un an comme fonction-

naire d'échange au Quai d'Orsay, je peux témoigner que notre coopération est étroite et transparente. Pourtant, le non français au référendum en 2005 était une douche froide, non seulement pour l'Europe, mais aussi pour la coopération franco-allemande – indépendamment des raisons du non. La crise actuelle d'EADS et d'Airbus montre à quel point la coopération de deux cultures d'entreprise et deux cultures politiques reste sensible.

Et pourtant: les problèmes que nous rencontrons aujourd'hui paraissent bien faibles par rapport à ceux que les bâtisseurs de la coopération franco-allemande ont dû surmonter. A ces problèmes il faut réagir avec la sérénité d'un vieux couple qui connaît les défauts et les qualités de l'autre. C'était toujours la diversité qui était la clé du succès et de la force du couple franco-allemand – une diversité née dans les siècles, dont la Bourgogne était témoin. Mais à côté de cette diversité, il y a la communauté de destin qui nous unit – aujourd'hui devant les défis de la mondialisation.

La qualité de la coopération franco-allemande se traduit notamment par le fait qu'on ne se contente pas de mettre de côté les questions délicates, mais qu'on trouve des points et des projets communs. Deux exemples: Lors du dernier conseil des ministres franco-allemand nous avons commencé une réflexion sur la politique énergétique, qui sera approfondi avec le prochain gouvernement français. Cette politique sera européenne, et elle ne couvrira pas seulement la sécurité d'approvisionnement mais aussi les questions de l'efficacité de la consommation, le développement des sources d'énergie durables et enfin la création d'un vrai marché intérieur européen de l'énergie pour assurer l'approvisionnement en énergie dans toutes ses formes à des prix compétitifs. Nous avons engagé un dialogue sur les problèmes d'intégration et d'égalité des chances des jeunes issus de l'immigration: l'échange de nos expériences doit servir à identifier les bonnes pratiques qui marchent – nous allons copier en Allemagne l'exemple de la charte de la diversité signés par presque 3 000 entreprises françaises.

Un objectif clé de la coopération franco-allemande: la rendre utile pour les autres, pour l'Europe en générale. La France et l'Allemagne restent les moteurs de l'intégration européenne, malgré

les difficultés qu'a connu la réforme institutionnelle. Aucune conception de l'Europe ne peut renoncer à la France et l'Allemagne. Aujourd'hui, nous célébrons les 50 ans de votre partenariat, mais ceci s'intègre dans un cadre plus large: Le 25 mars les chefs d'Etat et de gouvernement européens se réuniront à Berlin lors du 50ème anniversaire du Traité de Rome pour réaffirmer les valeurs de l'UE et de mettre en évidence les perspectives pour demain. La chancelière Merkel, l'actuelle présidente du Conseil européen, a souligné qu'il faut montrer que l'Europe est capable de fournir des réponses aux soucis concrets des citoyens, que l'Europe apporte des solutions à leurs problèmes. Elle a même parlé de la nécessité d'une refondation, d'une nouvelle légitimation de l'Europe. Tout

cela vaut également pour la relation franco-allemande. Tout en étant fier de ce que nous avons bâti, et tout en célébrant aujourd'hui avec fierté, il faut demain continuer la construction de notre partenariat pour le futur. Les coopérations au niveau des régions et entre communes, j'en suis convaincu, y garderont toute leur place.

Notre mission, aussi bien sur le plan politique qu'au niveau des citoyens et des sociétés civiles qui s'engagent, consiste à continuer de donner des impulsions, de mettre en œuvre des projets concrets et de susciter l'intérêt pour le pays partenaire. Pour cela, nous comptons sur des citoyens engagés et des amis de la coopération franco-allemande tels que vous, auxquels nous faisons pleinement confiance.“

50 Jahre DFG

Ravensburg-Weingarten e.V.

Cercle Franco-Allemand

Hans Peter Gindele*

Unsere DFG blickt in diesem Jahr auf 50 Jahre ihres Bestehens zurück. Als erste in einer Reihe von Veranstaltungen zur Feier des 50. Lebensjahres haben wir eine Ausstellung „Deutsch-Französische Partnerschaft“ arrangiert mit Bildern und Dokumenten zu drei Themen, das heißt zum einen über die Anfänge und einige herausragende Ereignisse unserer DFG, zum anderen über die bestehenden Städtepartnerschaften Ravensburg-Montélimar und Weingarten-Bron und drittens über die Partnerschaft zwischen Deutschland und Frankreich. Zum dritten dieser Themen stellten

uns die Kollegen von der DFG in Bremen ihr als Wanderausstellung konzipiertes ausgezeichnetes Material zur Verfügung, welches aus über 20 Tafeln besteht, die in Bild und Text die Geschichte und die vielfältigen Wirkungsfelder der Deutsch-Französischen Partnerschaft darstellen.

Die Eröffnung fand am 21. Januar 2007 im Kommunalen Kino in Weingarten mit einem Festvortrag von Professor Henri Ménudier aus Paris statt über das Thema „Deutsch-französische Partnerschaft und die Europäische Union – Krise und Hoffnung“. Der Redner ging aus von der

* Hans Peter Gindele ist Mitglied des Vorstandes der DFG Ravensburg-Weingarten.

grundlegenden Rolle Robert Schumans, der am 9. Mai 1950 im Außenministerium in Paris bei der Vorstellung des Plans zur Schaffung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl gesagt hatte: „Europa lässt sich nicht mit einem Schlag herstellen ... es wird durch konkrete Tatsachen entstehen, die zunächst eine Solidarität der Tat schaffen. Die Vereinigung der europäischen Nationen erfordert, dass der jahrhundertealte Gegensatz zwischen Frankreich und Deutschland ausgelöscht wird.“ Die Montanunion werde „sofort die Schaffung gemeinsamer Grundlagen für die wirtschaftliche Entwicklung sichern – die erste Etappe der europäischen Föderation“ (sic!).

Über 180 Zuhörer hatten sich an diesem Sonntagmorgen zum Vortrag und folgender Diskussion eingefunden. Anschließend lud Oberbürgermeister Gerber zu einem kleinen Umtrunk ins nahegelegene Stadtarchiv im historischen „Schloßle“ ein. Die für zwei Wochen vorgesehene Ausstellung stieß auf reges Interesse, auch bei den Schulen – immer wieder kamen Voranmeldungen ganzer Schulklassen mit ihrem Lehrer.

Wenn wir zurückblicken auf die großen Linien im Leben unseres Clubs in fünf Jahrzehnten, so möchte ich folgende Marksteine erwähnen: Geegründet wurde die DFG auf gemeinsame Anregung vom Lieutenant-Colonel der französischen Garnison zusammen mit dem Ravensburger Oberbürgermeister, nachdem eine Reihe von Treffen nach Vorträgen im Rahmen der hiesigen Volkshochschule auf Interesse gestoßen waren. Gemeinsame Ausflüge, Ausstellungen über Themen französischer Kunst und Kultur sowie Filmbesuche und Vorträge waren die wesentlichen Programmpunkte, um ins Gespräch miteinander zu kommen.

Als die Garnisonen in den Jahren um 1973/74 sukzessive geschlossen wurden, orientierten wir uns hinsichtlich des Anteils an Franzosen unter unseren Mitgliedern um auf die Zielgruppe der überraschend zahlreichen deutsch-französischen Ehepaare, die in unserer Region lebten. Eine Verjüngung des Durchschnitts unserer Mitglieder und damit auch neue Aktivitätsfelder (deutsch-französischer Kindergarten, Unterstützung von Frühfranzösisch in den Schulen) ging damit einher.

Versuche, eine Jugendgruppe zu bilden, wurden auch unternommen; tatkräftig hat unser Mitglied Andreas Schockenhoff (damals ein junger Französischlehrer, heute stellvertretender Fraktionsführer der CDU/CSU im Bundestag), Gymnasiasten zu Diskussionen um sich versammelt.

Um die Partnersprache Französisch zu pflegen und mit französischer Kultur in Kontakt zu bleiben, haben wir immer wieder in Zusammenarbeit mit hiesigen Kinos Vorführungen von französischen Filmen in der Originalsprache arrangiert und tun das heute noch mit gutem Erfolg. Ebenso wirkten unsere Hinweise auf die Angebote von Télévision Suisse Romande anregend auf unsere regelmäßigen Diskussionskreise „On Parle Français“.

Über einige Jahre hinweg fand sich unter den Mitgliedern eine Theatergruppe zusammen und brachte die Stücke „L'Apollon de Bellac“ von Jean Giraudoux, (1986) und „George Dandin“ von Molière (1988) jeweils in Französisch zur Aufführung. Wir hatten auch den Mut, mit den Stücken in die Partnerstadt Montélimar zu ziehen für je eine Aufführung – mit dem Nebenerfolg, dass der dortige Maire unserer Anregung, dass sich doch dort auch ein Cercle Franco-Allemand zusammenfinden könnte, positiv förderte.

Im Laufe etwa der letzten zehn Jahre hat sich unter den Mitgliedern unserer DFG der Anteil derer mit Muttersprache Französisch auf gut über ein Drittel erhöht (neben Franzosen haben wir auch französisch sprechende Mitglieder aus der Schweiz, Kanada und Afrika). Gemeinsame Reisen stehen immer wieder auf unserem Programm (zum Beispiel Besuch in Straßburg) oder Wanderungen und gesellige Treffen (wie das traditionelle Fest an Dreikönig oder das beliebte Hammelessen im Herbst).

Für den 28. April ist ein Festakt im Schwörsaal vorgesehen mit einem Vortrag von Prof. Thilo Schabert, und im Frühsommer ein literarischer Vortrag über „die Landschaft des Bodensee in Werken französischer Schriftsteller“. Daneben bereitet ein Kreis an sportlich orientierten Mitgliedern ein Treffen mit einem Rugby-Club aus der Partnerstadt Montélimar vor, und im November tritt wieder unsere Theatergruppe auf, diesmal mit „Tartuffe“.